

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis halbjährlich 3.00 M., monatlich 1.10 M.,
 einschließlich 20 Pfg. frei im Inland,
 Einzelnnummer 5 Pfg. Sonntags-
 nummer mit Illustration 10 Pfg. Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 abonnement: 1.10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 jeile oder deren Raum 50 Pfg. für
 politische und gesellschaftliche Berichts-
 und Berathungsbüchlein 30 Pfg.
 „Kleine Anzeigen“, das erste (ein-
 gedruckt) Wort 20 Pfg., jedes weitere
 Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Schlos-
 stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg.,
 jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
 Inserate für die nächste Nummer müssen
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 13. August 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

An die Parteigenossen Preußens!

Durch die am Anfang dieses Jahres stattgehabten Reichstagswahlen waren die Unterzeichneten gezwungen, die für Ende 1906 geplante Zusammenkunft der Parteigenossen Preußens zu verschieben.

Wir berufen nunmehr im Einverständnis mit dem Parteivorstand und der Organisation Groß-Berlins den

zweiten preußischen Parteitag

auf Donnerstag, den 21. November, früh 9 Uhr,

nach Berlin, in die Räume des Gewerkschaftshauses, Engel-Nr. 15, ein und bitten die Genossen Preußens, diese Tagung durch Delegierte beschicken zu lassen.

Als Tagesordnung und Referenten werden vorgeschlagen:

1. Die Organisation in Preußen. Referent: Genosse Hugo Haase-Königsberg.
2. Die bisherige Tätigkeit des preußischen Landtages und die Wahlrechtsfrage in Preußen. Referent: Genosse Eduard Adler-Niel.
3. Die Landtagswahlen 1908. Referent: Genosse Dr. Leo Kronß-Berlin.
4. Die Lage der Staatsarbeiter in Preußen. Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse Karl Legien.
5. Selbstverwaltung und Gemeinde. Referent: Stadtverordneter Genosse Paul Girsch-Charlottenburg.

Für die Erledigung der Geschäfte des Parteitages sind Donnerstag, der 21., Freitag, der 22., und Sonnabend, der 23. November in Aussicht genommen.

Gemäß weiterem Beschlusse des preußischen Parteitages 1904, den Entwurf einer Landesorganisation für das Königreich Preußen auszuarbeiten, haben wir uns dem unterzogen. Die Veröffentlichung des Statuts erfolgt in der heutigen Nummer des „Vorwärts“.

Die Versendung der Mandatsformulare wird Anfang Oktober erfolgen. — Jeder preußische Reichstagswahlkreis kann sich durch drei Delegierte vertreten lassen.

Die Einreichung von Anträgen, alle Anfragen sowie die Anmeldung der Delegierten sind bis zum 12. November an den Mitunterzeichneten

Leopold Liepmann, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, zu bewirken.

Mit Parteigrüß

Eugen Ernst. Emil Voelke. Leopold Liepmann.

Der Freilinn vor der Entscheidung.

Die offiziöse „Nordb. Allg. Ztg.“ läßt nunmehr selbst den Deckel der Wahlrechtsfrage auf. Sie präsentiert dem Freilinn ihre Gaben — das Reichstagswahlrecht für Preußen befindet sich natürlich nicht darunter. Sie sagt auch nicht, was denn eigentlich die Regierung dem Freilinn konzessionieren will, aber sie spricht sich umso deutlicher darüber aus, was sie unter allen Umständen verweigern wird.

Dah es sich bei der Auslassung der „Nordb. Allg. Ztg.“ um eine hochoffizielle Kundgebung handelt, gibt auch die „Freis. Ztg.“ zu. Sei die Kundgebung auch in eine Wochenrundschau eingekapselt, in „Rückblicke“, die nicht als direkt inspiriert angesprochen werden könnten, so siehe doch fest, daß das offiziöse Organ „nur solchen Ausführungen Aufnahme gewährt, die im Sinne der jeweiligen Regierung gehalten sind“. Auch die „Frankf. Zeitung“ nennt die Auslassung ein „wertvolles Stimmungssymptom“, aus der die Absichten der Regierung ersichtlich seien.

Die wichtigsten Absätze dieser hochoffiziösen Kundgebung lauten nun:

„Die jüngsten Änderungen der preussischen Wahl- und Wahlrechtsordnung sollten keine sachliche Lösung der Wahlrechtsfrage darstellen. Ein Gewährsmann der „Post“ nimmt sogar an, daß Herr v. Bethmann-Hollweg sich nicht mit der Gangbarmachung der jetzigen Wahlordnung begnügt, sondern auch die Frage einer Modernisierung des preussischen Wahlrechts einer gründlichen Prüfung unterzogen hat. Doch eine solche ernsthafte Prüfung aber notwendig zu einer uneingeschränkten Empfehlung des Reichstagswahlrechts auch für Preußen führen müßte, ist doch nur ein linksliberales Dogma. Diese Anschauung hat ihre Wurzeln in der Sturm- und Drangperiode unseres politischen Lebens, die zur jetzigen Verfassung führte. Wir können das verstehen. Wer die Ansichten des Gegners achtet, wird seinen Vertreter wegen solcher abweichenden Anschauungen nicht als „Sturmgeistes Sokrates“ verhöhnen. Wer indes offenen Auges das politische Leben unter

diesem Reichstagswahlrecht und seine Entwicklung verfolgt hat, wird ebensoviele ein so unbedingter Lobredner dieses Rechtes sein, daß er seine Einführung auch in alle kleineren parlamentarischen Körperschaften wünschen könnte. Wir glauben, die Bedenken gegen seine Ausdehnung nicht besser schildern zu können, als es der Minister des Innern 1906 bei Besprechung der damaligen Wahlrechtsanträge im Abgeordnetenhaus in seiner nachdenklichen Art getan hat. Er legte dar, wie man, getragen vom Gefühl der Kraft und des Vertrauens, das alle Bevölkerungsschichten des neu geeinten Vaterlandes durchströmte, feinerzeit die Weisheit des Reiches in die Hände gleichberechtigter Wähler gelegt habe. Heute aber drückt trotz dieses gepriesenen Wahlrechts ein bitteres Gefühl der Unlust (es war vor den letzten Reichstagswahlen) das öffentliche Leben. Die neuere Zeit zeige das Bestreben, die breiteren Schichten des Volkes an den Segnungen der Kultur teilnehmen zu lassen. Aber bei diesem Bestreben sei die ganze Politik in eine Abhängigkeit von den Stimmungen der Masse geraten, die wie ein Alb auf dem öffentlichen Leben laste. Ueber den Bestrebungen, den Schwachen zu helfen, diesem edelsten Geiste der Menschheit, dürfe nicht vergessen werden, die besten und edelsten Kräfte des Volkes empor zu ziehen und sie zu Führern des Volkes zu machen. Es sei hohe Zeit, daß die Kräfte, die aufwärts ziehen, wieder frei werden. Das politische Leben dürfe nicht verrotten und verflachen. Wir bedürfen kein Wahlrecht, das alles gleich macht, sondern ein solches, das den einzelnen und ganze Bevölkerungsgruppen nach oben weise. . . . Der Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts wurde in namentlicher Abstimmung mit 189 gegen 80 Stimmen verworfen. Wäre das Haus beiehrter gewesen, so wäre die Prozentzahl der Gegner sicherlich noch erheblich größer gewesen. Immerhin beweist diese grobe Gegnerschaft, daß auf eine Annahme eines gleichen Antrages in der nächsten Tagung des preussischen Abgeordnetenhauses nicht zu rechnen ist. Den „brutalen Zwang“ und den „Staatsstreich“ weist die freisinnige Zeitung ausdrücklich ab, sie rüdt von Raumann und dessen Heranziehung des Beamtenarbeits von 1882 weit ab, sie „rechnet vorläufig auch weiterhin“ mit der Institution des preussischen Herrenhauses. Diese habe bei allen Mängeln wenigstens den einen Vorzug, daß ein energischer und intelligenter Monarch auf diesem Instrument spielen könne, wie es ihm beliebt. Diese nüchterne Betrachtung der Dinge, die mit den gegebenen Faktoren und ihrem Kräfteverhältnis rechnet, verdient sicherlich den Vorzug vor dem Gufarenritt Raumanns. Wie in der Presse bedeutsam hervorgehoben wurde, könnte über dieser Jagd nach wilden Gänzen zu Pferde leicht auf dem realen Boden das für den Liberalismus erreichbare übersehen werden. Und dessen ist auch innerhalb der Blockpolitik im Reichstag wie schließlich im Landtag nicht gar wenig. Eine forcierte Forderung des Reichstagswahlrechts für Preußen könnte gerade für den Liberalismus schmerzliche Folgen haben, selbst gesetzt den Fall, daß zu gegebener Zeit die Regierung abermals die Initiative zu einer Reform des Landtagswahlrechts ergreifen wollte. Bei den gegenwärtigen Parteiverhältnissen im Abgeordnetenhaus ist die drohende Mahnung der freikonserватiven „Post“ nicht in den Wind zu schlagen, wenn sie meint: „Im Geiste der konservativ-liberalen Paarung liegt es, daß wenn von den Konservativen die Zustimmung zu einer Veränderung des geltenden Wahlrechts gefordert wird, auch die Liberalen so weit von ihren Forderungen ablassen, daß die Konservativen sich mit der Veränderung des Wahlrechts abfinden können. Wenn daher die Liberalen die direkte Wahl und eine stärkere Berücksichtigung der Person des Staatsbürgers erreichen wollen, werden sie andererseits wohl bereit sein müssen, nicht nur der Abstufung des Wahlrechts nach Bildung, Besitz und Alter, sondern auch einer besonderen Berücksichtigung der ländlichen Grundbesitzer zuzustimmen.“ — Man würde jede Vorlage der Regierung sicherlich in diesem Sinne zu ändern suchen.

Gewiß, die Liberalen mögen auf ihrer Forderung bestehen; wie die Dinge liegen, ist es aber nicht bloß ein aussichtsloses, sondern ein für die vertretenen Forderungen direkt schädliches Unterfangen, von ihrer sofortigen Erfüllung den Bestand der Blockpolitik abhängig zu machen. Sollte sie einmal verwirklicht werden, so bedürfte es dazu langer heftiger Kämpfe, eines politischen Umwälzungs im Gefolge großer Ereignisse. Wir hoffen deshalb, daß die linksliberalen Parteien wie 1906 sich nicht von der Sozialdemokratie abseits drängen lassen, sondern wie damals, wenn sie eine gleiche Agitation zugunsten einer Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen inszenieren sollten, die Form entschieden ablehnen.“

Das ist so deutlich wie nur möglich!

Fassen wir den Inhalt der Auslassung kurz zusammen, so ergibt sich:

1. Die Regierung steht noch heute wie im vorigen Jahre auf dem von Bethmann-Hollweg entwickelten Standpunkte, daß das Reichstagswahlrecht sogar im Reiche ein „Gefühl bitterer Unlust“ auszulösen geeignet sei.
2. Da die ganze Politik nicht von den „Stimmungen der Masse“, sondern von den „edelsten Kräften“ des Volkes getragen sein muß, darf nicht ein Wahlrecht, „das alles gleichmacht“, ins Auge gefaßt werden, sondern ein Privilegiertenwahlrecht für „Einzeln- und ganze Bevölkerungsgruppen“. Das heißt: ein Wahlrecht mit Pluralstimmen für „Bildung und Besitz“ und eine ständische Vertretung speziell der braven Agrarier!
3. Der Freilinn darf sich nicht einbilden, das Reichstagswahlrecht für Preußen durchsetzen zu können. Er muß sich mit dem ja auch von der „Post“ (!) empfohlenen „konservativ-liberalen“ Paarungsprodukt eines Kompromißwahlrechts a la Sachsen zufrieden geben.

4. Es ist ein „nicht bloß aussichtsloses“, sondern direkt schädliches Unterfangen, wenn der Freilinn von der Forderung des Reichstagswahlrechts den „Bestand der Blockpolitik abhängig macht.“

5. Die Regierung erwartet vom Freilinn, daß er nicht das Volk zum Kampfe um das Reichstagswahlrecht aufruft, sondern wie im Jahre 1906 das Eintreten in eine Wahl-agitation für das allgemeine gleiche Wahlrecht trotz des sozialdemokratischen Drängens ablehnt!

Wir haben es also mit zweierlei zu tun. Einmal mit einer Bestätigung der Zusicherungen, die, nach den Ankündigungen der „Frankf. Ztg.“ freisinnigen Politikern bereits im Anfang Juli von der Regierung gegeben worden sind. Die Regierung ist bereits, dem Freilinn als Lohn für seine weltpolitischen Handlangerdienste und zur Entschädigung für seine Entfaltungen auf dem Gebiete der Reichspolitik die Einbringung einer Wahlrechtsvorlage im neugewählten Landtage zu versprechen. Diese „Wahlreform“ soll aber nur darin bestehen, daß an die Stelle des Dreiklassenwahlrechts das Vierklassenwahlrecht gesetzt werden soll! Zum anderen aber hat der Freilinn sich mit diesem Maße des Entgegenkommens zu bescheiden! Er darf ja das Reichstagswahlrecht „fordern“, er darf schließlich auch gegen den Regierungsentwurf stimmen, um sein Gewissen zu salbieren; aber er darf seine Stellung zum Regierungsblock durch solche kleine Nipshelligkeiten in Preußen nicht beeinträchtigen lassen!

Vor allen Dingen aber hat sich der Freilinn zu hüten, das Volk zum Sturm für das Reichstagswahlrecht aufzurufen! Denn ein solcher Volkssturm könnte ja nicht nur zu ungewollten Konsequenzen zwingen, sondern auch dem Wahlrechtskämpfer der Regierung höchst un bequem werden!

Daß der Freilinn ursprünglich bereit war, sich diesem laudwürdigen Joch der Regierung zu fügen, bewiesen ja unwiderleglich die von uns erst lechter Tage überfichtlich zusammengestellten Auslassungen der freisinnigen Presse im Juli. Der offiziöse Einbläser der „Frankf. Ztg.“ hatte diesen Verlauf der „Wahlrechtsreform“ mit aller Deutlichkeit vorausgesagt und am 23. Juli wiederholt, daß alle unterrichteten freisinnigen Politiker sich „von allem Anfang an“ den Gang der Dinge so vorstellten. Auch das „Berl. Tagebl.“ und Herr Raumann hatten sich damit durchaus einverstanden erklärt. Dann erst kam der „Gufarenritt“ Raumanns, für den sich, wenn auch minder verwegen, etliche andere Freisinnige erklärten. Da hält es denn, da Herr Raumann mit „Gufarenblasen“ gedroht hat, die Regierung für an der Zeit, ihre Bedingungen noch einmal in aller Form zu wiederholen, den Freilinn aber zugleich dringlichst davor zu warnen, sich „von der Sozialdemokratie abseits drängen zu lassen“ und wirklich einen Wahlkampf aufzunehmen!

Die Situation ist also völlig klar!

Der Freilinn weiß nunmehr, was er zu erwarten hat, wenn er sich mit den Zusicherungen der Regierung zufriedengibt. Er darf dann auf das Vierklassenwahlrecht hoffen und im übrigen Herrn Dernburg und den Agrariern so viel Liebesdienste erweisen, als er nur vermag!

Der Freilinn weiß nunmehr, daß durch diplomatische Rostkäufserkünfte und Blockliebessdienste das Reichstagswahlrecht nicht zu erringen ist!

Er weiß, daß es nur ein Mittel gibt, das Reichstagswahlrecht zu erobern: der Appell ans Volk, der Sturm der Massen!

Aber die Regierung warnt ihn vor solchen „Gufarenritten“. Sie gibt ihm unabweislich zu verstehen, daß sie von ihm dieselbe Unfähigkeit erwartet, wie im Jahre 1906! Was wird demgegenüber der Freilinn tun?!

Wird er sein Versprechen, in den Kampf um das Reichstagswahlrecht einzutreten, einlösen? Oder wird er sich den Geboten der Regierung, den Bedingungen der Reaktion fügen?

Die agrarische und die Zentrums Presse erklärt noch lechter Tage, daß der Freilinn sich bereits zu sehr für das Reichstagswahlrecht engagiert, sich zu sehr für den Wahlrechtskampf festgelegt habe, um noch zurück zu können!

Warten wir es ab!

Der Wahlrechtskampf wird in jedem Falle entbrennen, sei es mit dem Freilinn, sei es über ihn hinweg!

Neue Dernburgische Hundertmillionen-Projekte!

Die „Allg. Volksztg.“ schreibt:

„Als vor kurzem aus Kamerun die Nachricht kam, daß im Norden der Kolonie, nahe der Grenze des französischen und englischen Gebietes, Urminen ausgebrochen seien, wurde man im Kolonialamt sehr gespannt. Vor allem wurde der schleunige Bau einer Eisenbahn von der Küste nach dem Tschadsee als unumgänglich notwendig hingestellt, und die Bezahler von Informationen aus dem Kolonialamt haben sich auch bereit gefunden, diese Empfehlung in ihren Blättern getrenlich wiederzugeben. Keiner von ihnen hat es aber für nötig gefunden, darauf hinzuweisen, daß es sich um einen Plan handelt, der in mindestens 100 Millionen veranschlagt und dessen Ausführung eine Reihe von

Jahren in Anspruch nehmen würde. Nach Kamerun kommt jetzt Ostafrika an die Reihe.

Wie die Herrn Dernburg auf seiner Kolonialreise begleitenden Spezialkorrespondenten den Berliner Blättern berichtet, ist der Staatssekretär der Meinung, daß vor allen Dingen der Handel der Kolonie entwickelt werden müsse. Deshalb will er hauptsächlich das für Wahnbauten in Betracht kommende Gebiet kennen lernen. Nach einem Telegramm eines Berliner Morgenblattes hat Dernburg beschlossen, die baldigste Durchführung der Zentralbahn von Dar es Salam über Tabora nach dem Victoria Nyanza zu betreiben. Das ist ein Plan, der dem Kameruner Projekt ziemlich gleich kommt. Er ist indessen nicht neu; Vorarbeiten sind schon längst im Gange. Ueberraschend ist nur die Möglichkeit, mit welcher jetzt die Durchführung angeknüpft wird. Die Strecke, durch welche die Bahn hindurchgelegt werden würde, ist länger als die Bahn, die als notwendig für Kamerun hingestellt wurde. Ueber 1000 Kilometer würde sie lang werden. Legt man ihrem Bau dieselbe Berechnung zugrunde, wie sie für die Kameruner Strecke aufgestellt wurde, so hätten wir es auch hier mit einem Projekt zu tun, das über 100 Millionen Mark verschlingen würde.

Das sind Summen, die der Steuerzahler im Augenblick, wo die Suche nach neuen Steuerquellen im Reich begonnen soll, wohl beachten muß. Im vorigen Jahre hat der Reichstag für die 220 Kilometer lange Eisenbahn von Dar es Salam nach Mogo die Zinsgarantie übernommen. Wenn nun bei dem neuen Projekt ähnlich verfahren würde, würden die Kosten des Reiches eine jährliche Aufwendung von über 3 Millionen Mark erfordern. Noch steht aber dahin, wie Dernburg sich die Aufbringung des Baukapitals denkt. Es ist schon seinerzeit darauf hingewiesen worden, möglichst das Privatkapital und die Großbanken für seine Kolonialpolitik zu interessieren. Im Reichstage erteilte er die Antwort, daß es im jetzigen Augenblick schwierig gelingen werde, bei der andauernden geschäftlichen Konjunktur und dem hohen Diskontsatz das Privatkapital zur Abwanderung in die Kolonien zu bewegen. Nun wird aber der Meldung, welche von Dernburgs Bahnplänen in Deutsch-Ostafrika Kunde gibt, die Mitteilung angefügt, daß dieser Entschluß Dernburgs einen Sieg der Pläne der Deutschen Bank bedeute. Entspricht dies den Tatsachen, so darf man wohl annehmen, daß die Deutsche Bank auch in finanzieller Hinsicht dahinter steht. Es sollte uns freuen, wenn diese Annahme nicht dementiert würde.

Daß der Vörsenmann Dernburg als Kolonialsekretär in erster Linie die Interessen des Bankkapitals vertreten würde, war ja schon bei seiner Berufung für diesen einflussreichen Politiker klar. So bemerkte der „Vorwärts“ bereits am 12. September v. J.: „Herr Dernburg wird . . . alsbald zum Zweck der Ruhbarmachung der deutschen Kolonien für die deutschen Kapitalisten umso höhere Anforderungen an den Reichsfiskus stellen. Seine Berufung bedeutet demnach eine stärkere Belastung des deutschen Volkes durch Kolonialausgaben.“

Die Zentrumspresse dagegen begegnete damals Herrn Dernburg mit einem naiven Optimismus, den das Zentrum später durch die Erklärung seiner Abgeordneten und seinen schänden Hinauswurf aus dem Regierungsbüro bitter büßen mußte.

Zentrum und Dreiklassenwahlrecht.

Man schreibt uns aus dem Rheinlande:

Die ultramontane Presse stellt sich verwundert, daß es die Sozialdemokratie ernst nimmt mit der Frage, ob Preußen zu einem vernünftigen Wahlrecht kommen oder ob das Massenwahlrecht in mehr oder minder verfallener Form im größten Bundesstaate des Reiches weiter bestehen soll. Man will auf ultramontaner Seite nicht einsehen, weshalb die Sozialdemokratie Wert darauf legt, daß in dieser Frage endlich einmal auf bürgerlicher Seite, namentlich bei dem einflussreichen Zentrum, Farbe bekant wird. Und gerade darin läßt es das Zentrum mangeln. Es scheint, daß in dieser Partei die Hoffnung, den Blick über die Wahlrechtsfrage stolpern und brechen zu sehen, lebendiger ist, als das Bewußtsein der Pflicht, endlich einmal in Preußen mit der Schmach des Dreiklassenwahlrechts ein Ende zu machen. Anders kann man sich die lauernde Gelassenheit des Zentrums in der gegenwärtigen Zeit, wo alles auf Klarheit und Entschiedenheit drängt, nicht erklären.

Das Aachener Zentrumblatt, der „Volksfreund“, schreibt:

„Der „Vorwärts“ weiß so gut wie wir, daß bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des preussischen Abgeordnetenhauses eine grundsätzliche Aenderung des preussischen Wahlrechts durch das Zentrum absolut undenkbar ist. Trotzdem hat das Zentrum seinen Antrag auf Einführung des Reichswahlrechts in Preußen eingebracht, um so lieben Freunden, wie es die Sozialdemokraten nun einmal sind, jede Möglichkeit zu benehmen, das Volk über die Wahlrechtspläne des Zentrums zu beschwindeln. Daß wir deshalb alle Tage mit dem Sauberdenton der Sozialdemokratie über Dinge schimpfen, die wir allein nicht ändern können, das lassen wir uns allerdings vom „Vorwärts“ nicht vorzeichnen.“

Das Blatt treibt großen Unfug. Es handelt sich hier nicht um das „Schimpfen“ auf das Dreiklassenwahlrecht, an Kritik dieses Systems scheint uns genug getan zu sein. Es handelt sich aber auch nicht darum, Wahlrechtsanträge einzubringen und dann das übrige der Regierung und der Mehrheit zu überlassen. Es handelt sich um Taten, und durch Taten Regierung und Parteien, die widerwillig sind, zu beeinflussen und dem Willen des Volkes gefällig zu machen. Das Zentrum hat im preussischen Abgeordnetenhause seinen Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts eingebracht; die Fraktion hat sich — bis auf wenige Mitglieder — auf die Durchführung des Antrages verpflichtet; das Zentrum darf sich also, wenn die Sache nicht als Komödie aufgefaßt werden soll, nicht im Sinne des Aachener Blattes damit begnügen, den Antrag eingebracht zu haben und von vornherein schon vor der Mehrheit und der Regierung als etwas Unvermeidlichem kapitulieren.

Die Gegner des Zentrums haben recht, wenn sie die Ultramontanen, die von 1873 bis heute nichts Ernstliches in der preussischen Wahlrechtsfrage getan haben, für unsichere Skatontisten halten. Das Zentrum kann und muß, wenn es nicht als Komödiant dastehen will, durch Aufgebot seiner Rassen im Verein mit der Sozialdemokratie und — nehmen wir den guten Willen des Freisinn als vorhanden an — der Linkliberalen eine Volksbewegung entfalten, der gegenüber auch die diplomatische Abnegation eines Wilhelms und die angestammte Dummheit seiner Junkerengenossen nicht standhalten kann.

Jüngst stellte das Blatt des Christlichen Holzarbeiterverbandes einige Forderungen bezüglich der preussischen Steuerpolitik und bemerkte dazu:

„Vom heutigen preussischen Landtage ist das aber nicht zu erwarten. Deswegen Reform des Wahlrechts, damit Männer aus dem Volke dem Landtage soziales Empfinden und Verständnis für die Noth des kleinen Mannes beibringen.“

Die christlichorganisierten Arbeiter sind sich der Schmach des Dreiklassenwahlrechts bewußt, und soweit das übrige Gefolge des Zentrums es noch nicht ist, ist es bei dem Reichtum der Partei an agitatorischen Kräften und deren Einfluß ein leichtes, die katholischen Massen aufzuklären und in die Wahlrechtsbewegung hineinzuziehen. Einer Partei, der es gelungen ist, sein proletarisches Gefolge für die agrarische Sozialpolitik zu gewinnen, trotzdem die den Arbeiterinteressen zuwiderläuft, dürfte es auch möglich sein, sein Gefolge für eine Sache zu begeistern, wo das allgemeine Interesse so offen auf der Hand liegt, wie in der Frage der Abschaffung des preussischen Dreiklassenwahlrechts.

Das Blatt der rheinisch-westfälischen Gewerksvereine (S. D.), die „Düsseldorfer Post“, beschäftigt sich in seiner letzten Nummer mit der preussischen Wahlrechtsfrage und macht sich Raumanner Worte zu eigen:

„Wenn der Herbst kommt, dann muß Hansare geblasen werden für die Erlangung des Reichstagswahlrechts in Preußen.“

Sozialdemokratie, christliche Arbeiter und Kirch/Dundersche Gewerksvereiner — die Arbeiterschaft ist sich also einig in der Frage; der Kern und die Grundlage der Massenbewegung ist gegeben. Am Zentrum liegt es, diese Bewegung geschlossen, allgemein und damit unwiderstehlich zu machen. Das Zentrum hat bei dem letzten großen Bergarbeiterstreik durch seine Presse Sammlungen für die Streikenden veranstaltet, ein Kardinal und Erzbischof hat einen Teil seines Jahresgehälts beigegeben. Es handelt sich bei der preussischen Wahlrechtsfrage um größere Dinge als bei dem größten Ausstand, es handelt sich um die Aufhebung, um die Sühne eines Unrechts, das seit zwei Menschenaltern auf dem ganzen preussischen Volke lastet. Es gilt, dieses Unrecht dem Volke zum Bewußtsein und durch eine Massenbewegung zum Verschwinden zu bringen.

Wieder ein Seilbruch!

Im Bereiche der Mansfelder Kupferschieferbauenden Gewerkschaft, auf dem Zirkelschachte bei Klostermansfeld, sind aus dem Förderkorbe sechs Mann in die Tiefe gestürzt und zerschmettert worden. Sofort eingezogene Erkundigungen ergaben folgendes:

Entgegen dem sonst üblichen System der Förderung mittels eines Seiles liefen auf dem Zirkelschachte die Fördergestelle in vier Seilen, die durch die Boden an den Ecken der Körbe hindurchgeführt wurden. Der Schacht ist 400 Meter tief. Während der Mansfelderförderung bei Beginn der Morgensicht befanden sich auf den beiden Etagen der Körbe anstatt der vorgeschriebenen 11 je 18 Mann. In etwa 250 Meter Tiefe blieb der Korb hängen; einige Böden des Drahtseiles waren gerissen, die abgerissenen Strähne hatten sich zu einem Knoten geballt, der nicht durch das Führungsloch im Boden des Förderkorbes ging. Der Korb wippte zur Seite und aus der oberen Etage stürzten die sechs Mann hinunter. Sie waren sofort tot und gräßlich verstümmelt. Ein Mann steckt zurzeit noch in dem zehn Meter tiefen Fahrgefäße; um ihn zu bergen, müssen erst ungeheure Schlammassen beseitigt werden.

Bei der Haft, in der sich die Förderung vollzieht, merkte der am Steuer stehende Maschinist das Verlaufen der Maschine nicht, er ließ weiteres Seil abrollen. Endlich gab der Anoten nach; der Korb stürzte förmlich in den Schacht und die noch darin befindlichen 20 Mann wurden sämtlich verletzt. Den meisten sind die Glieder verstaucht und gebrochen, einige haben starke Kopfwunden davongetragen; wieviel davon zeitweiligen Krüppel bleiben werden, läßt sich zurzeit noch nicht übersehen. Als ein großes Glück ist es noch zu betrachten, daß das Seil den furchtbaren Stauscher ausgehalten hat, sonst hätte es statt 6 26 Tote gegeben.

Bei der Betrachtung über die neueste Katastrophe im Bergbau ist sofort eines festzustellen: der Korb war überlastet! Doch das ist schließlich nicht so schlimm. Die obere Etage des Korbes war nicht genügend umfriedigt, wie es für die Menschenförderung vorgeschrieben ist, sonst hätten die sechs nicht abstürzen können. Das Maß der Geschwindigkeit läßt sich sehr schwer hinterher feststellen. Doch behaupten die Vergleute, daß sich die Förderung mit unheimlicher Geschwindigkeit vollzogen habe; die Untersuchung bringt darüber hoffentlich Aufklärung.

Die Mansfelder Gewerkschaft ist eine geraume Zeit von größeren Unglücksfällen verschont geblieben. Infolgedessen — und auch wegen der seltenen Hejagd nach Ausbeute — ist mit Menschenleben in unverantwortlicher Weise gespielt worden. Auch muß daran erinnert werden, daß die millionenreiche, ausgezeichnet prosperierende Mansfelder Gewerkschaft 1010 junge Leute von 14 bis 16 Jahren unterirdisch beschäftigt. Durch das traditionell gewordene System der Unterdrückung, Verbormung und der Erziehung im Stummischen Geiste wagt die Mansfelder Arbeiterschaft sich mit Klagen und Beschwerden nicht an die Öffentlichkeit. Abgeordneter des Kreises ist der verächtliche Dr. Arendt und die sozialistische Presse sowie die Arbeiterorganisationen finden in das Revier nur sehr schwer Eingang.

Um so mehr muß es Aufgabe der Öffentlichkeit sein, sich mit den Ursachen, die zu dem bedauerlichen Unfall führten, zu beschäftigen. Die „Eislebener Zeitung“ — ein Blatt von Gewerkschafts Gnaden — schweigt sich vorläufig aus; offenbar sind ihr die nötigen Informationen „von oben“ noch nicht zugegangen. Es darf gefordert werden, daß die strengste Untersuchung stattfindet. Vor allem ergibt die Verordnung, wonach Förderseile vor jeder Menschenförderung auf ihrer Unversehrtheit und Haltbarkeit zu prüfen sind, doch auch für das Eislebener Revier! Und wenn ja, wie konnte eine derart schadhafte Stelle den prüfenden Augen des Beamten entgehen? Diese und noch eine ganze Reihe anderer Fragen zu beantworten, wird Sache der Untersuchungsbehörde der preussischen Berginspektion sein. Der Beamte für das Revier Eisleben hat freilich bis heute noch kein Wort des Tadel über die unmensliche Kinderausbeutung in den seiner Aufsicht unterstellten Betrieben gefunden. Nach den bisherigen Erfahrungen in ähnlichen Fällen (Worussia usw.) darf angenommen werden, daß auch hier das Resultat der Untersuchung sein wird: Nicht der Schatten einer Schuld fällt auf die Gewerkschaft und die Bergbehörde. — Ober lautet der Spruch etwa anders!!

Die marokkanische Affäre.

Es bestätigt sich von Tag zu Tag mehr, daß Marokko ein teurer Braten für Frankreich werden wird. Schon verlangt der Kommandierende in Casablanca, General Drude, eine Verstärkung von 3000—4000 Mann, da sonst seine Lage unhaltbar sei. Gleichzeitig erklärt die französische Regierung aber, daß sie vorläufig die Expeditionstruppen nicht zu vermehren gedenke. Ob sie aber nicht dennoch bald in den lauren Apfel wird beißen müssen? Es ist das wahrscheinlich, denn in Casablanca ist die Situation sehr ungemütlich. Die Marokkaner wagen trotz ihrer großen Verluste, denen nur sehr geringe der Franzosen gegenüberstehen, stetig neue Angriffe, und die französischen Truppen sind daher zu ständig auf-

reibenden Dienst genötigt. Zudem lauten die Nachrichten aus den übrigen Orten des Landes sehr düster. Eine lächerliche Rolle spielt der Sultan, der völlig ohnmächtig ist und sogar genötigt ist, den in „sein“ Land eindringenden Franzosen seine allerhöchste Billigung ihres Verhaltens auszusprechen. Auf Deutschland, auf den großen „Sultan el Brug“, wie die Araber den deutschen Kaiser bei seiner Langerfahrt genannt haben, scheint er also, gewichtigter als Ohm Paul, nicht zu rechnen.

Die wesentlichsten Meldungen lauten:

Paris, 12. August. Aus Casablanca wird über Tanger gemeldet: General Drude, der Befehlshaber der französischen Truppen, ist der Ansicht, daß er eine Verstärkung von drei- bis viertausend Mann unbedingt brauche. Die Fremdenlegionäre, die sich in der Stadt allzu rücksichtslos erwieisen, wurden auf Vorposten gestellt. Die jüdischen Einwohner wurden requiriert, um die in den Straßen herumliegenden, die Luft verpestenden Leichen zu beerdigen; da jedoch die Beerdigung zu zettraubend war, wurde beschlossen, die Leichen zu verbrennen.

Oran, 12. August. Das „Echo d'Oran“ veröffentlicht Telegramme aus Tanger, welche bestätigen, daß bei Casablanca am vergangenen Sonnabend handlich Scharmühl zwischen französischen Truppen und Arabern stattgefunden haben. General Drude hat Verstärkung erbeten, da sonst seine Lage unhaltbar sei. Trotz hochgehender See sind sofort Schiffe und Kavallerie gelandet worden. Die Feldartillerie und die Schnellfeuerkanonen sind noch nicht eingetroffen, so daß man gezwungen ist, Artillerie von den Kreuzern zu landen.

London, 12. August. Der „Daily Telegraph“ meldet aus Casablanca unter dem 10. August: Täglich finden hier Kämpfe mit den Eingeborenen statt; gestern und heute Abend kam es zu heftigen Feuergefechten, bei denen ein Franzose getötet und mehrere verwundet wurden. Der Onkel des Sultans, Ruler-Amin, bleibt in Casablanca, nachdem er sich den Franzosen übergeben hat; seine Truppen sind sämtlich geflohen. Wenn nicht unverzüglich französische und spanische Truppen gelandet worden wären, so würden alle Europäer niedergemetzelt worden sein. Eine weitere Depesche desselben Blattes meldet, daß die Eingeborenen in großer Zahl einen heftigen Angriff auf die Stadt Casablanca von drei verschiedenen Punkten aus machten; die Geschütze der „Gloire“ und des „Gueydon“ wurden auf sie gerichtet, als sie mit unglaublicher Todesberachtung vorrückten.

Tanger, 11. August. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Der französische Dampfer „Anatolie“, der gestern Casablanca verließ, ist hier eingetroffen und bestätigt, daß am 8. d. M. eine Schlacht stattgefunden hat und daß ein heftiges Gefecht noch andauere. Französische Kavallerie und Artillerie sei zehn Kilometer von der Stadt entfernt. Eine arge Verwüstung sei am Westufer der Eingeborenen angerichtet; kein Haus oder Laden in der Stadt sei unversehrt geblieben, die Straßen lägen noch voll von getöteten Eingeborenen. Obwohl viele Leichname schon fortgeschafft seien, sei der üble Geruch so stark, daß der Ausbruch einer ernsthaften Krankheit zu befürchten sei.

Tanger, 11. August. Der Sultan hat 500 Mann regulärer Truppen nach Casablanca entsandt; dies sind die einzigen Soldaten, welche ihm augenblicklich zur Verfügung stehen.

Paris, 11. August. Der „Matin“ meldet aus Tanger, die Lage in Rajagan und Rabat ist unverändert. Aus beiden Städten traf die Bitte um Entsendung von Truppen ein, doch mußte General Drude das Gesuch ablehnend beantworten, da er seine gesamten Streitkräfte gebrauche, um für alle Eventualitäten gewappnet zu sein, zumal ein Angriff von über 2000 bewaffneten Eingeborenen drohe.

London, 12. August. Ein Telegramm des Korrespondenten der „Tribune“ aus Tanger, den 10. d. M., berichtet: Offizielle Meldungen aus Rabat befagen, die Kabylen seien wegen der Anwesenheit des Kreuzers „Galilee“ in Aufruhr. Der Heilige Krieg werde gepredigt, besonders unter den Stämmen an der Küste.

Paris, 11. August. (Meldung der Agence Havas.) Ein Telegramm des Admirals Philibert von gestern Abend meldet, daß sich in Mojagan nichts ereignet habe und die Nacht ruhig verlaufen sei; eine große Anzahl Meiler aus dem Osten sei angekommen. In Rabat und Casablanca herrsche Ruhe. Nachts seien einige Angriffe versucht worden. Der Kreuzer „Du Chayla“ fahre nach Saffi und Mogador ab. Die Entladung des Dampfers „Rive“ sei beendet.

Ein weiteres Telegramm Philiberts von vorgestern meldet, daß am Nachmittage ein harter Angriff glänzend zurückgeschlagen sei; zwei Mann seien verwundet worden.

Tanger, 11. August. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Ein englischer Dampfer traf hier mit 400 Flüchtlingen, die sich in klaglichem Zustande befinden, ein; es sind meist Juden. Ein französisches Torpedoboot kam mit fünf schwerverwundeten Matrosen an.

Niger, 11. August. (Telegramm der Agence Havas.) Die Garnison von Constantine erhielt Befehl, ein Bataillon Scharfschützen und eine Abteilung Artillerie bereit zu halten, die, wenn erforderlich, sofort nach Marokko abgehen sollen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. August 1907.

Wahlkampf-Rüstungen.

Auf der gestrigen Generalversammlung des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Groß-Berlins nahm Genosse Singer Anlaß, sich über die freisinnige Wahlrechtsbewegung in Preußen, die Stellung, die zu dieser die sozialdemokratische Partei nimmt, und die geplanten Demonstrationen zu äußern. Er erklärte im Namen des Parteivorstandes:

In letzter Zeit machten sich Stimmen in unserer und auch in der liberalen Presse bemerkbar, welche darauf schließen lassen, daß der Liberalismus für die Eringung des allgemeinen gleichen Wahlrechts in Preußen noch nicht ganz verloren scheint. Noch nicht ganz verloren — mehr kann ich nicht sagen, denn wenn es eine Partei in Deutschland gibt, der gegenüber man vorsichtig sein muß hinsichtlich ihrer politischen Zuverlässigkeit, so ist es der Liberalismus. Das bestätigen die Vorkommnisse der letzten Zeit. Es soll hier festgestellt werden, daß unsere Partei keinen Anlaß hat, den Anforderungen des Liberalismus bezüglich der Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts in Preußen hindernd entgegenzutreten. Es soll weiter festgestellt werden, daß die Sozialdemokratie ein Interesse hat, die auf Einführung eines demokratischen Wahlrechts in Preußen gerichteten Bestrebungen bürgerlicher Parteien zu unterstützen. Aber es soll auch festgestellt werden, daß wir uns nicht abspenken lassen mit einem Wahlrecht, wie es nach Brechungen zwischen dem Reichskanzler und bürgerlichen Parteiführern vereinbart worden sein soll. Wenn der Block eine ernste, demokratische Reform des Wahlrechts durchzuführen will, soll es uns recht sein. Aber eine solche Reform, wie sie Herr Bülow mit dem Block anscheinend durchzuführen will, wird von uns entschieden zurückgewiesen. Wir hindern die Bewegung bürgerlicher Parteien für Einführung eines demokratischen Wahlrechts nicht; wir werden vielmehr alles aufbieten, um die Schmach des preussischen Dreiklassenwahlrechts zu beseitigen, und das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für

Preußen zu erobern. Wir werden es unseren österreichischen Verbänden nachmachen und unseren Verhältnissen entsprechend den Kampf führen, um das allgemeine Wahlrecht für Preußen zu erlangen. Infolge der Knechtung der Wahlkreise wird es uns vielleicht gelingen, bei der nächsten Landtagswahl einige Sozialdemokraten in das preussische Abgeordnetenhaus zu bringen. Die größere Aufgabe unserer Partei aber ist die Beseitigung des Dreiklassenparlamentes, welches keine Vertretung des Volkes, sondern eine solche des Geldsacks ist. Der Parteivorstand ist sich seiner Aufgabe in dieser Beziehung wohl bewußt. Er beschließt sich damit, eine wirkungsvolle Demonstration für die Umgestaltung des preussischen Wahlrechts einzuleiten. Die gesamte Partei, ihre Presse und Organisation muß dabei mitwirken. Einmal der nächsten Mittel zur Förderung der Wahlbewegung und zur Demonstration wird uns der „Preußentag“ liefern. Mühen Sie sich also zum Kampf, damit, wenn das Signal ertönt, alle Mann zur Stelle sind.

Ostel und Nefse.

Am 14. August wird auf Schloß Wilhelmshöhe eine Zusammenkunft des Kaisers mit dem König von England stattfinden. Wilhelm II. wird vom Reichkanzler, dem Fürsten Bülow, König Eduard vom Unterstaatssekretär Hardinge begleitet werden.

Das Ende der Komödie.

Die Haager Friedenskonferenz nimmt den von Einsichtigen vorausgesehenen Verlauf. In einigen Dutzend Haupt-, Unter- und Nebenkommissionen werden noch immer lange diplomatische Reden über belanglose Entwürfe gehalten; aber mehr und mehr bricht sich die Ansicht Bahn, daß die schönen Reden keinen anderen Zweck haben, als die stille Verdaulichkeit der zureichenden Kommissionsmitglieder zu fördern, und daß schließlich nichts übrig bleibt, als die Veranstaltung im Haager Ritteraal zu schließen oder — falls dies zu diplomatisch nächsten erscheinen sollte — auf unbestimmte Zeit zu vertagen. Sarkastisch schreibt der „Globe“ über den gescheiterten Mißerfolg der Friedensdiplomatie:

„Daß irgend ein Schritt unternommen werden würde, um durch ein internationales Übereinkommen die Einschränkung der Rüstungen herbeizuführen, war von vornherein selbstverständlich ganz ausgeschlossen. Andererseits aber konnte man hoffen, daß etwas Ähnliches in bezug auf die Beseitigung und Definition der Kriegsgesetze und Kriegsgebühren geschaffen werden würde; auch in bezug auf den Wirkungsbereich und das Vorgehen eines internationalen Schiedsgerichtshofes war man bereit, etwas zu erwarten. Es waren beschiedene Hoffnungen im Vergleich mit den außerordentlichen Rüstungen, denen sich Sir Henry Campbell-Bannerman und seine leichtgläubigen Anhänger hingaben; es scheint aber, daß auch die bescheidensten Hoffnungen enttäuscht werden sollen. Die Konferenz ist durch das eigene Narco festgefahren und die Arbeiten in den verschiedenen Ausschüssen sind in eine solche Verwirrung geraten, daß sie kaum weiter können. Jetzt erwägt man schon die Frage, ob die Verhandlungen nicht geschlossen werden sollen und es wird jeden Tag fraglicher, ob irgend etwas mehr getan werden wird, als die Genfer Konvention in bezug auf die Kriegsführung zur See zu erweitern. Obzwar die Konferenz vom Jahre 1864 weit hinter den gehegten Erwartungen zurückblieb, so hat sie doch mancherlei Gutes und Dauerndes geschaffen. Die Konferenz von 1907 ist dagegen, von welchem Standpunkte aus immer betrachtet, ein ausgeprägter Mißerfolg und wenn nicht Mittel und Wege gefunden werden, um künftige Konferenzen auf einen vernünftigeren und praktischen Boden zu stellen, so ist es höchst zweifelhaft, ob es sich für Großbritannien der Nähe verlohnen wird, Vertreter zu senden. In erster Reihe ist die Zahl der eingeladenen und vertretenen Mächte eine lächerlich hohe. In 1899 waren es 28, China, Siam, Montenegro, Persien, die Balkan-Staaten, Luxemburg und Mexiko eingeschlossen. Es schien, daß damit die Grenzen schon weit genug gezogen seien, namentlich als man Korea erlaubte, beizutreten und sich mit einigen der Weltklassen einverstanden zu erklären. Auf der jetzigen Haager Konferenz sind aber über 40 Staaten vertreten. Es ist ganz unerhörte, daß Guatemala und Ecuador mit den Vereinigten Staaten und Deutschland auf denselben Fuß gesetzt werden sollen. Schließlich werden doch die Kriegsgebühren zu Land und zur See durch das Gewissen und die Notwendigkeiten von acht oder neun Großmächten entschieden.“

Farbe bekennen!

Zur Wahlreform bemerkt die freisinnig-volksparteiliche „Bresl. Ztg.“:

„Die Freisinnigen haben ohne alle Umschweife verstanden, was sie erstreben. Ihre Forderung geht klipp und klar dahin, daß man das preussische Wahlrecht durch das Reichswahlrecht ersetze. Dagegen hat sich von anderer Seite lebhafter Widerspruch erhoben. Gut: das ist nicht zu vermeiden und war auch nicht anders zu erwarten. Nur mag man nun auch ebenso klipp und klar mit der Sprache heraustrücken. Welche Eigenschaft des Reichswahlrechts ist es, von der man bekräftigt, daß sie, auf das preussische Staatsrecht übertragen, den Organismus des preussischen Staats ins Wanken bringen würde? Das Reichswahlrecht ist allgemein, direkt, gleich und geheim. Nimmt man an allen diesen Eigenschaften, an einigen von ihnen oder nur an einer einzigen Anstoß? Die Angelegenheit ist in ein Stadium getreten, daß mit einem bloßen Drumherumreden gar nichts anzufangen ist. Es heißt, Farbe bekennen und positive Vorschläge machen.“

Der Freisinn hat ja „Farbe bekant“. Er hat das Reichstagswahlrecht gefordert. Auch die Regierung hat nunmehr Farbe bekant, sogar „positive Vorschläge“ gemacht.

Nun hat der Freisinn wieder diesen „positiven Vorschläge“ der Regierung gegenüber, die dem Freisinn die Preisgabe des Reichstagswahlrechts zumutet, „Farbe zu bekennen“! Und zwar durch die Tat! —

Opfer antisemitischer Provokationen.

Kassel, 10. August. (Fig. Ver.) Die Reichslandverbände haben einige ihrer schroffsten Triids dem Arsenal der Antisemiten entliehen, so den, in ihren Versammlungen die antisemitischen Arbeiter in der ruppigsten Weise zu provozieren und dann über „sozialdemokratischen Terrorismus“ zu schreiben und zu schreien, wenn auf die Provokationen reagiert wird. Die Liebertgardisten haben ein gewisses System in die Heulifizierung solcher Terrorismusfälle gebracht und da die ehrenwerte Gesellschaft viele Hundert Zeitungen zur Verfügung hat, so wälzt sich Tag für Tag eine große Verleumdungsalanmanst durch den ungeschnittenen Blätterwald. In der „Heulifizierung“ des „sozialdemokratischen Terrorismus“ haben es die Reichsverbände also zu wirklich erstaunlicher Reife gebracht. Dagegen sind nach den Erfahrungen, die wir hier und in den Reichstagswahlkreisen haben sammeln können, in bezug auf die Ausfertigkeit im Provizieren die Antisemiten den Durchschnittdurchschnittsverbänden immer noch entschieden über. Das ist wohl auf die vieljährige Übung zurückzuführen. Jedemfalls veranlaßten die vielen Erfahrungen, die wir mit den Antisemiten gemacht hatten, den hiesigen Parteivorstand zur fortgesetzten Warnung vor dem Besuch ihrer Versammlungen. Im allgemeinen sind diese Warnungen auch befolgt worden, zwei Arbeiter

in Allendorf a. d. Werra, die eine antisemitische Versammlung besuchten, müssen es bitter lächeln.

Im Januar d. J. hielt der Abg. Raab in Allendorf eine Versammlung ab. Auf Grund seiner Ausführungen kam es zu Zwischenrufen und inselgedessen zu dem in antisemitischen Versammlungen üblichen Spektakel. Der Gendarm löste schließlich die Versammlung auf und griff energisch ein, um den Saal zu räumen. Im Korridor kam es zu einer regelrechten Drängelei und Balgerei, in deren Verlauf dem Gendarm an die Kehle gegriffen worden ist. Das veranlaßte ihn, den Säbel zu ziehen und auf den Arbeiter K. einzuschlagen. Dieser erlitt mehrere Verletzungen am Arm.

Die gewöhnlich, so ging es auch hier: eine Anklage wegen Körperverletzung und Widerstandes gegen die Staatsgewalt wurde erhoben. Resultat: ein Arbeiter G. erhielt einen Monat, der Arbeiter K. ein Jahr Gefängnis!

Die Reichsverbände stellen nun die bedauerndwertigen Opfer antisemitischer Provokationen als Opfer des sozialdemokratischen Parteisanatismus hin, einen freigesprochenen Angeklagten Dr. nennt sie den „sozialdemokratischen Agitator Dr.“, der der „Hauptkatecher“ war usw.

Demgegenüber sei festgestellt: dieser „sozialdemokratische Agitator Dr.“ ist ein in Parteikreisen vollkommen unbekannter fremder Rähmaschinenreisender, die verurteilten Arbeiter K. und G. sind weder politisch noch gewerkschaftlich organisiert, keiner von beiden ist Leser der Parteipresse. Beide sind vollkommen ungeschulte Arbeiter. Wir stellen das wahrheitsgemäß fest, bezweifeln indessen nicht im geringsten, daß der Schwindel von den „sozialdemokratischen“ Versammlungsstörern, die ihrem „Parteisanatismus“ zum Opfer gefallen sein sollen, die Runde durch die gesamte Presse des Reichslandverbands machen wird.

Eine gerichtete Anklage.

Die „Leipziger Volkszeitung“ bespricht in ihrer Sonnabendnummer die Hochverratsanklage, die der Oberreichsanwalt gegen den Genossen Dr. Karl Liebknecht wegen seiner Schrift über den Militarismus erhoben hat. Zunächst weist sie nach, daß die Ansicht des Oberreichsanwalts, was in der Prozedur das zur Anklage gestellte Delikt darstellte, von April bis Juli 1907 gewechselt hat, und sie schließt daraus, daß, falls die Eröffnung des Hauptverfahrens vom Reichsgericht beschlossen werden sollte, kein Grund vorliegen würde, die Öffentlichkeit im Prozesse auszuschließen. Denn das Schwanken des Anklägers spreche gewiß nicht für das Vorhandensein eines handgreiflichen Hochverrats, daß seine Aburteilung vor offenen Gerichtstüren die staatlichen Interessen schädigen könnte, und wenn trotzdem die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden sollte, so würde damit nicht bewiesen sein, daß die angeblich verbrecherische Tat des Angeklagten das Licht der Welt zu scheuen hätte, sondern nur die Anklage des Oberreichsanwalts.

Der zweite Teil des Artikels ist dem Nachweis gewidmet, daß die Anklage schon vor 43 Jahren gerichtet worden ist und zwar in der Tat ist sie schon vor 43 Jahren gerichtet worden in der berühmten Rede, die Ferdinand Lassalle vor dem preussischen Staatsgerichtshof hielt, gegen genau dieselbe Anklage, die jetzt gegen den Genossen Karl Liebknecht erhoben wird.

Die „Leipziger Volkszeitung“ fährt darüber aus: „Er ist angeklagt, gegen § 89 des Strafgesetzbuches verstoßen zu haben. Man sollte also denken, daß dieser Paragraph hochverräterische Handlungen bedrohe, die auf literarischem Wege vollbracht seien. Aber behüte, davon handelt nicht § 89, sondern § 85 des Strafgesetzbuches. Stellen wir den Wortlaut beider Paragraphen nebeneinander:

§ 85. Wer öffentlich vor einer Menschenmenge, oder mer durch Verbreitung oder öffentlichen Anschlag oder öffentliche Ausstellung von Schriften oder anderen Darstellungen zur Ausführung einer nach § 82 strafbaren Handlung (d. h. hochverräterischen Handlung) auffordert, wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren oder Festungshaft von gleicher Dauer bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Festungshaft von einem bis zu fünf Jahren ein.

§ 86. Jede andere, ein hochverräterisches Unternehmen vorbereitende Handlung wird mit Zuchthaus bis zu drei Jahren oder Festungshaft von gleicher Dauer bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Festungshaft von sechs Monaten bis zu drei Jahren ein.

Hören wir nun Lassalle, zu dessen Ausführungen wir unsererseits nur bemerken, daß die §§ 85 und 86 des preussischen Strafgesetzbuches den §§ 85 und 86 des deutschen Strafgesetzbuches entsprechen:

„Ich stelle zunächst der Anklage die Einrede entgegen, daß sie geradezu contra legem geht, daß sie die §§ 85 und 86 des Strafgesetzbuches geradezu verleht. Ich bin angeklagt auf Grund einer gedruckten Brochure... Von einer durch eine Druckschrift oder durch eine öffentliche Rede vollbrachten Aufforderung zum Hochverrat handelt der § 85, auf den hin ich nicht angeklagt bin. Und zwar aus dem einfachen Grunde nicht, weil der § 86 mit Notwendigkeit verlangt, daß die Aufforderung gerichtet sein muß auf ein vollendetes hochverräterisches Unternehmen, und da konnte man im vorliegenden Falle sich nicht auf § 85 stützen. Aber auf § 86 kann man mich noch viel weniger anklagen, denn dieser sagt: „Rede andre, ein hochverräterisches Unternehmen vorbereitende Handlung“ usw. Was heißt das? Es heißt: Jede andre, als die in dem vorhergehenden § 85 erwähnte vorbereitende Handlung, jede andre, als eine in einer öffentlichen Rede oder Schrift bestehende Handlung! Also eine Realhandlung muß es sein, die nach § 86 zu verfolgen ist, wenn z. B. Waffenfabrikanter entworfen, Waffenborrate gesammelt werden usw. Eine bloß in einer öffentlichen Rede oder Schrift bestehende Aufforderung kann nur auf Grund des § 85 verfolgt werden und zwar lediglich dann, wenn sie eben unmittelbar auf einen dann vollendeten Hochverrat gerichtet war. Mit anderen Worten: indem ich angeklagt werde der Vorbereitung von Hochverrat auf Grund einer Druckschrift, in welcher ich nach der Anklage selbst nicht zu unmittelbarer Ergreifung der Waffen, sondern nur zu vorbereitenden Schritten auffordere, so werde ich also realiter (tatsächlich) angeklagt: der Aufforderung zur Vorbereitung von Hochverrat, d. h. die Anklage schafft ein neues Verbrechen, welches das Gesetz nicht kennt. Die Aufforderung zur Vorbereitung von Hochverrat ist eine gesetzlich nicht verpönte Handlung.

Und nachdem Lassalle dann noch die zweite Einrede erhoben hatte, die ebenso auf die Anklage gegen Liebknecht zutrifft, daß die Anklage nämlich nicht nur die §§ 85 und 86, sondern das gesamte System der Gesetzgebung über Hochverrat verleht, fährt er aus:

„Indem ich nach § 86 der Vorbereitung von Hochverrat angeklagt werde, diese Vorbereitung aber wiederum in einer öffentlichen Aufforderung durch Rede oder Schrift besteht, so, welche nach dem Gesetze selbst nur eine bestimmte Art von Vorbereitung und deshalb nach dem Gesetze selbst nur dann strafbar ist, wenn sie vollendetes Hochverrat vorbereitet, zu vollendetem Hochverrat auffordert — werde ich somit angeklagt einer Vorbereitung von Vorbereitung von Hochverrat, d. h. eines dem Gesetze gar nicht bekannten Verbrechens, einer Vorbereitung in zweiter Potenz.“

Das ist das tief Traurige bei dieser Anklage, daß sie in dieser Hinsicht ein in den Gesetzbüchern aller Völker und Zeiten unerhörtes Verbrechen, ein crimen novum atque inauditum (ein neues und unerhörtes Verbrechen), das Verbrechen der Vorbereitung von Vorbereitung von Hochverrat zu schaffen sucht.“

Die Analogie ist allerdings schlagend und die Anklage ist damit im voraus peinlich gerichtet. Aber die „Leipziger Volkszeitung“ versichert, daß es noch mehr Analogien zwischen dem Lassalleschen Prozeß und der Anklage gegen den Genossen Liebknecht gibt und daß sie mit weiterer einschneidender Kritik einschneiden wird, wenn das Verfahren wider Liebknecht wider Erwarten seinen Fortgang nehmen würde. Denn dann handele es sich nicht mehr bloß um das Schicksal eines einzelnen Genossen, sondern um eine Potenzierung der Massenjustiz, gegen die sich die ganze Arbeiterbewegung in Wehr und Waffen zu stellen den dringendsten Anlaß hat.“

Ein neuer Petersprozeß.

Die „Leipziger Volkszeitung“ meldet: Der Peters hat Privatklage gegen unseren früheren verantwortlichen Redakteur Hermann Müller angehängt. Peters fühlt sich durch einige im Bericht über den Münchener Petersprozeß enthaltene Bemerkungen beleidigt. Die Leipziger Richter sollen nun den Mohren weiß waschen. —

Frankreich.

Paris, 11. August. Der Staatsrat hat die Wahl Ferrouls zum Generalrat von Perpignan beanstandet. —

England.

Beitritt zur Arbeiterpartei.

London, 8. August. (Fig. Ver.) Der Verband der Buchhalter, Beiratsbeamten usw. beschloß auf seinem vor wenigen Tagen abgehaltenen Kongresse, der Arbeiterpartei beizutreten und in engere Verbindung mit dem sozialistischen Verband der Ladengehülften zu treten. —

Italien.

Meuterei in einem italienischen Gefängnis.

Rom, 10. August. (Fig. Ver.) Am 8. d. M. hat im Gefängnis von Alexandria die Abteilung der Strohflechter wegen des ungenießbaren Essens gemeutert. In solchen Fällen pflegt man schnell mit den Inhaftierten fertig zu werden, indem man ihnen Soldaten auf den Hals schickt. Diesmal waren aber die Meuterer so schlau, sich eines Gefängniswärters zu bemächtigen und ihn als Geisel zu behalten. Sobald die Behörden mit Gewalt vorgingen, drohten die Meuterer, den Wärter zu töten. Daher mußte der Gefängnisdirektor regelrechte Unterhandlungen mit den Meuterern einleiten; die gegen Zufuhrung völliger Straflosigkeit und einer Enquete über die Lebensmittel ihre Geisel freigaben.

Rumänien.

Neue Ausweisungen.

Bukarest, 8. August. (Fig. Ver.) Gestern erhielten die zwei rumänischen Bürger Gebrüder Gopa ein Ausweisungsbekret. Beide sind Holzarbeiter und in der sozialistischen und gewerkschaftlichen Bewegung tätig. Sie sind hier geboren, sind in die Wählerlisten eingetragen, haben ihrer Militärpflicht genügt und wurden bei den letzten Wahlen als Reservisten einberufen. Als Grund für die Ausweisung erklärt die Polizei, daß der Minister des Innern sie wünsche! Die ungarischen Behörden weigern sich, die Ausgewiesenen über die Grenze kommen zu lassen. Die beiden werden wahrscheinlich in Ketten und unter Mißhandlungen von einer Grenze zur andern hin und her geschleppt werden, bis es endlich den rumänischen Schergen gelingt, sie über irgend eine Grenze hinüber zu schmuggeln, wie es schon mit so vielen anderen vorher geschah.

Amerika.

Japanisch-amerikanische Spannung.

Der „Londoner Standard“ meldet aus Washington, alle japanisch-amerikanischen Vertragsverhandlungen seien infolge der Weigerung Japans, die Bedingungen der Vereinigten Staaten anzunehmen, abgebrochen worden. —

Japaner ausgewiesen. Durch Gerichtsbeschluss wurde in den letzten Tagen in San Francisco verfügt, daß 108 Japaner, die entgegen den Bestimmungen des neuen Einwanderungsgesetzes seit dem 1. Juli gelandet waren, nach Japan zurückzubringen sind. Die Japaner versuchen unangesehen, die Verbote der Einwanderung zu umgehen; ihre Landleute, die sich bereits in San Francisco ansässig gemacht haben, leisten den Anführern dabei gern ihre Hilfe. Die Behörden entfalten große Wachsamkeit, um die jede Gelegenheit erspähenden Japaner zurückzuhalten. Zum großen Teil kommen sie auch über die Grenze von Mexiko. —

Aus Industrie und Handel.

Lebensmittelpreise im Juli.

Nach den Zusammenstellungen der „Statistischen Korrespondenz“ ergeben sich für 23 Markttorte folgende Durchschnittspreise:

	Juli 1907	Juni 1907	Juli 1907
Weizen . . . 1000 kg in Markt	177	206	206
Roggen	154	200	199
Gerste	146	178	174
Hafer	172	197	196
Erbsen, gelbe			
zum Kochen	297	251	253
Bohnen	327	314	318
Linsen	499	592	593
Kartoffeln			
Rindfleisch (Großhandel)	1241	1280	1265
„ (Kleinhandel) 1 kg in Wf.	161	160	160
„ Bauch	137	136	136
Schweinefleisch	168	139	147
Kalbfleisch	163	160	158
Hammelfleisch	160	162	162
Get. Speck	183	161	163
Butter	235	238	241
Schweineschmalz	178	159	163
Weizenmehl	32	34	34
Roggenmehl	27	30	31
Eier (Schod)	367	364	364

Demnach sind im Juli die Preise für eine Reihe Artikel wiederum über die Junipreise hinausgegangen und lassen die Julipreise des Vorjahres weit hinter sich.

Nicht Millionen Mark Nettgewinn erzielte, wie bereits mitgeteilt, im letzten Geschäftsjahr die A. G. Gosch Dortmund. Das Aktienkapital der Gesellschaft beträgt 15 Millionen Mark, ursprünglich 8 800 000 M., erhöht 1895 auf 6 Millionen Mark, 1897 auf 9 Millionen Mark und 1899 auf 15 Millionen Mark. Die Aktien der dritten Emission wurden den Aktionären zum Kurse von 100 Proz. angeboten. Unter Einrechnung dieses Kurzes würden insgesamt 18 600 000 M. Kapital eingezahlt sein. Der letzte Nettgewinn macht demnach 48 Proz. des Anlagekapitals aus. Gemäß einer guten Risikoprämie! Es werden — nur 18 Proz. Dividende verteilt. Man hat vorgeföhrt für schlechteren Zeiten und gleich fast 16 Proz. des Aktienkapitals abgeschrieben. Trotz der starken Abschreibung stellt der erzielte Reingewinn doch noch 82,5 Proz. des Aktienkapitals dar. Jedenfalls haben die Aktionäre eher Ursache, zufrieden zu sein, als die Arbeiter. Die gestern mitgeteilten Löhne beziehen sich übrigens nur auf die Stahlwerkarbeiter. Diese waren auch lediglich auf die Gewinnsummen verrechnet. In diesen Summen sind aber auch

Die Erträge aus den zugehörigen Gruben enthalten, es müssen daher auch die Vergarbeiter berücksichtigt werden. Danach ergibt sich für das Jahr 1905/06 ein Dividendenvermögen pro Arbeiter von 772 M., ein Reingewinn von 440 M. und ein Rohgewinn von 732 M. Der Rohgewinn für das letzte Jahr stellt sich auf circa 933 M., mitteln 200 M. Reingewinn pro Kopf, als das schon so günstige Vorjahr erbrachte. Die angeblich ruinösen Lohnsteigerungen lassen sich demnach sehr gut ertragen. Angesichts der besten Resultate nehmen sich die Behauptungen, die Preissteigerungen seien durch Lohnsteigerungen notwendig geworden, jedenfalls recht sonderbar aus.

Preisermäßigung auf Halbzug für Drahtwerke. Wie die „N. N.“ berichtet, ist bei der Beratung zwischen dem Walzdrahtverband und den Drahtziehervereinen am 10. August eine Einigung dahin erzielt worden, daß die Ausführergütung von 7½ M. pro Tonne aufgehoben und dagegen der Preis für Walzdraht für die reinen Drahtziehereien, die ihn zur Exportherstellung benutzen, um 10 M. niedriger als der Inlandspreis, also auf 140 M. frei Werk, angelegt wird. Die Vereinbarung hat rückwirkende Kraft bis zum 1. Juli cr.

Ein Zundertrakt in Schweden. Sämtliche Zunderfabriken Schwedens haben sich am Sonntag zu einer großen Gesellschaft „Svenska Soderfabrikaktiebolaget“ genannt, zusammengeschlossen. Das Aktienkapital beläuft sich auf 135 Millionen Kronen (151,2 Millionen Mark). Uebrigens haben die schwedischen Zunderherren schon seit mehreren Jahren „zusammengearbeitet“ und es mit Hilfe eines die Auslandskonkurrenz ausschließenden Schutzzollens dahin gebracht, daß in Schweden der Preis des Zunders per Tonne um 20 Oere (22,4 Pf.) höher zu stehen pflegt, als der Weltmarktpreis.

Bank an der New Yorker Börse. Am Sonnabend gingen die Kurse der Wertpapiere an der New Yorker Börse rapid zurück. Im Durchschnitt waren die Preise niedriger als diejenigen seit der Finanzpanik vom 14. März. Die Papiere von 20 der größten Eisenbahngesellschaften erlitten eine Baissa von durchschnittlich 7 Dollars für die Aktie.

Zum Kampf gegen den Öltrust wird aus New York gemeldet: Der Bundeskommissar für Korporationen beschuldigt in einem Briefe an den Präsidenten Roosevelt, in welchem er seinen Bericht über die Petroleumindustrie kurz zusammenfaßt, die Standard Oil Company, daß sie die Interessen des inländischen Konsumenten opfere, um das ausländische Geschäft an sich zu reißen. Der Kommissar erklärt, die Standard Oil Company habe, da sie das Monopol im Inlande besaß, Erpressung im wahren Sinne des Wortes zu üben vermocht; als sie sich der ausländischen Konkurrenz gegenüber befunden habe, habe sie dem ausländischen Konsumenten außerordentlich geringere Preise gewährt und dabei die im Inlande gemachten Gewinne benutzt, um ihre Stellung im Auslandsverkehr zu wahren.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Verstärkter Jubel!

Der Verband der Baugeschäfte hat sofort nach der Aenderung der Taktik, welche die Bauarbeiter-Organisationen vornahmen, ein Zirkular an seine Mitglieder versandt, in dem es gleich zu Beginn heißt:

„Der Streik im Baugewerbe Groß-Berlins ist auf Beschluß sämtlicher Arbeitnehmer-Organisationen aufgehoben worden.“

Und weiterhin:

„Den einzelnen Arbeitnehmern wurde freigestellt, zu den alten Bedingungen wieder in Arbeit zu treten. Die Arbeitnehmer haben damit zugegeben, daß sie den Kampf verloren haben.“

Mit Verlaß! Die Arbeiter haben weder den Streik aufgehoben, noch den Kampf verloren gegeben. Sie haben, wie schon mehrfach während der Bewegung, ihre Taktik geändert, sonst nichts.

Es bleibt bei dem, was wir am Sonntag schrieben: „Nur der Unternehmer, welcher den Warteinhalb-Stundentag anerkannt hat, ist fortan sicher, eingegangene Verpflichtungen erfüllen zu können.“

Das geht aus den angenommenen Resolutionen ganz klar hervor.

In der Resolution des Zentralverbandes der Maurer heißt es ausdrücklich:

„Die Versammlung steht nach wie vor auf dem Standpunkt, den Kampf mit aller Energie und äußerster Schärfe weiter zu führen und nicht eher abzugeben, bis die für die Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter aufgestellten Forderungen auch in den Geschäften, welche die Forderungen noch nicht bewilligt haben, durchgesetzt sind.“

Die Resolution der Freien Vereinigung der Maurer sagt ähnlich:

„Vorzugsnehmend auf den dauernd günstigen Stand des nummehr 12 Wochen andauernden Kampfes und der Erwägung, daß nur noch ein kleiner Teil der Mitglieder der Freien Vereinigung der Maurer sich im Auslande befindet, erklären die Anwesenden sich bereit, die jetzige Form des Kampfes zu ändern, ohne etwa daran zu denken, den Kampf selbst eher abzugeben, ehe nicht die Verkürzung der Arbeitszeit auch in den Geschäften erreicht sein wird, die bis jetzt diese Forderung nicht bewilligt haben.“

Und die Resolution der Zimmerer beider Richtungen sagt ganz ausdrücklich:

„Es wird den Zimmerern Berlins und Umgegend zur Pflicht gemacht, nach wie vor darauf zu achten, daß Zimmerarbeiten im Lohngebiet nur zu den neuen Bedingungen ausgeführt werden.“

Es gibt zurzeit überhaupt nur 294 arbeitslose Zimmerer im Berlin, denen es natürlich nicht einfallen wird, zu den alten Bedingungen in Arbeit zu treten. Für die Zimmerer ist allerdings der Kampf entschieden und zwar zugunsten der Arbeiter.

Die Maurer und Bauhilfsarbeiter aber werden den Herren vom Verband der Baugeschäfte ebenfalls halb den Beweis erbracht haben, daß von einer Verringerung des Kampfes bei ihnen keine Rede ist. Wie im einzelnen sich der Kampf gestalten wird, ist natürlich im Kleinkrieg stets eine Frage des Augenblicks, das Ziel der Bewegung aber, den 8½-Stundentag, werden die Berliner Bauarbeiter nicht aus den Augen verlieren.

Achtung, Metallarbeiter! In der Automobilbetriebsgesellschaft Tip-Top, Waldenstr. 4, haben die dort beschäftigten Schlosser wegen Nichtbewilligung der neunstündigen Arbeitszeit die Arbeit niedergelegt. Zugang von Automobilschlossern ist streng ferngehalten.

Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Achtung, Metallarbeiter! Die Vauhschlosser zu Karlsruhe in Baden stehen schon seit längerer Zeit in einer Lohnbewegung. Wir ersuchen die Kollegen, etwaige Arbeitsvermittlung dorthin zurückzuweisen. Karlsruhe ist für Vauhschlosser bis auf weiteres gesperrt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

Die Betriebsführer der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft hielten am Sonntag morgen im „Ewinmünder Gesellschafts-

haus“ eine sehr stark besuchte Versammlung ab, um den Bericht ihrer Lohnkommission entgegenzunehmen. Promke vom Verband der Handels- und Transportarbeiter referierte. Verhandlungen mit der Direktion wegen Verbesserungen der bisherigen Arbeitsbedingungen fanden statt. Der endgültige Bescheid von Seiten der Direktion wird erst am Mittwoch oder Donnerstag einlaufen. Man erwartet von den Verhandlungen ein günstiges Resultat. Gegenstand lebhafter Diskussion in der Versammlung war das Verhalten einiger Abteilungsleiter den Mitgliedern der Lohnkommission gegenüber. Ein Herr Walzer, Abteilung G. F. 5, verweigerte einem Mitgliede die Erlaubnis, an den Verhandlungen mit der Direktion teilzunehmen. Zwei andere Mitglieder betrachteten eine Vernehmung als Maßregelung wegen ihrer Teilnahme. Das Verhalten der Abteilungsleiter den Arbeitern gegenüber soll im allgemeinen recht viel zu wünschen übrig lassen.

Achtung, Weber und Bauhandwerker! Der Unternehmer Schade, Rixdorf, Kaiser Friedrichstr. 52 — Bauten: Böhmische-straße 8, Schudomastr. 48 und Donaustr. 17/18 — ist für Kleber wegen Nichtbezahlung der Tarifpreise gesperrt.

Freie Vereinigung der Tapezierer.
Bureau und Arbeitsnachweis: Schützenstr. 18/19. Tel. I. 8090.

Achtung, Automobilfahrer!
Die Automobil-Garage in Firma Franz Richard, Rixdorf, Wilmannstr. 22/23, ist wegen Differenzen für Kraftfahrzeugsführer gesperrt. Den dort beschäftigt gewesenen Kollegen wurde zugemutet, 24 Stunden hintereinander zu fahren und nachdem 24 Stunden zu pausieren. Da eine derartige Fahrzeit nicht durchführbar ist, im weiteren auch eine Gefahr für Gesundheit und Leben nicht nur des Chauffeurs, sondern auch für das Publikum bedeutet, hielten die Fahrer ihre Fahrzeit von 10 bis 12 Stunden inne. Die Folge war, daß ein Kollege entlassen wurde und den übrigen dasselbe in Aussicht gestellt wurde. Zu bemerken ist noch, daß die Firma nur 150 Lohn zahlte, obgleich sie doppelte Arbeitszeit verlangte, also an jedem Fahrer noch 150 M. profitierte. Der Versuch, die Differenz beizulegen, ist an der Unzugänglichkeit des Betriebsleiters gescheitert.

Verein der Droschkenfahrer, Mitgliedschaft IV. des Transportarbeiter-Verbandes.

Deutsches Reich.

Achtung, Erdarbeiter, Kanalarbeiter! Streik in Schwedt a. O. beim Kanalbau Berlin-Stettin! Am Donnerstag, den 8. August, wurde den gesamten Arbeitern (ausschließlich der Schlosser und Zimmerleute) angekündigt, daß die Stundenlöhne um 3 Pf. gekürzt werden. Darauf legten am nämlichen Tage mittags alle in Frage kommenden circa 300 Mann einmütig die Arbeit nieder. Auch die gesamten fremdsprachlichen Arbeiter, Italiener und Russen, befinden sich unter den Ausständigen. Eine Verhandlung, welche durch den Organisationsvertreter versucht wurde, zeitigte kein Resultat. Die Sache steht für die Ausständigen außerst günstig, da nach allen Anzeichen die Arbeit drängt, hat man doch die bestehende Arbeitszeit von täglich 11 Stunden regelmäßig bis auf 14 bis 16 Stunden ausgedehnt. Arbeiter, Parteigenossen! Sorgt, daß unter allen Umständen Jutzug, namentlich von fremdsprachlichen Arbeitern von Schwedt a. O. ferngehalten wird.

Die Organisationsleitung.
Arbeiterfreundliche Mütter ersuchen wir um Abdruck.

Zur Aussperrung in der Stettiner Herren- und Knaben-Konfektion.

Auf den gegen acht Firmen verhängten Streik ordnete, wie bereits gemeldet, der Arbeitgeberverband die Aussperrung aller Arbeiter und Arbeiterinnen an. Diesem Beschluß haben sich die 52 dem Verbands angehörenden Firmen angeschlossen, so daß etwa 2500 Schneider und etwa 2000 Schneiderinnen ausgesperrt sind. Am Freitag fand vor dem Gewerbeamt eine Besprechung statt, in welcher die Konfektionäre erklärten, daß sie den Tarifnachtrag keinesfalls anerkennen würden. Sie seien aber bereit, über angelegliche Tarifverträge mit der Arbeiterorganisation von Fall zu Fall zu unterhandeln, wenn zuvor die Arbeit wieder aufgenommen und die Sperre über die acht Firmen aufgehoben würde. Eine Montag abgehaltene Riesensammlung der Aussperrten, in welcher die Lohnkommission Bericht erstattete, lehnte die Forderung der Arbeitgeber ab. In einer Resolution erklärten die Versammelten, unüberbrüchlich am Tarifvertrage vom 1. Oktober 1906 festzuhalten, und sie verlangen zur vollen Anerkennung desselben seitens der Arbeitgeber die Annahme des Tarifnachtrages. Ferner bekundeten sie ihre Bereitwilligkeit zu weiteren Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverbande. Die Aussperrung dauert also weiter. — Die Arbeitgeber lehnen die Anerkennung des Tarifnachtrages des halb ab, weil er ihrer Behauptung nach eine sechsprozentige Erhöhung der Löhne bedeute. Das trifft aber nicht zu. Der Nachtrag gibt einzelnen Bestimmungen des Tarifes, die die Konfektionäre in ihrem Sinne auslegten, lediglich eine präzisere Fassung im Sinne der vorjährigen Tarifverhandlungen.

Die Leipziger Buchhandlungshilfsarbeiter beschloßen in einer gutbesuchten Versammlung, den im Jahre 1905 abgeschlossenen Tarif am 15. August zu kündigen. Sie begründeten das mit den höheren Lebensmittelpreisen und dem dazu in keinem Verhältnis stehenden, im Tarif vereinbarten Einkommen. Die Sektionsleitung des Transportarbeiterverbandes ist beauftragt worden, die Tarifrevision in die Wege zu leiten.

Die Vauhschlosser Leipzigs haben der Innung ihre Forderungen: neunstündige Arbeitszeit, 25—100 Proz. Zuschlag für Ueberstunden und Sonntagsarbeit, 38—45 Pf. Stundenlohn, übermitteln lassen. Die Innung lehnt jedoch in ihrer Antwort den Reumtudentag glatt ab, da sie dem Metallindustriellenverband angehört, der keine kürzere als die 9½ stündige Arbeitszeit zulasse. Die anderen Forderungen aber seien ja zumeist schon in den Verträgen bewilligt worden. Eine Versammlung der Vauhschlosser beauftragte darauf die Geschäfts-kommission, sich abermals an die Innung zu wenden. Sie müßte, wenn ihr an einer friedlichen Beilegung gelegen ist, für die Einführung des Reumtudentages sorgen.

Der Streik der Braunkohlenbergarbeiter in der Oberpfalz ist nach fünftägiger Dauer siegreich beendet.

Keine Aussperrung der bayerischen Metallarbeiter!

Die drohende Gefahr einer Aussperrung der bayerischen Metallarbeiter wurde, wie schon telegraphisch mitgeteilt, glücklich abgewendet. Dies ist nicht zum geringen Maße dem Umstande zu verdanken, daß die Scharfmacher des bayerischen Metallindustriellenverbandes bei den für Sonnabend nach dem Kunstgewerbehaus in München einberufenen Unterhandlungen zwecks Beilegung der Differenzen in der Rathgeberschen Waggonfabrik offiziell aus-schieden. Die Herren Scharfmacher haben nämlich in ihrer Sitzung in Nürnberg auf das Bestimmteste erklärt, daß von der 57 stündigen Arbeitszeit prinzipiell nicht abgegangen werden darf. Nachdem sich Herr Guggenheimer, der Direktor der Maschinenfabrik Augsburg, am Sonnabend überzeugen lassen mußte, daß der Direktor der Rathgeberschen Waggonfabrik sowohl den Holzarbeitern als auch den Metallarbeitern in bezug auf Verkürzung der Arbeitszeit, wenn auch privatim, bereits Konzessionen gemacht hatte, erklärte er, daß dann der Industriellenverband von den Unterhandlungen auszuscheiden habe und die Angelegenheit nur noch mit der Rathgeberschen Fabrik zu regeln sei.

Die Verhandlungen wurden dann nur noch zwischen dem Direktor und dem Fabriksauschuss der Rathgeberschen Waggonfabrik weitergeführt, weshalb selbstverständlich die Abmachungen auch nur

für die Arbeiter der Rathgeberschen Waggonfabrik Gültigkeit haben können. Nach kurzer Verhandlung wurde für die Holzarbeiter die 56stündige, für die Metallarbeiter die 55stündige Arbeitszeit vereinbart. In dem sofort abgehaltenen Appell der streikenden Holzarbeiter wurde dem Resultat einstimmig zugestimmt und beschlossen, die Arbeit am Montag aufzunehmen.

Die Scharfmacher wollen sich nummehr wegen ihres verletzten Prinzips mit dem Direktor der Rathgeberschen Waggonfabrik „prinzipiell“ auseinandersetzen.

Ausland.

In Belfast ist es zu ersten Unruhen gekommen. Vor dem Zollamt hielten zahlreiche Redner Ansprachen; dabei kam es zwischen zwei Parteien zu einem heftigen Streit, der bald in Tätlichkeiten ausartete. Polizei griff ein, wobei ein Polizeigangster schwer mißhandelt wurde. Blutüberströmte und mit zerrissenen Kleidern gelang es ihm, in das Lokal der Heilsarmee zu flüchten. Mehrere Hundgeber wurden verhaftet. Das Erscheinen eines Gefängniswagens gab Anlaß zu neuen Zwischenfällen. Die Menge durchbrach den Polizeilordon. Dragoner wurden herbeigerufen und gingen mit blanker Waffe gegen die Menge vor. Hierbei wurde ein Kind getötet, eine Frau schwer verletzt. Etwa zwanzig Polizeigangster haben leichtere Verwundungen davongetragen. Angeblich sind auch 25 Soldaten einschließlich zweier Offiziere verwundet worden.

Der Streik der Pariser Zimmerer dauert schon seit dem 16. Juli. Die Unternehmer hatten schon im Juni vorigen Jahres das Versprechen abgegeben, die Löhne ab Juni 1907 auf 1 Frank pro Stunde zu erhöhen. Als die Zeit herangekommen war, lösten sie ihr Versprechen nicht ein und so waren die Arbeiter gezwungen, in den Streik einzutreten. Von den Architekten und Bauunternehmern haben die Meister die Zusicherung, daß bei den neuen Kontrakten die Erhöhung der Löhne mit in Rechnung gestellt werden würde, es liegt also für die Meister kein triftiger Grund mehr vor, dem Verlangen ihrer Arbeiter nicht nachzugeben. Unterhandlungen zwischen beiden Parteien sollten auch stattfinden, aber die Meister forderten, daß neben der Gewerkschaft auch einige alte, unbedeutende gewerkschaftliche Gruppen, die zum Teil Streikbrecherdienste geleistet hatten, zu den Verhandlungen mit zugelassen werden sollten. Darauf konnten die Führer der modernen Gewerkschaft nicht eingehen. So dauert der Konflikt noch an und es ist nicht ausgeschlossen, daß er sich auf weitere Gruppen der Bauarbeiter ausdehnt.

Der Streik der amerikanischen Telegraphisten.

Die Unterbrechung der telegraphischen Verbindung infolge von Ausständen des Telegraphenpersonals erstreckt sich jetzt auf eine ganze Reihe weiterer Städte im Westen und Süden, darunter Columbus, Milwaukee, Nashville, Memphis und Dallas. Es heißt, daß die Telegraphisten in San Francisco und Oakland sich der Bewegung anschließen werden. 3000 Telegraphisten der Stadt New York haben eine Versammlung abgehalten, um über ihre Beteiligung an dem Ausstande zu beraten. Sie beschloßen, in bezug auf den Streik keinen Schritt bis nächsten Freitag zu tun. Dies geschah auf Ersuchen der National Civic Federation, welche erklärte, daß Vertreter der Federation und des Arbeiterbundes nach Chicago reisen werden, um in Verhandlungen mit dem Vorstehen des Telegraphistenverbandes den Versuch zu machen, den Ausstand zu beendigen.

Small, der Präsident des Telegraphistenverbandes, kündigte den Generalstreik an, für den Fall, daß bis Dienstag keine Einigung erreicht würde. Auch benachrichtigte er den Kommissar für das Arbeitswesen, Reill, davon, daß der Verband in die Wiederaufnahme der Arbeit willigen würde, wenn die Regierung nachdrücklich dafür eintrete, daß die Beschwerden der Beamten untersucht und durch schiedsgerichtlichen Spruch erledigt würden.

Die Erklärung Small's, des Präsidenten des Telegraphistenverbandes, sowie eine Erklärung des nationalen Sekretärs Russell in Chicago, daß der Ausstand der Telegraphisten binnen 24 Stunden in den Vereinigten Staaten und in Kanada allgemein sein werde, haben dem bisherigen Optimismus Einhalt getan. Russell wendet sich in seiner Erklärung an die Verleger der Vereinigten Staaten und Kanadas und sagt, der Verband wünsche nicht, die Zeitungen in Verlegenheit zu bringen, aber die Telegraphisten kämpfen um ihr Recht und seien der Meinung, daß sie zu gering bezahlt werden. Der Verband billigt die gegenwärtigen Forderungen. Wenn diese nicht erfüllt würden, würden die Arbeiter angewiesen werden, die Arbeit niederzulegen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Vom Bliz erschlagen.

Wien, 12. August. (B. O.) Der Wiener Professor Rudolf Teufelberger wurde in der Sommerfrische Friedberg im Böhmerwalde von einem Blizschlage getötet. Die Frau und zwei Töchter des Professors, welche gleichfalls vom Bliz getroffen wurden, liegen schwer krank danieder.

Christlicher Textilarbeiterkongress.

Büsch, 12. August. (B. L. B.) Heute wurde hier der vierte internationale Kongress christlicher Textilarbeiter durch den Vorsitzenden des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands, Reichstagsabgeordneten Schiffer, eröffnet. Anwesend waren 25 Delegierte, die sechs Nationen mit 454 Ortsgruppen, die 78 126 Mitglieder zählen, vertreten. Der Zuwachs des Verbandes beträgt seit dem letzten Jahre 232 Ortsgruppen und nahezu 46 000 Mitglieder. Der deutsche Verband allein zählt 40 500 Mitglieder.

Wegen Bombenfabrikation verurteilt.

Paris, 12. August. (B. L. B.) Das Justizpolizeigericht verurteilte den russischen Terroristen Smirnow, der im Mai 1907 im Zimmer seines Kameraden Slepner beim Anfertigen von Bomben durch eine Explosion schwer verletzt wurde, zu dreizehn Monaten Gefängnis, sowie seinen verschwundenen Komplizen Slepner in Contumaciam zu der gleichen Strafe.

Die Vorgänge in Belfast.

Belfast, 12. August. (B. L. B.) Der Polizeikommissar wurde heute abend auf einer Fahrt nach den Kasernen von der Menge mit Steinen beworfen. Später wurden auch diese Gebäude mit Steinen bombardiert.

London, 12. August. (B. L. B.) Heute abend erreichten die Unruhen in Belfast einen so hohen Grad, daß die Truppen sich genötigt sahen, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. Eine Person ist getötet, mehrere verletzt. Es wurden Verhaftungen erbeten.

Ausdehnung des Streiks der Telegraphenbeamten.

New York, 12. August. (B. L. B.) Die Angestellten der Western Union-Telegraphengesellschaft in der Stadt New York haben sich heute mittag dem Ausstand angeschlossen.

New York, 12. August. (B. L. B.) auf deutsch-antlantischem Kabel.) Auch die Telegraphisten der Post der Stadt New York sind heute in den Ausstand getreten.

New York, 12. August. (B. L. B.) auf deutsch-antlantischem Kabel.) Der Ausstand ist nummehr auch von den Telegraphisten in Philadelphia, Baltimore und Cleveland proklamiert worden.

Organisations-Entwurf für Preußen.

Nachstehender Organisationsentwurf wird auf dem am 21. November stattfindenden Preuentage zur Beratung gelangen:

§ 1.

Zur Wahrnehmung der Parteinteressen der Sozialdemokratie Preußens findet alle zwei Jahre eine Landeskonferenz statt.

§ 2.

Zur Teilnahme an der Landeskonferenz sind berechtigt:

- a) die Delegierten der einzelnen Kreiswahlvereine mit der Aufgabe, daß die Vereine bis 1000 Mitglieder einen, bis 3000 zwei, bis 5000 drei, bis 10000 vier und darüber fünf Delegierte zu wählen berechtigt sind;
b) die Delegierten der sozialdemokratischen Frauen Preußens;
c) die sozialdemokratischen Reichstags- resp. Landtagsabgeordneten Preußens;
d) die Landeskommission.

§ 3.

Zu den Aufgaben der Landeskonferenz gehören:

- 1. Prüfung der Mandate;
2. Entgegennahme der Berichte der Landeskommission und der Landtagsabgeordneten Preußens;
3. Beratung und Beschlußfassung über alle das Parteilieben Preußens berührende Fragen;
4. Beschlußfassung über alle eingegangenen Anträge;
5. Wahl des Ortes, an welchem die nächste Landeskonferenz stattfinden soll.

§ 4.

Spätestens sechs Wochen vor Einberufung der Landeskonferenz hat die Landeskommission den einzelnen Kreiswahlvereinen einen Rechenschaftsbericht zu übermitteln und durch die hierfür bestimmten Parteiorgane den Termin sowie die provisorische Tagesordnung bekannt zu machen.

§ 5.

Alle Anträge zur Landeskonferenz sind spätestens drei Wochen vor Stattfinden derselben bei der Landeskommission einzureichen und ist diese verpflichtet, die Anträge und die von ihr vorzuschlagende Tagesordnung spätestens zwei Wochen vor Stattfinden der Landeskonferenz in den hierfür bestimmten Parteiorganen zweimal hintereinander zu veröffentlichen.

§ 6.

Eine außerordentliche Landeskonferenz kann einberufen werden durch Mehrheitsbeschluß der Landeskommission.

Auf Antrag von vier Provinzialkomitees ist die Landeskommission zur Einberufung einer solchen Konferenz innerhalb vier Wochen verpflichtet. Weigert sich die Landeskommission, so hat die Einberufung der Landeskonferenz durch die Vorsitzenden der die Konferenz beantragenden Provinzialkomitees zu geschehen.

Die Fristbestimmungen für Anträge usw. fallen für die außerordentlichen Landeskonferenzen fort.

§ 7.

Die Abgeordneten und die Landeskommission haben in allen Fragen, welche ihre parlamentarische Tätigkeit resp. ihre Geschäftsführung betreffen, kein Stimmrecht auf der Landeskonferenz.

§ 8.

Die Unkosten für die Kreisdelegationen trägt jeder Kreiswahlverein.

§ 9.

Die Unkosten, welche durch die Geschäftsführung der Landeskommission resp. des geschäftsführenden Ausschusses entstehen, sind durch Umlageverfahren prozentual der Mitgliederzahl in den einzelnen Provinzen bezw. Kreiswahlvereinen zu erheben.

§ 10.

Die Landeskommission besteht aus je einem Vertreter jeder Provinz Preußens und von Groß-Berlin, die von der Landeskonferenz gewählt werden. Im Behinderungsfalle ist eine von dem betreffenden Provinzialkomitee zu stellende Vertretung zulässig.

Die Landeskommission wählt sich aus ihrer Mitte einen geschäftsführenden Ausschuss von drei Personen. Der Obmann muß seinen Wohnsitz in Berlin haben und ist seine Adresse in den Parteiorganen bekannt zu machen.

§ 11.

Bei allen wichtigen Parteiaktionen, an denen die Sozialdemokratie Preußens beteiligt ist (Beschluß über die Art der Wahlbeteiligung, Demonstrationen und dergleichen), hat sich die Landeskommission mit den Provinzialkomitees rechtzeitig in Verbindung zu setzen, jedoch vor der Beschlußfassung in diesen Fragen mit dem Parteivorstande sich zu verständigen.

§ 12.

Die Kreiswahlvereine-Vorsitzenden oder Vertrauensleute der Kreise und die Provinzialausschüsse sind verpflichtet, sofort nach erfolgter Wahl der Landeskommission ihre Adresse mitzuteilen, sowie von jeder Adressenveränderung Kenntnis zu geben.

Generalversammlung von Groß-Berlin.

Am Sonntag hielt der Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine von Berlin und Umgegend seine Generalversammlung im Kellers Saal ab. Als erster Punkt stand der

Geschäftsbericht des Vorstandes

auf der Tagesordnung. Denselben erstattete der Zentralvorsitzende Ernst: Die vorige Generalversammlung hat dem Vorstand zwei Anträge überwiesen. Der eine derselben ersuchte den Zentralvorstand, sich mit der Agitationskommission des polnischen sozialistischen Vereins in Berlin zum Zweck des gemeinsamen Zusammenarbeitens in der Organisation zu verständigen. Der Vorstand hat mit der Leitung des genannten Vereins Rücksprache genommen, er hat den polnischen Genossen vorgeschlagen, in die Organisation von Groß-Berlin einzutreten, sie sollten eine selbständige Sektion bilden, selbständige Zahlende abhalten, eine Vertretung im Zentralvorstand und im Aktionsausschuss erhalten. Die polnischen Genossen lehnten jedoch diesen Vorschlag ab mit der Begründung, daß jede organisatorische Verbindung mit den deutschen Genossen der Agitation unter der Haken unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenzusetzen würde. Wir haben dagegen erklärt, daß wir selbstverständlich, auch wenn die polnischen Genossen unserer Organisa-

tion nicht beitreten, ihre Agitation unterstützen und ihnen Mittel zur Verfügung stellen werden. Der andere Antrag, den die vorige Generalversammlung dem Zentralvorstande überwies, regte die Verbreitung von Flugblättern in den betreffenden Sprachen unter den sogenannten Sachengängern an. Der Vorstand hat sich mit dem Antragsteller - Eugen Brüdner - ausgesprochen und ist mit ihm dahin einig geworden, daß es ausgeschlossen erscheint, an die Wanderarbeiter heranzukommen, während sie sich auf dem Transport in ihr Arbeitsgebiet befinden. Eher ist es möglich, wenn die Arbeiter auf der Rückreise in ihre Heimat sind. Diese Gelegenheit soll denn auch benutzt werden, um Broschüren in den betreffenden Sprachen unter den Wanderarbeitern zu verteilen.

Als die Reichstagswahl im ersten Kreise vorüber war, fehlten die gewöhnlichen Arbeiten des Vorstandes ein. Am 24. Februar wurde ein Flugblatt, welches für den „Vorwärts“ agitirte, in 1 1/2 Millionen Exemplaren verbreitet. Der Erfolg war ein guter. Nachdem wir den Schneidern Unterstützung ihres gewerkschaftlichen Kampfes zugesagt hatten, kamen am 24. März und am 21. April Flugblätter zu diesem Zwecke zur Verbreitung. Die Schneider haben sich mit dem Erfolge derselben zufrieden erklärt. Auch den Bäckern hatten wir Hilfe in ihrem schweren Kampfe zugesagt. Handelt es sich bei denselben doch um einen Kampf, der eine richtungsbewusste Arbeiterschaft soweit aus unwürdigen Verhältnissen befreien soll, daß es erst möglich wird, mit der Auslastungsarbeit an sie heranzukommen. Am 20. Mai und 9. Juni wurden Flugblätter zugunsten der Bäckerbewegung verbreitet, und noch gegenwärtig verbreiten die Genossen in verschiedenen Bezirken Handzettel zugunsten des Brotloths. Auch die Bäcker sind mit dem Erfolg unserer Hilfeleistung zufrieden. Am 10. April hatten wir eine Nachwahl im 30. Kommunalbezirk zu bestehen. Der Kampf war heftig, denn die Freisinnigen hatten sich große Hoffnungen gemacht und sich deshalb besonders angestrengt. Der Sieg fiel unserem Genossen Wolf Ritter zu. Mit Rücksicht auf die im Herbst vorzunehmenden Stadtverordnetenwahlen und die spätestens im Herbst 1908 stattfindende Landtagswahl haben wir in der Juni-Nummer des „Mitteilungsblattes“ dargelegt, wie die preussische Staatsangehörigkeit zu erwerben ist. Wir ersuchen nochmals die Genossen, welche anderen Bundesstaaten angehören, sich in den preussischen Staatsverband aufnehmen zu lassen, da sie nur unter dieser Voraussetzung wahlberechtigt sind. Am 18. Juli wurde ein Flugblatt verbreitet, welches zur Einsicht in die Stadtverordnetenwählerliste auffordert.

Am 26. April beschloß der Zentralvorstand, daß vom 1. Juli ab auch für die Restanten der 30 Pf.-Beitrag in Kraft tritt. Dagegen haben zwei Kreise protestiert. Eine nochmalige Nachfrage in den Kreisen ergab, daß die Mehrheit der Genossen sich für diesen Beschluß erklärte. Dem haben sich dann auch die beiden protestierenden Kreise selbstverständlich gefügt. Bekanntlich ist dem Allgemeinen Metallarbeiterverband der „Vorwärts“ gesperrt. Auf eine Beschwerde des Verbandes fehlte der Zentralvorstand eine Kommission ein, welche prüfen sollte, ob die Angabe richtig ist, dieser Verband sei der Metallarbeitergewerkschaft beigetreten und habe nun ein Avrecht auf den Namen des „Vorwärts“. Die Kommission hat festgestellt, daß es nicht so ist, sondern daß sich vielmehr die Metallarbeitergewerkschaft dem Allgemeinen Metallarbeiterverband angeschlossen hat. Der Zentralvorstand hat für den 6. September eine Sitzung von Vertretern der beteiligten Organisationen angelehrt, wo diese Angelegenheit entschieden werden soll.

Der Berliner Organisation liegt die Einberufung des preussischen Parteitages ob. Wie bekannt, ist er wegen der Reichstagswahl verschoben worden und jetzt im Einverständnis mit dem Parteivorstand für den 21. November einberufen.

Infolge der Beitragsverhöhung machte sich eine Aenderung des Verbandsstatuts notwendig. Auch sonst hatten sich bei der Handhabung des Statuts einige Mängel ergeben. Es wurde deshalb eine Kommission eingesetzt, welche das alte Statut prüfen und Aenderungsvorschläge machen sollte. Das Resultat der Kommissionsberatung ist der Entwurf, welcher der gegenwärtigen Generalversammlung vorliegt.

Ein Antrag des zweiten und vierten Wahlkreises, betreffend die Verbilligung des „Vorwärts“ und Einführung eines Wochenabonnements wurde von der vorigen Generalversammlung den zuständigen Instanzen überwiesen. Der Parteivorstand und die Preschkommission haben darüber beraten. Sie forderten Gutachten über diese Angelegenheit von denjenigen Parteiblättern ein, welche bereits Wochenabonnements eingeführt haben. Auch unsere Speditoren und Austrägerinnen sind um Abgabe ihrer Meinung ersucht worden. Das Resultat dieser Umfrage ist in der Denkschrift niedergelegt, die den Delegierten eingehändigt worden ist. Parteivorstand und Preschkommission sind auf Grund des eingegangenen Materials nicht in der Lage, den Anträgen zustimmen zu können.

Von der Tätigkeit der Preschkommission ist zu sagen: Von der Herausgabe einer Extraummer am 2. Mai ist Abstand genommen. Eine Beschwerde des Redakteurs der Zeitschrift „Wassische und Blättchen“ wurde zurückgewiesen mit der Begründung, daß der „Vorwärts“ die Interessen der Arbeiter zu wahren hat. Der Verein zur Wahrung der Interessen der Puffer ersuchte um Aufnahme seiner Inserate. Das Verlangen wurde abgewiesen, weil dieser Verein keine moderne Arbeiterorganisation ist.

Die Agitationskommission nahm eine andere Verteilung der Arbeit in den Provinzkreisen unter ihre Mitglieder vor. Es kommen jetzt auf jeden zwei Kreise. Die Arbeiten der Agitationskommission hatten sich schon seit einiger Zeit so gehäuft, daß sie nicht mehr von den Genossen nach Feierabend erledigt werden konnten. Manche Wünsche, welche die Genossen in den Provinzkreisen an die Kommission stellten, konnten deshalb nicht befriedigt werden. Um dem abzuhelfen und eine glatte Erledigung der notwendigen Arbeiten zu ermöglichen, wurde die Anstellung eines Sekretärs für die Provinz Brandenburg beschlossen und Genosse Weiss mit diesem Amte betraut. Der Kommission ist ein Extraaufsatz zur Agitation von 10 000 M. bewilligt worden. Die Kommission hat die Einrichtung getroffen, daß zur Agitation unter den Schiffen jeden Monat eine Versammlung abgehalten wird. Auch die „Fackel“ soll sich mehr mit den Verhältnissen der Schiffer beschäftigen.

Einem Wunsche der Lokalkommission gemäß forderte ich die Genossen von dieser Stelle auf, dafür Sorge zu tragen, daß die Bekanntmachungen der Lokalkommission streng befolgt werden. Die Sperre über den Rosari-Saal wurde aufgehoben, nachdem sich ergeben hatte, daß die Voraussetzung derselben nicht besteht.

Auf Antrag des Kreises Teltow-Beeskow ersuchte der Zentralvorstand den dritten Kreis, das Lokal „Neue Welt“ nicht mehr zur Waisfeier zu benutzen, sondern es den Rixdorfer Genossen zu überlassen, auf deren Gebiet es liegt. Der Arbeiter-Samariterkolonne wurden 200 M. bewilligt.

Außer der Verwaltung und Agitation widmete der Zentralvorstand seine Aufmerksamkeit auch der Verbreitung von Aufklärung und Bildung unter den Parteigenossen. Am Mai sowie am Juniabend erhielten die Genossen je eine Broschüre, das Eisenerische Buch „Das Ende des Reichs“ wird den Wahlvereinsmitgliedern zum Selbstkostenpreise und die Bernsteinische Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung zu ermäßigtem Preise verabsolgt. Jeder Bezirk erhält ein Exemplar der „Neuen Zeit“. Die wahlstatistische Broschüre von Hirsch wurde ebenfalls jedem Bezirk überreicht. Im Herbst wird die Genossin Luzeburg zwei Parallellurse über Nationalökonomie halten. Für Bildungszwecke wurden außerdem 500 M. bewilligt.

Im letzten Halbjahre fanden statt 7 Sitzungen des Zentralvorstandes, 12 des Aktionsausschusses, 1 mit den Rasterern, 6 mit anderen Körperschaften. Für die Partei wurden 554, für Generalschaften 47 Referenten vermittelt. Eingänge waren 1886, Ausgänge 4768 zu verzeichnen.

Ran den finanziellen Leistungen der Parteigenossen Groß-Berlins lesen folgende Zahlen Reuanis ab: Vom 1. Juli 1906

bis 30. Juni 1907 wurden abgeführt an die Agitationskommission 58 858 M., an den Parteivorstand vom 1. August 1906 bis 31. Juli 1907 150 000 M. Der Mitgliederstand unserer Organisation hat erfreuliche Fortschritte gemacht. Die Mitgliederzahl des Verbandes betrug am 31. Dezember 1905 41 700, am 31. Dezember 1906 64 908, am 30. Juni 1907 78 364. — Hoffen wir, daß unsere Organisation weiter wächst und erstarkt, damit sie als eherner Fels gegen die Schlammslut der Reaktion stehe. (Beifall.)

Den

Rassenbericht

erstattete der Verbandskassierer Voese: Im ersten Halbjahre 1907 hatten wir folgende Einnahmen: Monatsbeiträge der Kreise 97 750 Mark, für Beitragsmarken 14 180 M., für die Opfer der russischen Revolution 16 800 M., überwiesen von Hünge, Wozmann, Hoffmann 15 742,37 M., für den Parteivorstand 5464,60 M., Listen für die ausgescherrten Buchbinder 740,35 M., sonstige Einnahmen 4682 M., Zinsen 422,10 M., Ausgegeben wurden: An den Parteivorstand Monatsbeiträge 74 000 M., für die Opfer der russischen Revolution 16 220,60 M., an die Agitationskommission 30 000 Mark, für Referenten 1556,55 M., an die Preschkommission 262,52 Mark, Lokalkommission 250 M., Druckfachen 16 244,92 M., Stadt- und Gemeindevorordnete 3115,67 M., für Agitation usw. 5222,75 Mark, Verwaltung 3517,93 M. — Laut Statut sind 20 Proz. der Beiträge an den Parteivorstand abzuliefern. Das würde eine Summe von 34 558,45 M. ausmachen. Wir haben aber 150 000 Mark, also 115 441,55 M. über den statutenmäßigen Satz abgeliefert.

Die Anträge, welche sich auf

Verbilligung des „Vorwärts“ und Einführung eines Wochenabonnements

beziehen, werden nunmehr zur Debatte gestellt. Bei dem Beizhmet die Denkschrift als eine dankenswerte Arbeit, die auf den Zahlenden eingehend besprochen werden möchte. Hobst spricht für die Anträge. Der „Vorwärts“ sei ein Agitationsmittel, es sei deshalb nicht nötig, daß das Unternehmen Ueberschüsse erziele. Eine Verbilligung sei notwendig, um dem „Vorwärts“ weitere Verbreitung zu schaffen. Viele Arbeiter stöhnten sich daran, daß der „Vorwärts“ zu teuer ist. Im Wochenabonnements würde das Blatt einen größeren Abonnentenkreis finden. Zwar könne der „Vorwärts“ schon jetzt wöchentlich abonniert werden, aber es werde kein Gebrauch davon gemacht, weil sich die Wotenstrafen wegen der Mehrarbeit, die ihnen das Wochenabonnements verursacht, nicht darauf einlassen. Die Verbilligung und die Einführung des Wochenabonnements würden einen so großen Zuwachs an Abonnenten bringen, daß dadurch der Einnahmeausfall wieder eingebracht werde.

Heinrich und Oskowski treten, im wesentlichen mit denselben Gründen, ebenfalls für die Anträge ein.

Weis widerlegt die Argumente der Vordredner. Er verweist auf die Denkschrift. Vier Parteiblätter, die zum Wochenabonnements übergegangen sind, bekunden, daß sie damit schlechte Erfahrungen gemacht haben. Nur ein Blatt, das „Hamburger Echo“ empfiehlt das Wochenabonnements. Dabei sei aber zu bedenken, daß das Wochenabonnements in Hamburg ein seit vielen Jahren allgemein bestehender Zustand sei. Vor allem aber treffe das nicht zu, was die Befürworter der Anträge im Auge haben, denn das „Hamburger Echo“ koste monatlich 1,20 M., und wöchentlich 36 Pf., es sei also teurer wie der „Vorwärts“. Wenn gesagt werde, der „Vorwärts“ brauche keine Ueberschüsse, so würde das gutreffen, wenn nur Berlin für uns in Frage käme. Es gebe aber in Gegenden, wo die Arbeiter sehr schlecht bestellt sind, Parteiblätter, welche Zuschüsse brauchen. Woher sollen die Zuschüsse kommen, wenn nicht in Orten mit einer besser gestellten Arbeiterschaft Ueberschüsse erzielt werden. Es sei nicht anzunehmen, daß die Herabsetzung des Preises den erwarteten Zuwachs von Abonnenten bringe. Ende der 80er Jahre sei ja der Preis des „Vorwärts“ von 1,35 M. auf 1,10 M. herabgesetzt worden, ohne daß sich ein Einfluß auf die Abonnentenzahl bemerkbar mache, während in den letzten Jahren ohne Herabsetzung des Abonnementspreises eine Verdreifachung der Abonnentenziffer eintrat.

Ein Schlußantrag — 14 Redner waren noch eingezogen — wird angenommen. Dann wurden die Anträge auf Verbilligung und Einführung des Wochenabonnements mit 567 gegen 370 Stimmen abgelehnt.

Zu einer

Mitteilung des Parteivorstandes

erhält außerhalb der Tagesordnung

Singer das Wort: Ich benutze diese Gelegenheit, um Ihnen, Parteigenossen, namens des Parteivorstandes eine Mitteilung zu machen, die nicht nur für die Berliner Genossen, sondern für die Gesamtpartei großes Interesse hat. — Zuvor aber möchte ich Ihnen die Anerkennung des Parteivorstandes aussprechen über die rührige Tätigkeit, welche die Berliner Genossen im vergangenen Jahre im Interesse der Partei ausgeübt haben. Die Bestrebungen, welche sich an die Gründung des Verbandes der Wahlvereine geknüpft haben, sind erfreulicherweise irrig gewesen. Die Genossen Berlins werden wie bisher, so auch in der Zukunft rüstig vorwärts schreiten.

Dann erörterte Singer die Stellung der Partei zu der bürgerlichen Wahlrechtsbewegung in Preußen. Seine Ausführungen darüber finden unsere Leser an anderer Stelle des „Vorwärts“, an der Spitze der „Politischen Uebersicht“.

Als nächster Punkt stand die Beratung der

Änderungsanträge zum Verbandsstatut

auf der Tagesordnung. Hierzu beantragte der erste Kreis: „Die endgültige Beschlußfassung über das Statut wird bis zur nächsten Generalversammlung ausgesetzt.“

Wolberski begründete den Antrag. Die Genossen des ersten Kreises wollen durch den Antrag ihrem Unwillen darüber Ausdruck geben, daß bei der Belanlagende der Änderungsanträge die statutenmäßige Frist von 4 Wochen vor der Generalversammlung nicht gehalten und den Genossen dadurch die Möglichkeit genommen ist, die beantragten Aenderungen eingehend zu prüfen und zu beraten. Zu diesem Zweck wäre es auch notwendig gewesen, daß die Anträge allen Parteigenossen, vielleicht durch Veröffentlichung im „Vorwärts“ zugänglich gemacht worden wären. Wenn die Praxis, die jetzt bei der Statutenberatung befolgt wurde, auch in der Zukunft Platz greifen sollte, so fürchten die Genossen des ersten Kreises, daß der Einfluß, den sie als kleiner Kreis haben, noch mehr beschränkt werde. Aus dieser Anschauung heraus ist der Antrag gestellt worden.

Robert Panlow protestiert gleichfalls im Auftrage mehrerer Genossen gegen die Statutenberatung, weil die Frist nicht innegehalten worden sei, wodurch namentlich den beiden Landkreisen die ordnungsmäßige Durchberatung unmöglich geworden sei.

Oskowski spricht in demselben Sinne.

Ernst: Am 12. Juli, also 4 Wochen vor der Generalversammlung hat der Zentralvorstand über die Statutenänderung Beschluß gefaßt. Durch die Verhinderung der Funktionäre konnten die Kreise also rechtzeitig informiert werden. Es sind ja auch eine Anzahl von Exemplaren der Änderungsanträge ausgegeben worden. Wir haben auch eine besondere Nummer des Mitteilungsblattes ausgegeben und einen Extraabend zur Statutenberatung veranstaltet. Es kann uns gar nicht einfallen, die Rechte der Mitglieder schmälern zu wollen. Wird die Statutenberatung heute nicht erledigt, dann müssen wir eine neue Generalversammlung einberufen.

Der Antrag des ersten Kreises wird angenommen und in Konsequenz desselben auch die Beratung des Statuts von der Tagesordnung abgesetzt.

Ein von Schwempe begründeter Antrag des zweiten Kreises, den Delegierten 2 R. Diäten zu gewähren, wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

Liepman macht folgende Angaben über den Besuch der Generalversammlung: Delegierte sind anwesend vom 1. Kreise 9 (fehlt 1), vom 2. Kreise 75 (fehlt 8), vom 3. Kreise 34 (fehlt keiner), vom 4. Kreise 220 (fehlt 7), vom 5. Kreise 23 (fehlt keiner), vom 6. Kreise 252 (fehlt 13), von Teltow-Beeskow 268 (fehlt 6), von Rieder-Barnim 100 (fehlt 15). Vom Zentralvorstand, der Stadtverordneten- und Reichstagsfraktion sind 46 Vertreter anwesend (fehlt 25). Der Parteivorstand ist durch 4 und die Redaktion des „Vorwärts“ durch 6 Mitglieder vertreten. Im ganzen zählt die Generalversammlung 1044 Teilnehmer, während 75 fehlen.

Zucht bemerkt: Wenn verhältnismäßig viele Zentralvorstandsmitglieder fehlen, so erklärt sich das daraus, daß die Mitglieder der Agitationskommission heute bei den Generalversammlungen in den Provinzreisen anwesend sein müssen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Der Vorsitzende Ernst schließt die Generalversammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

Die russische Revolution.

Die Revolution von rechts.

Aus Petersburg wird uns geschrieben:

Täglich ist im Blatte des Kabinetts „Rossija“ zu lesen, daß der Akt des 16. Juni, durch den die Duma aufgelöst wurde, keineswegs einen Staatsstreik bedeute, daß es für die Konstitution keine Gefahr gäbe, daß alle Maßnahmen, welche die Regierung ergreife, konstitutionell seien und für das Gemeinwohl bedacht, daß das Land beruhigt sei, und daß jetzt nur noch übrig bleibe, zu schöpferischer Arbeit überzugehen. Die Opposition treibe daher ganz mit Unrecht ihr Spiel, und in ihren gefährlichen Bestrebungen, in ihrer Lüge, in ihrer Verständnislosigkeit für das wahre Wohl des Staates, in ihrer befängenen Kritik, läge die Wurzel alles Übels. Aber selbst in unserem dunklen Rußland bleibt die Stimme der „Rossija“ eine Stimme in der Wüste. Deutlicher als jemals ist die Erkenntnis geworden, daß als dringendstes Erfordernis jetzt die Verwirklichung des Oktobermanifestes, der tatsächliche Übergang zu der neuen konstitutionellen Staatsordnung für Rußland notwendig ist, sonst ist weder eine Erneuerung Rußlands, noch eine Hebung seines Kredits, seiner Volkswirtschaft und seiner Finanzwirtschaft denkbar. Warten kann man damit nicht, weil weder die Welt noch die Geschichte warten können. Die Kardinalfrage bleibt: Gibt es eine Gewissheit, daß die neue Staatsordnung — die konstitutionelle Monarchie — endlich ihre tatsächliche Verwirklichung erleben wird? Und selbst die gemäßigtesten politischen Kreise Rußlands, die heute lieber zur Regierung schwören würden als morgen, müssen sich auf diese alarmierende Frage eine negative Antwort geben, weil auch sie nicht blind bleiben können und die Gefahr erkennen müssen, die dieser neuen Staatsordnung droht, eine Gefahr, auf die wir schon hingewiesen haben, als optimistische Politiker noch immer nicht recht an sie glauben wollten. Und optimistische Politiker gibt es in Rußland leider mehr als genug.

Parteien werden in Rußland unterdrückt, wenn sie auch nur die geringste oppositionelle Färbung tragen.

Es existiert und wirkt aber eine Partei, die nicht nur täglich in ihren Blättern die Regierung mit den rohesten Ausdrücken angreift, sie offen des Verrats bezichtigt, und die nicht nur oppositionell, sondern direkt anarchistisch ist. Sie verlangt nicht nur die Abkehr aller Minister, mit dem Ministerpräsidenten beginnend, sondern sie erklärt auch offen, daß die Auflösung der zweiten Duma ihr Werk sei, da der Ministerpräsident das habe gegen seinen Willen tun müssen; die Minister werden als dem Volke verhaßt erklärt, die auf ihren Kosten nicht geduldet werden können.

Diese Partei des ehrtrübsüchtigen Volkes verkündet laut, daß die konstitutionelle Monarchie als Regierungsform nicht zulässig sei, daß der „verbrecherische Akt des 30. Oktober“ aufgehoben werden müßte; die dritte Duma muß laut Beschluß des Monarchistenkongresses nur dazu benutzt werden, um auf „konstitutionellem“ Wege das alte Regime wiederherzustellen. Mit einem Wort, der Plan zu einer revolutionär-anarchistischen Staatsumwälzung wird offen ausgearbeitet, ohne daß die Regierung auch nur einen Schritt zu seiner Hintertreibung täte. Man braucht nur eine beliebige Nummer der „Ruhloje Snamja“ aufzuschlagen, um sich von der unerhörten Dreistigkeit in Wort und Tat zu überzeugen, die sich diese Partei gestatten darf. Selbst lokale Kreise sind empört darüber, in welchem Ton die Partei erklärt, daß sie deshalb nicht zur Audienz in Petershof erschienen sei, weil Stolypin es gewagt habe, von den 14 Mitgliedern der Deputation nur 7 nach seiner Wahl zum Empfang zuzulassen. Was das Gerücht über Topolev anbelangt, der befänglich unter dem begründeten Verdacht steht, an der Ermordung Herzensteins beteiligt zu sein, so wird den Ministern offen gedroht, daß sie für die Schmach, die der „unschuldige“ Topolev zu erdulden hat, einmal zu büßen haben werden.

Was kann der langweilige Streit der „Rossija“ mit der Opposition unter solchen Umständen für eine Bedeutung haben? Wird nicht jedes ihrer Worte zur Phrase, wenn dieselbe Regierung, deren Sprachrohr sie ist, es ohne einzugreifen zuläßt, daß offen eine Verschwörung gegen die Konstitution angesetzt werden kann, daß eine Revolution sich von rechts ungestrast breit machen darf? Wenn es Tatsache ist, daß diese revolutionär-anarchistische Partei sich gegen die — formell wenigstens — herrschende Ordnung erheben kann, wenn sie in der Provinz durch Administrativbeamte unterstützt wird, ohne daß diese Beamte abgesetzt werden, da verliert schließlich auch der vertrauenseligste Bürger den Glauben daran, daß es mit der Konstitution ernst sein könne. Wieder, wie fast immer, hat die russische Regierung vergessen, daß nur die Regierung stark ist, die sich auf ein ihr vertrauendes Volk stützt. Das Volk muß erfahren, mit wem es die Regierung hält; mit dem Volke für die Konstitution oder mit den revolutionär-anarchistischen Elementen von rechts, die eine Umwälzung zugunsten der alten Ordnung planen.

Die allrussische sozialdemokratische Parteikonferenz.

Während der letzten Wochen stand das Partielleben der Sozialdemokratie unter dem Zeichen der Vorarbeiten für die sieben abgeschlossene Parteikonferenzen, welche die Frage der Beteiligung an den Dumawahlen und der Beziehungen zu den Gewerkschaften zu lösen hatte. Die Delegierten wurden auf Bestreben und Landeskonferenzen nach eingehender Diskussion der zur Tagesordnung gestellten Fragen, je einer auf 5000 Parteimitglieder gewählt. Anwesend auf der Konferenz waren die Vertreter aller Fraktionen, annähernd in demselben Stärkeverhältnis, wie auf dem letzten Londoner Kongreß (9 Bolschewiki, 5 Menschewiki, 5 Polen, 5 Bundisten und 2 Letten). Das gegenfeitige Verhältnis der Fraktionen jedoch war hier ein anderes als auf dem Kongreß: während dort die Bolschewiki mit Hälfte der Polen den Sieg über die Menschewiki und Bundisten davontrugen, unterlagen hier die Bolschewiki,

die zum größten Teil (8 von 9) für den Wahllochkott eintraten, dem vereinten Votum der Menschewiki, Bundisten und Polen. Der Hauptpunkt der Verhandlungen: Wahllochkott oder Wahlbeteiligung wurde mit 15 Stimmen (Menschewiki, Bundisten, 4 Polen, 1 Lette, 1 Bolschewiki) gegen 9 Stimmen (8 Bolschewiki und 1 Pole) im Sinne der Wahlbeteiligung entschieden. Der entsprechende Teil der Resolution lautet:

„Die Konferenz erkennt an:

1. daß es notwendig ist, an der Wahlkampagne für die dritte Duma teilzunehmen;

2. daß die Sozialdemokratie während der Wahlkampagne und in der Duma selbst verpflichtet ist, die Ideen des Sozialismus und die revolutionären Lösungen in den Massen zu verbreiten und zu festigen, und zugleich einen entschiedenen Kampf führen muß sowohl gegen die Reaktion als auch gegen die Hegemonie der Kadetten im Befreiungskampfe im allgemeinen und in der Duma im besonderen.“

Wenn in der praktischen Lösung der Frage der Wahlbeteiligung das Votum der Konferenzmehrheit zu Ungunsten der Bolschewiki ausfällt, so trägt der motivierende Teil der Resolution, der den jetzigen politischen Moment und die Aufgaben der Sozialdemokratie charakterisiert (angenommen mit 15 Stimmen — 9 Bolschewiki, 5 Polen und 1 Lette — gegen 9 — 5 Bundisten, 3 Menschewiki und 1 Lette — bei 2 Stimmenthaltungen) einen ausgeprägten bolschewistischen Charakter.

Was die Entscheidung der Frage der Wahlabmachungen betrifft, so tritt auch hier der Einfluss der Bolschewiki sehr deutlich hervor. Entgegen den Menschewiki und Bundisten wurden Wahlabmachungen mit den Kadetten bei den Stichwahlen kategorisch unerlaubt. Die Sozialdemokratie tritt auf der ersten Wahlstufe vollkommen selbständig auf. Auf den Stichwahlen sind Abmachungen mit Parteien nur links von den Kadetten zulässig. Auf der zweiten und auf weiteren Wahlstufen sind Wahlabmachungen mit allen revolutionären und oppositionellen Parteien, inll. die Kadetten und die ihnen nahestehenden Gruppen zulässig. In der Arbeiterkurie dürfen Abmachungen nur mit der sozialistischen Partei Bolens (R. P. S.) und mit den nationalen sozialdemokratischen Organisationen, die der sozialdemokratischen Partei Rußlands nahestehen, abgeschlossen werden.

Das ist das Fazit der Parteikonferenz in der brennendsten Tagesfrage. Der zweite Punkt der Tagesordnung — Stellungnahme zu den Gewerkschaften — wurde endgültig nicht entschieden. Die Berichte und Anträge der Fraktionen sind dem Zentralkomitee als Material für eine von ihm auszuarbeitende obligatorische Resolution überwiesen worden.

Millionendiebe.

Petersburg, 11. August. (Von einem besonderen Korrespondenten). Die zur Untersuchung der Zustände bei der sibirischen Bahn eingesetzte Kommission stellte Veruntreuungen im Betrag von mehr als 10 Millionen Rubel fest.

Militärteile.

Petersburg, 11. August. Das Militärgericht sprach heute das Urteil in dem Prozeß gegen die Anarchisten und Kommunisten, die wegen räuberischer Überfälle, begangener Morde, des Ueberfalles auf die Postabademie und des Mordmordes an dem Studenten Leontiew angeklagt waren. Vier wurden zum Tode, sechs zu schwerer Zwangsarbeit von verschiedener Zeitdauer und drei zur Deportation verurteilt, sechs freigesprochen.

Zur Frage des Frauenwahlrechts.

Als willkommene Gabe zu den für die Frage des Frauenwahlrechts hochwichtigen Tagungen in Stuttgart erscheint in den nächsten Tagen im Verlage der Buchhandlung Vorwärts unter vorstehendem Titel eine sehr instruktive Broschüre von der Genossin Clara Zetkin. Aus der Schrift, der wir wegen des agitatorischen Wertes und belehrenden Inhalts weitest Verbreitung wünschen, bringen wir hier einige Abschnitte zum Abdruck:

Die proletarische Frauenbewegung steht entschieden auf dem Boden der sozialistischen Geschichtsauffassung. Wir wären daher nicht, die wir sind, wenn wir nicht auch bei der Antwort auf diese Frage, bei dem Suchen nach den nötigen Richtlinien unserer Aktion, eine betonen würden. Das ist die soziale Grundlage, welche die geschichtliche Entwicklung für die Forderung des Frauenwahlrechts geschaffen hat. Und da zeigt es sich, daß wir auch betreffs der Begründung unserer Forderung in reinlicher Scheidung von der bürgerlichen Frauenbewegung getrennt sind. Nach unserer Auffassung teilt die Berechtigung, die Notwendigkeit des Frauenwahlrechts in erster Linie auf als Ergebnis der kapitalistischen Produktionsweise. Es erscheint vielleicht manchem unwesentlich, das besonders hervorzuheben. Wir erachten es dagegen als nötig, weil die bürgerliche Frauenbewegung bis jetzt die Berechtigung der Forderung überwiegend aus alten naturrechtlichen Gründen herleitet. Die bürgerliche Frauenrechtlerin fordert noch heute das Frauenwahlrecht als ein Naturrecht, genau so wie die spekulative Philosophie der sich emanzipierenden Bourgeoisie am Ausgang des 18. und im Anfang des 19. Jahrhunderts Bürgerrechte als Naturrechte rechtfertigte, die dem Menschen mit dem Geborenwerden zustehen. Wir untererseits betrachten das Frauenwahlrecht im Lichte der Ergebnisse der fortschreitenden Rationalökonomie und Geschichte. Wir fordern es als ein soziales Recht, dessen Grundlage nicht in irgendwelchen naturrechtlichen Erwägungen zu suchen ist, sondern in den wesentlich gewordenen sozialen Bedingungen.

Gewiß: auch im frauentechnischen Lager wird nebenbei betont, daß die Umwälzung der wirtschaftlichen Lage und damit auch des Bewußtseins der Frau durch die kapitalistische Produktionsweise von wesentlicher Bedeutung ist für die Rechtfertigung der erhobenen Forderung. Allein dieser Zusammenhang wird nicht in seiner vollen stützenden und treibenden Wichtigkeit gewertet. Zum Beweise dafür kann die Prinzipienklärung dienen, welche der bürgerliche „Weltbund für Frauenwahlrecht“ bei seiner Konstituierung auf seiner ersten Internationalen Konferenz im Juni 1904 zu Berlin angenommen hat. In dieser Prinzipienklärung stehen an erster Stelle rein naturrechtliche Erwägungen, die im Grunde sentimentaler Art sind. Aus ideologischen Gedankengängen heraus geboren, können sie leicht durch andere Gefühlswerte, andere Gefühlgründe, durch eine andere Ideologie über den Haufen geworfen werden. Erst unter Punkt 9 wird nebenbei auch der wirtschaftlichen Umwälzung der Gesellschaft, wird der beruflichen Tätigkeit der Frau gedacht. Aber in welchem Zusammenhang? Es heißt da, das Frauenwahlrecht ist begründet in der „gestiegenen Wohlhabenheit“, welche die Erwerbstätigkeit der Frauen dem weiblichen Geschlecht gebracht hat. Das ist äußerst charakteristisch. Wir sind der Ueberzeugung, daß die Forderung des Frauenwahlrechts ihre tiefste, ihre stärkste Begründung nicht findet in der Wohlhabenheit einer blassen Schicht des weiblichen Geschlechts, nein: in der Armut, in der Not, in der Ausbeutung, der die große Masse des weiblichen Geschlechts preisgeben ist. Mit aller Entschiedenheit weisen wir die angelegene frauenrechtlerische Begründung zurück. Sie ist nichts als eine Variation des alten liberalen Gemeinplatzes vom Rationalismus und dem Recht des Besitzes. Wollten wir uns mit den bürgerlichen Frauenrechtlerinnen für unsere Rechtsforderung auf den naturrechtlichen Standpunkt stellen, so könnten wir uns damit begnügen, allen Vorurteilen gegen das Frauenwahlrecht den entsprechend geänderten leidenschaftlichen Gefühlschrei unterdrückt und Geschwätzer entgegenzurufen, den Shakespeare seinem Shylock in den Mund gesetzt hat: „Hat nicht ein Weib Hände, Gliedmaßen,

Sinne, Leidenschaften wie der Mann, mit denselben Speisen genährt, mit denselben Waffen verwundet, mit denselben Mitteln geheilt, von demselben Winter gekühlt, von demselben Sommer gewärmt. Wenn ihr uns lachet, lachen wir nicht, wenn ihr uns verwundet, bluten wir nicht, und wenn ihr uns vergiftet, sterben wir nicht?“ Allein, so wirkungsvoll berartige elementare Gefühlsausbrüche momentan sein mögen: im Kampfe um soziale Rechte erweisen sie sich als eine Waffe, die zerplittert, sobald sie den harten Felsen der geschichtlichen Wirklichkeit berührt.“

Respektvoll wird zur Begründung der Rechtsforderung der Betätigung eines Häufchens Damen in sozialen Hilfsvereinen gedacht, einer Betätigung, die oft genug den Charakter eines Sports oder des geschäftigen Müßigganges trägt. Kein Wort dagegen von der gesellschaftlich unentbehrlichen Tätigkeit der Millionen Arbeiterinnen in Fabrik, Kontor und Laden, in der Landwirtschaft und Heimarbeit. Und doch ist es diese Tätigkeit, welche den festen Grundstein bildet, auf dem die Forderung der vollen politischen Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts ruht. Und doch sind es diese unerwähnten Arbeiterinnen, welche die Heereskolonnen stellen, die die ausschlaggebenden Schlachten für das Frauenwahlrecht schlagen.

Unserer Ueberzeugung nach erhält das Frauenstimmrecht seine Begründung durch den Wandel des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, den kapitalistische Produktion geschaffen hat und in Fluch erhält. Er gelangt zum Ausdruck in der Erwerbbarkeit der Frauen und im besonderen Maße in der Eingliederung der Proletarierinnen in die Industrie.

Zugegeben, daß bestimmte Tatsachen vorhanden sind, die dieser Auffassung zu widersprechen scheinen. Das Frauenstimmrecht — wenn auch in beschränktem Umfang — bestand und besteht in manchen Ländern schon, ehe die kapitalistische Produktion auftrat, vor allem aber, ehe sie jenen Grad der Reife erlangt hatte, für welchen die Erwerbsarbeit der Frau bezeichnend ist. Aber diese Zeit des Frauenstimmrechts ist wesentlich verschieden von dem Recht, das wir heute, im Zeitalter des entfesselten Kapitalismus heischen. Im Lichte der geschichtlichen Zusammenhänge betrachtet, entpuppt es sich entweder als Recht des Grund und Bodens oder als Recht der Wirtschaftsgemeinde, der Großfamilie, wenn es natürlich auch einen Rückschluß darauf zuläßt, daß die Frau früher ihres Geschlechts wegen nicht davon ausgeschlossen war, dieses Recht zu repräsentieren. Nicht als Persönlichkeit erhielt die Frau das Wahlrecht, sondern als Vertreterin des Haushalts der Großfamilie oder als Grundbesitzerin, weil nach der lehrenden Regel der Grund und Boden stärker war als die Person.“

Ein so geartetes Wahlrecht ist durchaus nicht das Recht, das wir für das gesamte weibliche Geschlecht fordern. Es ist ein Vorrecht des Besitzes und nicht das Recht, das nach unserer Auffassung der Frau als Persönlichkeit, als Staatsbürgerin gebührt. Es steht daher im schroffen Gegensatz zu unserer Forderung. In England finden wir betreffs des Frauenwahlrechts zu den verschiedenen Organen der lokalen Selbstverwaltung ein Kompromiß zwischen dem Rechte des Besitzes und dem Rechte der Frau als Persönlichkeit. Der Besitz soll in der Selbstverwaltung Recht und Vertretung haben, auch wenn zufälligerweise nicht der Mann, sondern die Frau sein Träger ist, dem kapitalistischen Grundbesitz entsprechend, daß das Eigentum selbst das geringere soziale Gefäß heiligt. Das Frauenwahlrecht zu den verschiedenen Körperschaften der lokalen Selbstverwaltung ist daher weitest überwiegend auf den Zensus gegründet. Immerhin aber übt die englische Frau persönlich ihr Wahlrecht aus. Unserer Ueberzeugung entsprechend darf das Frauenstimmrecht jedoch weder an Grundbesitz noch an gewerbliches Eigentum oder Steuerleistung gebunden sein. Wir fordern es als ein soziales Recht der Person.“

Aber wenn wir das Frauenstimmrecht auch in erster Linie als eine soziale Lebensnotwendigkeit würdigen, so begehren wir seine Zuerkennung doch nicht minder als einen Akt selbstverständlicher Gerechtigkeit. Die Frau ist nicht nur wirtschaftlich von der Familie und dem Haushalt unabhängig geworden; sie wertet nicht nur ihre produktive Tätigkeit auf den verschiedensten Gebieten der Hand- und Kopfarbeit in ihrer Bedeutung für die materielle und kulturelle Entwicklung der Gesellschaft. Nein, sie ist sich auch des großen sozialen Wertes ihres hausmütterlichen und erzieherischen Waltens bewußt geworden. Der helle Schein, den die Feuer der großen Fabrikbetriebe auf das mittelalterliche Wirken im Heim geworfen haben, hat ihre Augen für die Bedeutung dessen geöffnet, was sie als Gattin und Mutter für die Allgemeinheit leistet. In dem Maße, wie die Zahl der erwerbstätigen Proletarierinnen steigt, wie auch die Trägerin, Gebärende und Erzieherin des proletarischen Nachwuchses dem Kapital zinsen und fronden muß, unbekümmert um die Verpflichtungen gegen das keimende Leben in ihrem Schoß, ohne Rücksicht auf die Pflege, deren das neugeborene Kind, auf die Sorgfalt und Führung, welches die heranwachsende Jugend bedarf; trat es scharf in die Erscheinung, daß das Schalten und Walten der Frau als Hausmutter mehr ist als ein Privatdienst, den sie dem Manne leistet, nämlich eine Tätigkeit von höchster sozialer Bedeutung. Nicht durch Leichtsin, nicht durch das Verstummen der Schläge des Mutterherzens, nein, durch den eisernen Druck der kapitalistischen Ausbeutung sind Millionen Frauen gezwungen worden, werden sie weiter gezwungen, sich wider das körperliche, geistige und sittliche Wohl ihres eigenen Fleisches und Blutes zu vergehen. Die steigenden Zahlen über die Säuglingssterblichkeit, über die sittlich verwahrlosten Kleinen, über die jugendlichen Fürsorgebedürftigen und Verbrecher: Illustrieren den hohen Wert dessen, was die Frau innerhalb ihrer vier Wände für die Pflege und Erziehung des Nachwuchses wirkt. Die Forderung des Frauenwahlrechts ist die Forderung nach sozialer Anerkennung ihrer hochbedeutenden sozialen Tätigkeit als Mutter.“

Aus der Partei.

Der internationalen Konferenz der sozialistischen Jugendorganisationen, die im Anschluß an den Stuttgarter Kongreß vom 24. bis zum 28. August tagen wird, werden Vertreter aus Deutschland, Frankreich, Belgien, Holland, Spanien, Italien, der Schweiz, Deutsch-Oesterreich, Böhmen, Ungarn, Dänemark, Schweden, Norwegen, England und Bulgarien betraut. Im ganzen sind bis jetzt 24 Delegierte angemeldet.

Ein vom Bureau der internationalen Verbindung der sozialistischen Jugendorganisationen herausgegebener Bericht über die sozialistische Jugendbewegung in allen Ländern wird noch vor Zusammentritt des Stuttgarter Kongresses im Verlag der Leipziger Buchdruckerei A.-G. erscheinen. Die etwa 80 Seiten umfassende Broschüre wird zum Preise von 50 Pf. verkauft werden.

Die sächsische Landeskonferenz.

Dresden, 12. August.

(Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Die Landeskonferenz beschloß die Erhöhung des Mitgliederbeitrags auf 10 Pfennig pro Woche. Sie hob den obligatorischen Bezug der „kommunalen Praxis“ auf, empfahl aber ihren Bezug durch die Gemeindevertreter.

Mit dem Essener Parteitag beschäftigte sich eine Parteiversammlung in Nürnberg. Es wurde beschlossen, folgende Entschlüsse an den Parteitag zu stellen:

Die Wahlrechtsfrage in den Einzelstaaten auf die Tagesordnung des Essener Parteitages, die Agrarfrage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu legen.

ferner: den nächsten Parteitag in Nürnberg abzuhalten, da es im nächsten Jahre 40 Jahre her sind, daß in Nürnberg der erste Arbeiterkongreß im dortigen Rathaus abgehalten wurde (1868).

Genosse Eisner begründete den ersten Antrag des Vorstandes damit, daß er sagte, in Anbetracht der bevorstehenden Wahlrechtsreform in Preußen gäbe es für den Parteitag in Essen kaum eine wichtigere Frage als die der Wahlrechtsfrage in den Einzelstaaten bzw. in Preußen. Diese Angelegenheit sei außerordentlich ernst. Das vom Regierungsbüro im Verborgenen ausgearbeitete Projekt eines neuen Wahlrechts bilde zweifellos zugleich das Modell für das zukünftige Wahlrecht für den deutschen Reichstag. Werde dieses Projekt Gesetz, so bedeute das eine vollständige Lähmung des ganzen politischen Lebens überhaupt, denn die Zahl der Mandate werde dadurch für alle Ewigkeit festgelegt.

Die Wahlrechtsfrage sei also gegenwärtig die allerwichtigste für den Parteitag. Weniger erfolgreich sei eine ausgedehnte Diskussion über den Mißerfolg der letzten Reichstagswahlen. Man müsse vielmehr ausgiebige Beratung darüber pflegen, was wir in Zukunft tun und arbeiten wollen, um vorwärts zu kommen. Alle diese Probleme laufen in der preussischen Wahlrechtsfrage zusammen; sie ist keine spezifisch preussische, sondern sie ist die deutsche Frage, sie ist die Frage des deutschen Proletariats.

Genosse Merkel forderte von den zu wählenden Delegierten, die Reichstagsfraktion zu interpellieren über ihre Haltung zur Soldenerhöhung der Soldaten. Demgegenüber meinte Genosse Eisner, wir müßten den Militarismus nicht durch Kleinigkeiten bekämpfen. Eine Soldenerhöhung für die Soldaten sei zweifellos berechtigt. Unser Kampf gegen den Militarismus müsse sich erstrecken auf die internationale Frage und die Demokratisierung der Armee. Der deutschen Sozialdemokratie mangle es am Radikalismus der Tat. Gerade auf dem Gebiete des Militarismus erkenne man den mangelnden Einfluß der Sozialdemokratie. Wir müssen uns einmal entscheiden, was wir tun werden bei Ausbruch eines Krieges der Reaktion gegen Demokratie oder Revolution, was wir tun werden, wenn eine siegreiche russische Revolution durch preussische Vojasnetze um ihren Erfolg gebracht werden soll? Wenn in gewissen Augenblicken das deutsche Proletariat nicht entscheidet, dann ist es mit der politischen Bedeutung des deutschen Proletariats überhaupt aus.

Gegen erhebliche Minderheiten wurden noch folgende Entschlüsse aus der Mitte der Versammlung heraus angenommen:

Der Essener Parteitag möge sich gegen den Trunkzwang, gegen Beteiligung an Stichwahlen zwischen bürgerlichen Kandidaten und zur Frage der Kostenbedeckung für die Opfer der Mafseier entscheiden.

Als Delegierte zum Parteitag wurden gewählt die Genossen Treu, Haugenstein und Kurt Eisner.

Eine nächste Versammlung wird sich mit der Einsetzung eines Bildungsausschusses beschäftigen.

Die dritte ordentliche Generalversammlung des sozialdemokratischen Zentralvereins für den schleswig-holsteinischen Wahlkreis (Eimshorn-Pinneberg) fand am Sonntag in Pinneberg statt. 22 Ortsvereine hatten 46 Delegierte entsandt und außerdem waren der Vorstand, die Kontrollkommission des Vereins, die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ und die Agitationskommission Schleswig-Holsteins vertreten. Genosse v. Elm, der bisherige Reichstagsabgeordnete des Kreises, war ebenfalls anwesend. In einer Resolution wurde ausgesprochen, daß die vom Vorstand und der Kontrollkommission eingeführte Art der Agitation bei der Landbevölkerung zweckentsprechend ist. Es gehen regelmäßig Genossen aus den Städten, sogenannte „fliegende Arbeitersekretäre“, auf das Land, lassieren Beiträge bei den Mitgliedern ein, versorgen die Landleute mit Vektüre und ziehen ihnen mit Rat zur Seite. Sodann wird eine Zeitung „Der Wähler“ für das Land herausgegeben. Eine Nummer dieser Zeitung ist bereits in 15 000 Exemplaren verbreitet worden.

Auf Antrag des Vereinsvorstandes und der Kontrollkommission wurde Genosse A. v. Elm einstimmig wieder zum Reichstagskandidaten für den sechsten Kreis aufgestellt. Ferner wurde Genosse A. v. Elm einstimmig als Delegierter für diesen Kreis zum internationalen Kongreß in Stuttgart bestimmt. Zum Parteitag in Essen soll auch nur ein Delegierter gesendet werden. Sieben Kandidaten wurden den Genossen des Kreises zur Wahl präsentiert.

Aus der Versammlung heraus wurde folgende Resolution zur Annahme empfohlen:

Die am 11. August 1907 in Pinneberg tagende Generalversammlung des sozialdemokratischen Zentralvereins für den 6. schleswig-holsteinischen Wahlkreis spricht dem langjährigen Reichstagsabgeordneten v. Elm ihr unumschränktes Vertrauen aus. Sie weiß, daß er stets in der aufrichtigsten, arbeitsfreudigsten, energiegeladesten und unermüdeten Weise der Partei und der Arbeiterbewegung gedient hat und noch dient und erklärt es deshalb für eine Niederträchtigkeit, wenn er jetzt von Leuten, die sich als Parteigenossen gerieren, zum Gaudium der Gegner und in totaler Unkenntnis der Sache mit Schmutz beworfen wird, weil er analog früheren Entschuldigungen anderer hervorragender Parteigenossen sich gegen ihm zu weitgehend erscheinende Forderungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen interessierter Kreise in der Konsumgenossenschaftsbewegung erklärt hat.

Der Antragsteller führte aus, die Resolution könne überflüssig erscheinen, weil v. Elm das Vertrauen der Versammlung durch Uebertagung des Reichstagsmandats usw. ausgesprochen sei, aber er halte es für notwendig, daß seinen Verehrern und Beschimpfern in der ungewöhnlichen Weise gesagt werde, wie man über sie denke. Er erinnere daran, daß Genosse v. Elm weiter nichts getan habe, als Forderungen des Lagerhalterverbandes in derselben Weise als zu weitgehend zu bezeichnen, wie das seinerzeit die Genossen Webel, Kuer und Singer mit den Forderungen des Vereins Arbeiterpresse getan hätten. — Genosse v. Elm erklärte, ihm sei es gleichgültig, ob die Resolution angenommen werde. Aber er habe es satt, sich von gewissen Journalisten beschimpfen und verleumdern zu lassen und werde ihren Ausschluß aus der Partei beantragen. Was sie von ihm behauptet hätten, daß er sich gegen den Adhärenzschluß, gegen die Sonntagstrafe, gegen die Verfestigung der Angelegten und gegen die Verkürzung der Arbeitszeit ausgesprochen habe, sei erlitten und erlogen. Mit diesen Behauptungen arbeiteten die gemeinheitsjournalistischen nur den Gegnern in die Hände. — Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Es will und erscheint, daß die Resolution und die dazu gehaltenen Reden von zu großer Empfindlichkeit gegen parteigenössliche Kritik zeugen. Soweit wir gesehen haben, ist diese Kritik zwar sachlich, aber in angemessenen Worten gefaßt worden — von Verleumdungen und Beschimpfungen der Person des Genossen v. Elm haben wir nichts bemerkt. Genosse v. Elm sollte sich deshalb seine Ausschlußanträge noch einmal reiflich überlegen.

Dem Stuttgarter Kongreß ist die soeben erschienene Nr. 45 der „Neuen Zeit“ vornehmlich gewidmet. Die Redaktion erörtert die Bedeutung der internationalen Tagung im allgemeinen in einem Leitartikel. Einen sehr interessanten und instruktiven Beitrag zur Frage der Aus- und Einwanderung liefert Genosse Josef Diner. Diner's Budapest in einem im Auftrage der sozialdemokratischen Partei Ungarns verfaßten Artikel über die Auswanderung und Einwanderung in Ungarn. — Außerdem enthält die Nummer die Fortsetzung des Berichtes des Genossen L. Boudin über die politische Lage in den Vereinigten Staaten und die Demokratische Partei, einen Beitrag „Die Opfer der Militärjustiz“ vom Genossen

Dr. Siegfrieda und eine literarische Rundschau, in der Gustav Eckstein die von R. G. Francs herausgegebene Zeitschrift für den Ausbau der Entwicklungslehre, ow. Internationale Uebersicht über Gewerbehygiene von Dr. E. Reicher, Berlin und Ph. die neueren Bände der im Verlag der Dürschens Buchhandlung zu Leipzig erscheinenden Philosophischen Bibliothek besprechen.

Soziales.

Unternehmer gegen Ärzte.

Im Verlage von Richard Schmidt in Weissen ist eine Broschüre erschienen, die einem charakteristischen Vorfalle ihre Herausgabe verdankt. Der Verfasser sagt darüber im Vorwort folgendes:

Die Drucklegung des nachstehenden Vortrages ist die Antwort auf ein, gelinde gesagt, eigenartiges Vorgehen der Unternehmer in der Weimarer Eisenindustrie. Im Herbst des Jahres 1906 eruchte die Organisationsleitung des Fabrikarbeiterverbandes, zahllose Reihen, einen Arzt — einen Herrn Dr. med. Pfeiffer — in einer öffentlichen Versammlung der in Eisen- und Tonwarenfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen einen Vortrag zu halten über „Die Verursachungen in der keramischen Industrie, unter besonderer Berücksichtigung der Bleivergiftung“. Infolge der geplanten Versammlung war das Ueberhandnehmen der Bleivergiftungen in den erwähnten Betrieben; Zweck des Vortrages sollte sein, die Arbeiter über die ihnen drohenden Gefahren aufzuklären und den Unternehmern die Notwendigkeit ausreichender Säugmaßnahmen zu beweisen. Herr Dr. Pfeiffer kam dem Ersuchen der Arbeiter in dankenswerter Weise nach. Von den Unternehmern, die zu der Versammlung schriftlich geladen waren, erschienen zwei, äußerten sich jedoch in der Versammlung nicht. Wenige Tage später aber erhoben die Vertreter der vier größten Betriebe Beschwerden über Herrn Dr. Pfeiffer beim ärztlichen Ehrenrate. Der Ehrenrat gab der Beschwerde statt und eröffnete ein Untersuchungsverfahren, das allerdings mit Freisprechung des beschuldigten Arztes endete.

Die Herren Unternehmer haben jedenfalls aus einem Gefühl heraus gehandelt, das ihnen sagt, der Arzt habe sich ausschließlich als Kuli des Kapitals zu betrachten.

Gerichts-Zeitung.

Aus der Stadt der Intelligenz.

Eine moderne Pythia, die wie so viele andere ihrer „Berufs“-Genossinnen mit großem Erfolg auf die Leichtgläubigkeit derjenigen spekuliert hat, die „nicht alle werden“, stand gestern in der Person der 73jährigen „Kartenspielerin“ Wilhelmine Fischer vor der zweiten Ferienstrassammer des Landgerichts II. Die Verhandlung zeigte wieder einmal, was in der Großstadt im zwanzigsten Jahrhundert noch immer möglich ist, und wie besonders Frauen, die sich auf ihre Intelligenz etwas einbilden, sich danach drängen, durch den Mund alter ungebildeter Frauen etwas über ihre Zukunft zu erfahren und sich aus dem El, aus Kaffeegrund oder aus Karten wahr sagen zu lassen. Das Schreiben der Frau Fischer, die ihre „Künste“ noch einander in Wilmersdorf, in Steglitz und in der Wormserstraße in Charlottenburg ausgeübt hat, hat seinerzeit zu Erörterungen in der Presse Veranlassung gegeben, ob es denn keine Mittel und Wege gebe, um solchen Unfug ein Ende zu machen. Die Angeklagte ist eine überaus geschwätige, körperlich noch tüchtige alte Frau, die in zwei Minuten so viel lächerlich und konfuse Zeug zusammen findet, daß der Vorstehende seine liebe Not hatte, um den wasserfallartigen Redestrom der Angeklagten von Zeit zu Zeit wenigstens einzudämmen. Sie war früher Köchin, war dann einige Jahre hindurch unglücklich verheiratet und hat ein dürftiges Leben geführt, bis sie sich als Kartenlegerin und Wahrsagerin etablierte. Sie ist schon mehrmals vorbestraft. „Literarische“ Unterstüßung in ihrem Gewerbe leistete ihr ein wegen Blödsinns entmündigter Sohn, der ihr die bombastischen Reklamezettel anfertigte, durch die sie zum Besuche ihres Salons einlud. Diese Zettel wurden gewöhnlich durch Kinder auf den Straßen und in den Häusern verbreitet. Den Kindern soll sie auch noch den ihnen zugesagten Lohn in beträgerischer Weise vorenthalten und durch deren Beschäftigung auch gegen das Kinderschutzgesetz verstoßen haben. Die massenhaft verbreiteten Reklamezettel priefen die Wahrsagerkunst der Angeklagten in der schwülstigsten Weise an. Sie wurde darin gefeiert als „weltberühmt seit dem Jahre 1898“. Durch Gerichtsbeschlüsse sei ihr Gewerbe ihr gestattet. Es handelte sich nicht um Hokusfokus oder Sympathie, sondern um die „einzig wirklich studierte Kartenspielerin“, für die zahlreiche öffentliche Anerkennungen vorlägen. „Wegen der zahlreichen Damen, die zu ihr kämen, und um einer Ueberfüllung der Wartezimmer vorzubeugen, würden nur Konsultantinnen zugelassen, jede Dame werde einzeln zur Konsultation hereingelassen. Honorare kulant. Wegen der vornehmen und besseren Mieter des Hauses Hubertusstraße 11 werden nur vollständig gekleidete Frauen zur Konsultation zugelassen. Jede Besucherin erhält in allen juristischen Angelegenheiten von einem juristisch gebildeten Manne gegen geringe Gebühr Rat und Schutz.“ Dieser juristisch gebildete Beirat war der als blödsinnig entmündigte Sohn der Angeklagten, den diese in vollem Mutterloze nicht für blödsinnig, sondern für sehr schlau erklärt. Die Donnerstage und Freitage waren in den Reklamen als „Eitetage“ angeführt. Als bei der Behörde fortgesetzt Beschwerden über das Treiben der Angeklagten eingingen, geißelte der „Steglitzer Anzeiger“ unter der Ueberschrift „Hauter Zauber“ die Geschäfte der Angeklagten, was den Sohn der letzteren veranlaßte, in hochtrabender Weise von dem Redakteur Simonsohn eine Verächtigung auf Grund des § 11 des Preßgesetzes zu verlangen. Als dann ein gerichtliches Verfahren gegen die Angeklagte eröffnet wurde, verstand es diese, die Termine dadurch zu vereiteln, daß sie sich verborgen hielt. Sie tauchte dann unter dem Namen Schicks wieder auf und nannte sich nun „Chromantistin“. In ihren Reklamen sprach sie wieder davon, daß es sich um „keinen Hokusfokus“, „keine Sympathie“, sondern nur um „studierte Planeten- und Kartenspieler“ handele, daß sie große Erfolge und öffentliche Anerkennungen aus aristokratischen und bürgerlichen Kreisen aufzuweisen habe und vielfach ehrenvoll ausgezeichnet sei. Auf die Frage des Gerichtsvorstehenden, Landgerichtsdirektor Hoffmann, was denn „Chromantie“ sei, hatte sie keine Antwort, dagegen beantwortete sie die Frage, ob sie denn wisse, was ein Planet sei, dahin: „Planet ist die Stunde, in der der Mensch geboren ist.“ — Prä s.: Glauben Sie denn, daß Ihnen die Verächtigung die besondere Kunst verleihe hat, in die Zukunft zu schauen? — Angekl.: Ja wohl! — Prä s.: Die sind Sie dazu gekommen, anzunehmen, daß Sie ein Werk der Verächtigung seien? — Angekl.: Das weiß ich nicht. Ich habe ja aber die Leute auch gar nicht betrogen, sondern ihnen ganz richtig wahr gesagt. — Prä s.: Auch das Publikum, welches so tüchtig ist zu glauben, daß eine alte, ungebildete Frau aus Kaffeegrund oder aus Karten wahr sagen könne, muß vor Ausbeutung geschützt werden. Es gibt leider Gottes noch immer eine Menge solcher dummen und törichten Leute. — Angekl.: Ich beschwörte niemand. Ich kann Hunderte von Zeugen herbringen, daß ich ihnen sehr richtig Todesfälle, große Reisen, Glucksfälle usw. prophezeit habe und alles ist eingetroffen.

Sehr vornehme Leute sind bei mir gewesen, sogar vom königlichen Schloß sind Damen bei mir gewesen und waren immer sehr zufrieden. — Aus dem weiteren konfusem Wortschwall der Angeklagten, in dem sie den lieben Herrgott, den Herrn Christus und verschiedene Heilige als ihre Zeugen anrief, klang immer wieder der energische Protest gegen den Verdacht heraus, daß sie auch „aus dem Kaffeegrund“ oder „aus dem El“ wahr sage; sie läbe ihre Kunst nur mit Hilfe der Karten oder des Bleiflusses aus.

Nach der Befragung der wenigen Zeuginnen, die vernommen wurden, empfing die Alte ihre Gäste, die auf die dunklen und die helleren Löße, die noch im Zeiteinblicke für sie schlummern, allzu neugierig waren, in einem ziemlich dunklen Zimmer, breitete dann Karten vor sich aus, die mit allerlei Gebilden, wie Monde, Prote, Scheren usw. bemalt waren, und „brummelte“ absolut unverständiges und konfuse Zeug vor sich hin, wovon die Klienten gar nichts verstehen konnten. Nur ein junges Mädchen hatte aus dem Gefasel der modernen Sibylle den Rat herausgehört, daß sie sich keinen schwarzen, sondern einen blonden als Bräutigam anschaffen sollte. Unter den Zeuginnen befanden sich wirklich einige, die zugeben an die prophetische Kraft der Alten geglaubt zu haben, andere erklärten verächtlich, daß sie mehr aus Neugierde auf Grund der Reklamezettel den Weg zur Angeklagten angetreten hätten, um zu sehen, ob diese wirklich den Schleier von der Zukunft lichten könne und was sie ihnen in Aussicht stellen würde. Für die Sitzung wurde ein Honorar von 1 M. von der Angeklagten beansprucht „ohne der Wohltätigkeit Schranken zu ziehen“; sie begnügte sich aber auch mit wenigen Groschen. Unter den Zeuginnen befanden sich nicht nur junge Mädchen, sondern auch Frauen, die schon „aus dem Schneider“ waren. Die eine war zur Angeklagten durch den Umstand getrieben worden, daß ihr Ehemann mehr als ihm dienlich war „laufen“ ging, eine andere hatte andere familiäre Schmerzen.

Die Anklage konstruierte den Betrug in der Weise, daß sie sagte: Die Zeuginnen seien durch die falschen Angaben in den Reklamezetteln angelockt worden und hätten das Prophetenhonorar für ein unverständliches, konfuse und wertloses Gebaladere der Angeklagten hingegeben. Diese ist längere Zeit hindurch in der Igl. Charité auf ihren Geisteszustand beobachtet worden. — Prof. Dr. Henneberg begutachtete, daß von einer tieferen geistigen Störung bei der Angeklagten keine Rede sei. Sie zeige manche Eigentümlichkeiten, diese stehen aber mit ihrer langjährigen Berufstätigkeit im Zusammenhange, insbesondere ihre große Schwachhaftigkeit. Dieser alten ungebildeten Frau sei es zur Gewohnheit geworden, solches Gewäsch, wie sie bei ihren Wahrsagerinnen zum besten gebe, zu produzieren. Von einem systematischen Können auf diesem Gebiete sei bei ihr keine Rede, sie schwatze ins Blaue hinein, was ihr gerade einfällt und für den jeweiligen Fall ihr opportun erscheint. Nicht ganz ausgeschlossen erscheint es, daß sie infolge mancher zufälligen Erreger, die sie gehabt haben mag, in gewissem Grade an ihre Prophetengabe selbst glaubt. — Der Gerichtshof trat dieser letzteren Annahme nicht bei und verurteilte die Angeklagte wegen wiederholten Betruges zu sechs Monaten Gefängnis unter Anrechnung von einem Monat Untersuchungshaft.

Eine Kindesleiche im Reisefloßer wurde am 14. April d. J. anlässlich einer Hausdurchsuchung bei dem 18jährigen Dienstmädchen Emilie B. aufgefunden, daß bei einem in Wiesdorf wohnhaften Kaufmann B. in Stellung war. Die Veranlassung zu dieser Hausdurchsuchung war ein Bericht über einen Kindesmord gewesen, dessen sich die jugendliche B. schuldig gemacht haben sollte. Das Ergebnis der angestellten Ermittlungen führte zu einer Anklage wegen fahrlässiger Tötung, wegen welcher sich die B. gestern vor der 2. Ferienstrassammer des Landgerichts III verantworten mußte. Es war die alte Geschichte von der Liebe Lust und Leid mit einem überaus traurigen Abschluß. Die damals 17jährige Angeklagte hatte auf einem Tanzboden die Bekanntschaft eines jungen Mannes gemacht. Aus der Bekanntschaft entwickelte sich bald ein Liebesverhältnis. Als sich die Folgen einstellten, verschwand der Liebhaber und überließ das Mädchen seinem Schicksal. Die Angeklagte verstand es, ihren Zustand der Dienstherrschaft gegenüber zu verbergen. Am Morgen des 28. März kam die B. etwas aufgeregt aus ihrem Zimmer, berichtete jedoch wie gewöhnlich des Tages über ihre leichte Arbeit. Erst nach einigen Tagen wurden verschiedene Anzeichen entdeckt, daß die B. heimlich geboren hatte. Das Kind war jedoch verschwunden. Erst als das Gerücht von einem Kindesmorde auftauchte, nahm der Sendarm Scheible eine Hausdurchsuchung vor, bei welcher eine grausige Entdeckung gemacht wurde. In einem Reisefloßer wurde völlig zusammengedrückt die Leiche eines neugeborenen Kindes gefunden. Die Obduktion ergab als Todesursache Erstickung. Da die Angabe der Angeklagten, das Kind sei während einer Ohnmacht im Bette erstickt, nicht widerlegt werden konnte, wurde nur eine Anklage wegen fahrlässiger Tötung erhoben. — Vor Gericht war die Angeklagte geständig. Die Strassammer erkannte mit Rücksicht auf die große Jugendlichkeit und die bisherige Unbescholtenheit der Angeklagten auf eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten. Außerdem wurde die B., weil sie eine Leiche ohne Vorwissen der Behörde beiseite geschafft hatte, zu einer Woche Haft verurteilt.

Die Probefahrt eines „wilden Automobilisten“

beschäftigte gestern die 2. Ferienstrassammer des Landgerichts I. Auf der Anklagebank mußte der Droschkenführer Max Kunig Platz nehmen, um sich wegen fahrlässiger Tötung zu verantworten. Der Angeklagte, welcher schon einmal wegen Körperverletzung zu vier Wochen Gefängnis verurteilt worden ist, hat bisher eine Pferdebedarfslehre gefahren. Am 24. April traf er in früher Morgenstunden in einem Lokal in der Invalidenstrasse den Kraftdroschkenführer Schulz, der damit prahlte, daß er in der vorausgegangenen Nacht 61 M. eingenommen hatte, während der Angeklagte nur 15 M. verdient hatte. Als Kunig fragte, ob denn das Automobilfahren sehr schwer sei, äußerte Schulz, man könne es in einer halben Stunde lernen und wenn es ihm recht sei, könne er gleich eine Probefahrt machen. Der Angeklagte, der in seinem Leben noch in keinem Automobil gefahren und keinerlei Kenntnisse von den technischen Einrichtungen hatte, setzte sich in einem mehr als sträflichen Leichtsinne an das Steuer der Automobilmaschine und fuhr darauf los. Der neben ihm sitzende Schulz gab ihm nur die nötigen Anweisungen. Nachdem der Angeklagte in einem Lokal in der Haldestraße noch mehrere Glas Bier und verschiedene Schnäpse zu sich genommen hatte, bestieg er auf Verlangen des Schulz allein das Automobil und fuhr die Haldestraße entlang. An der Ecke der Fenn- und Tegelerstraße verlor der leichtsinnige Fahrer vollständig die Herrschaft über das Fahrzeug und fuhr mitten in die den Straßenübergang passierenden Menschen hinein. Der Steinseher Emil Kurz wurde zu Boden geschleudert und überfahren. Er erlitt so schwere Verletzungen, daß er auf dem Transport zur Unfallstation verstarb. Staatsanwalt-Befessor Müller hielt den Angeklagten einer ungläublich leichtsinnigen und fahrlässigen Handlungsweise überführt. Im Interesse der öffentlichen Sicherheit erscheint es angebracht, derartigen wilden Automobilisten einen gehörigen Denkzettel zu verabreichen. Dem Antrage des Staatsanwalts gemäß erkannte auch die Strassammer auf eine Gefängnisstrafe von neun Monaten.

Aus der Frauenbewegung.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Charlottenburg. Mittwoch, den 21. Aug., 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosinenstr. 3, Vortrag. Frau Jeege: „Wie wir arbeiten und wirtschaften müssen!“

Heute abend: Versammlungen der 6 Berliner Wahlvereine. Morgen Mittwoch: Zahlabend in Groß-Berlin.

Partei-Angelegenheiten.

Französisch-Buchholz. Mittwoch, den 14. August, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Rahne, Vermerstr. 89, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt.

Mischelbrunn. Mittwoch, den 14. August, abends 8 1/2 Uhr, findet eine Mitgliederversammlung des Wahlvereins bei Barth statt.

Rudow. Die Sammelliste Nr. 10169 des Zentralswahlvereins für Teltow-Teese-Stralow-Charlottenburg zur Deckung der Delegationskosten zum Parteitag ist auf dem Wege von Nieder-Schöneweide nach Rudow verloren gegangen.

Grünau. Heute Dienstag, abends pünktlich 9 Uhr, findet in der „Grünen Ede“ die Mitgliederversammlung statt.

Karlshorst. Den Parteigenossen zur Kenntnis, daß der Zahlabend morgen abends 8 1/2 Uhr im Lokal von Sabrowski, Treosow-Allee, Ede Krausenstraße, stattfindet.

Schmargendorf. Die nächste Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am Mittwoch, den 14. August, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant zum Lindenbaum, Spandauerstraße, statt.

Berliner Nachrichten.

Zunmer weniger des „Kindersegens“!

Der Rückgang der Geburtenziffer, den die letzten drei Jahrzehnte dem deutschen Volke gebracht haben, ist für Berlin besonders groß gewesen. In Berlin wurden im Jahre 1905 nur 51 282 Kinder geboren (einschl. 1842 tote), das sind bei einer durchschnittlichen Bevölkerungszahl von 2 010 820 Personen nur 25,5 Geborene pro 1000 Personen der Bevölkerung.

Die Bedeutung des Rückganges der Geburtenziffer, der nach jenem Gipfeljahre 1876 begann und seitdem ohne nennenswerte Unterbrechung andauert hat, wird ersichtlich aus der folgenden Berechnung. Die damalige Geburtenziffer, 47,2 pro 1000 Personen der Bevölkerung, ergab bei der Bevölkerungszahl des Jahres 1905, die ja bereits über doppelt so groß wie diejenige des Jahres 1876 war, nahezu 95 000 Geborene (einschl. Totgeborene).

Hierbei ist freilich zu beachten, daß man die Geburtenziffern aus der ersten Hälfte der siebziger Jahre und namentlich den Höchststand aus 1876 nicht als maßgebend und sozusagen vorbildlich ansehen kann. Es ist auch mehr als fraglich, ob die Arbeiterbevölkerung, die ja den allergrößten Teil des gesamten Nachwuchses beschafft, so sehr zu beglückwünschen gewesen wäre, wenn jene ungewöhnliche Fruchtbarkeit, die durch die besonders günstigen Erwerbsverhältnisse der „Gründerjahre“ bedingt wurde, dauernd sich auf gleicher Höhe erhalten hätte.

Für Berlin bieten die vom Statistischen Amt ausgeführten Berechnungen die Möglichkeit, den Rückgang der Geburtenziffer noch eingehender zu betrachten. Die Vergleichung der Zahl der ehelich Geborenen jedes Jahres mit der jeweiligen Durchschnittszahl der in Berlin vorhandenen Ehefrauen ergibt ein noch ungünstigeres Bild als die primitive Methode einer bloßen Vergleichung mit der Bevölkerungszahl.

Die Geburtenziffern aus der Mitte der siebziger Jahre können, wie gesagt, nicht als Norm gelten. Aber auch die Vergleichung mit den sechziger und fünfziger Jahren fällt sehr zugunsten unserer Zeit aus. Die Zahl der ehelich Geborenen pro Tausend der Ehefrauen stellt sich im Durchschnitt der Jahresjahre 1856-60, 1861 bis 1865, 1866-70 auf 217, 219, 221. Wenn demgegenüber im Jahre 1905 nur noch 110 Kinder pro Tausend der Ehefrauen zur Welt kamen, so bedarf es nicht erst der Versicherung, daß eine so auffallende Verminderung nicht lediglich aus einer natürlichen Abnahme der Fortpflanzungsfähigkeit erklärt werden kann.

Das Freibad in Wannsee war am Sonntag, wie mitgeteilt wird, von 50 bis 60 000 Menschen besucht. Die Folge dieses dorthin strömenden Menschenstromes war, daß sich namentlich des Abends bis spät in die Nacht große Verkehrserschwerungen herausstellten, um die Tausende wieder heimzubefördern.

Beobachtungen auf dem Müggelsee. Am Sonntag lenierte gegen 5 Uhr nachmittags infolge eines plötzlich eintretenden Windstoßes ein Segelboot, in dem sich zwei Herren und eine Dame befanden. Einem der Anwesenden gelang es, sich selbst und die Dame durch

Schwimmen zu retten, während der zweite Herr sich an dem getrennten Boot anzuankern vermochte, bis Hilfe zur Stelle war. — In derselben Zeit geriet auf dem Langen See ein Ruderboot, in dem sich zwei junge Leute befanden, in die Wellen eines vorbeifahrenden Dampfers und sank um.

Aus der Selbstmordchronik. Eine Familientragödie fand am Sonntag im Humboldthain ihren Abschluß. Zwischen dem in der Hochstädterstraße wohnhaften Paulsen Ehepaar war es in der Nacht zum Sonntag zu einem erregten Austritt gekommen, der damit endete, daß die Frau auf- und davonlief.

Ein entsetzliches Brandunglück, dem ein Menschenleben zum Opfer fiel, ereignete sich am Sonntag im Hause Kurfürstenstr. 163. Dort fingen die Kleider der Tochter, des Herrn Lubach, als sie den Gastofen anzünden wollte, Feuer. Auf die Rufe der Bediensteten eilte ihr Vater herbei, dem es schließlich gelang, das Feuer an den Kleidern zu löschen.

Unter dem Verdacht, fahrlässig den Tod einer Frau herbeigeführt zu haben, ist am Sonntag die Masseurin Sophie Schmid aus der Gerichtstraße 82 verhaftet worden. Am Sonnabendvormittag erschien die 34jährige Ehefrau eines Schankwirts R. aus der Tegelerstraße bei der Sch. Gestern suchte nun Frau Sch. das Polizeirevier in der Grünhaldenstraße auf und bat um einen Totenschein für die R. Sie gab dabei an, sie habe die Schankwirtin für die R. Sie gab dabei an, sie habe die Schankwirtin für die R. Sie gab dabei an, sie habe die Schankwirtin für die R.

Ein trauriger Vorfall hat sich Sonntag in früher Morgenstunden in dem Arbeiter-Vereinshaus in der Chausseestraße zugetragen. In dem großen Festsaal hatte ein Verein ein Tanzvergnügen abgehalten, an dem auch der 24jährige Lagerist Otto Czarnowsky aus der Bahnhofsstraße 18 in Zegel mit seiner Braut teilnahm.

Durch laute Hülferufe wurden in der Sonntagnacht plötzlich die Bewohner des Hauses Rollendorferstraße 26 aus dem Schlafe aufgeschreckt. Die Rufe drangen aus der im Vorderhause belegenen Kellerwohnung heraus, in der seit etwa vier Wochen die beschäftigungslose Emma Hildebrandt wohnte.

Ein heftiger Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen und einem Privatautomobil erfolgte gestern (Montag) vormittag an der Ecke der Ditten- und Bregenzauerstraße. An den dortigen Straßenbahnlinien werden Ausbesserungsarbeiten verrichtet, weshalb ein Notgleis gelegt worden ist.

Der Arbeiter-Schwimmerbund veranstaltete am Sonntag im Restaurant „Seeterrasse“ in Lichtenberg sein äußerst interessantes Dambeschwimmfest. Bedauerlicherweise mußten gerade die Springkonkurrenzen technischer Schwierigkeiten wegen ausfallen, dafür wurde das noch etlichen Tausenden zählende Publikum durch die spannenden Kämpfe beim Schwimmen entschädigt.

- 1) Erstschwimmen: 100 Meter, Schwimmart beliebig. 1. W. Krebs, „Vorwärts-Berlin“, 1 Min. 47 1/2 Sek. 2. D. Dieleker, „Arbeiter-Schwimmerverein-Leipzig“, 1 Min. 48 1/2 Sek. 3. P. Weide, „Sprecher-Berlin“, 1 Min. 56 Sek. 2) Knaben-Brustschwimmen: 50 Meter. 1. G. Scheidemantel, „Delphin-Zegel“, 52 Sek. 2. R. Scoraletowski, „Vorwärts-Reinickendorf“, 53 1/2 Sek. 3. R. Stange, „Freie Schwimmer-Charlottenburg“, 55 1/2 Sek. 3) Knaben-Schwimmen: 50 Meter, Schwimmart beliebig. 1. P. Sonnenburg, „Vorwärts-Reinickendorf“, 48 1/2 Sek. 2. R. Krüger, „Vorwärts-Berlin“, 50 Sek. 4) Junior-Rudenschwimmen: 100 Meter. 1. G. Müller, „Vorwärts-Berlin“, 1 Min. 44 1/2 Sek. 2. R. Richter, „Vorwärts-Berlin“, 1 Min. 50 1/2 Sek. 5) Senior-Brustschwimmen: 200 Meter. 1. B. Braun, „Vorwärts-Berlin“, 3 Min. 51 1/2 Sek.

6) Mädchen-Schwimmen: 50 Meter. 1. M. Döring, „Vorwärts-Berlin“, 1 Min. 7/8 Sek. 2. F. Rai, „Freie Schwimmer“, 1 Min. 7/8 Sek.

7) Jugend-Brustschwimmen: 14-16 Jahre, 100 Meter. 1. B. Franz, „Vorwärts-Reinickendorf“, 1 Min. 41 1/2 Sek. 2. E. Ranzmann, „Vorwärts-Reinickendorf“, 1 Min. 49 Sek. 3. E. Winnen, „Vorwärts-Ober-Schöneweide“, 1 Min. 51 1/2 Sek.

8) Jugendschwimmen: 100 Meter, Schwimmart beliebig. 1. D. Röder, „Freie Schwimmer“, 1 Min. 42 Sek. 2. R. Döring, „Vorwärts-Berlin“, 1 Min. 46 1/4 Sek. 2. R. Schulze, „Vorwärts-Berlin“, totes Rennen. 3. F. Reg, „Vorwärts-Berlin“, 2 Min. 47 Sekunden.

9) Jugend-Brustschwimmen: 16-18 Jahre, 100 Meter. 1. Schulte, „Vorwärts-Berlin“, 1 Min. 42 1/2 Sek. 2. R. Straßl, „Vorwärts-Berlin“, 1 Min. 40 Sek. 3. B. Hamann, „Sprecher-Berlin“, 1 Min. 52 Sek.

10) Hochttauchen für Männer: Höchstleistung 50 Meter, bei gleicher Meterzahl entscheidet die kürzeste Zeit. 1. D. Gleißner, „Vorwärts-Ober-Schöneweide“, 50 Meter. 2. B. Braun, „Vorwärts-Berlin“, 41 Meter. 3. H. Ziller, „Vorwärts-Berlin“, 39 1/2 Meter.

11) Damenschwimmen: 14-16 Jahre, Schwimmart beliebig, 100 Meter. 1. L. Wlatner, „Vorwärts-Berlin“, 2 Min. 17 1/2 Sek. 2. L. Kutschau, „Freie Schwimmer“, 2 Min. 19 Sek.

12) Senior-Spanisch-Schwimmen: 200 Meter. 1. F. Schill, „Vorwärts-Berlin“, 3 Min. 7 1/2 Sek. 13) Damenschwimmen, über 16 Jahre, 100 Meter Schwimmart beliebig. 1. A. Leutloff, „Freie Schwimmer“, 2 Min. 2 Sek. 2. F. Kuhner, „Freie Schwimmer“, 2 Min. 4 1/2 Sek.

14) Damen-Brustschwimmen: 3 x 50 Meter. 1. „Freie Schwimmer“, 1 Mannschaft, 2 Min. 57 1/2 Sek. (Frau Kutschau Leutloff, Kuhner).

15) Juniorschwimmen: 200 Meter. 1. B. Krause, „Vorwärts-Berlin“, 3 Min. 58 1/2 Sek. 2. B. Scholz, „Sprecher“, 3 Min. 55 Sek. 3. D. Wood, „Arb.-Schw.-Leipzig“, 4 Min. 5 1/2 Sek.

16) Senior-Seitenschwimmen: 200 Meter. Erster F. Nowinski, „Freie Schwimmer“, 3 Min. 24 1/2 Sek. 17) Vereinsstaffette: 4 x 50 Meter. Prust, Seite, Rüden, Spanisch. 1. „Vorwärts-Berlin“, 11. Mannschaft. (Wassello, Schill, Richter, F. Wenzel).

Nähere Auskünfte erteilt F. Stäger, W. 8, Krausenstr. 18.

Sportpark Steglitz. Die Rennen am Sonntag wiesen ein ungemein starkes Programm auf, das neben zahlreichen Fliegerrennen auch ein Dauerrennen mit neuer Berechnungsweise zu verzeichnen hatte. Der „Große Germaniapreis“ wurde in drei Läufen über 20, 30 und 50 Kilometer aufgetrieben und sind entscheidend für das Endergebnis alle zusammenzurechnenden Kilometer, die der einzelne Fahrer zurückgelegt hat. — Die Belegung des Rennens mit E. Bruni, P. Didentmann, Th. Kobl, A. Schipke und A. Vanderkluft ließ schöne sportliche Kämpfe voraussehen. Den ersten Lauf gewann Vanderkluft vor Kobl, Pruni, Schipke und Didentmann. Leider gab die schon oft gerügte Lustlosigkeit der Schrittmacher, durch übermäßiges Anlegen von Kleidungsstücken und weiten Beinledern ihren Fahrern einen Vorteil zu verschaffen, Veranlassung zu längeren Auseinandersetzungen und war es wieder Vanderkluft Schrittmacher Amerigo, der wie ein Weibchen auf seiner Maschine sah. — Die weitere Folge war ein gänzlich Verlagen des Belgiers in den beiden anderen Läufen. Im 30 Kilometer-Lauf siegte Kobl vor Schipke, Pruni, Didentmann und Vanderkluft. — Den letzten Lauf (50 Kilometer) sah Bruni als Sieger vor Kobl, Schipke, Didentmann und Vanderkluft. — Dieser Lauf bot schöne, spannende Kämpfe. Schipke übernahm bald nach Beginn die Führung und werden alle, außer Kobl, von ihm überholt. Dann aber leisteten Didentmann und Bruni hartnäckigen Widerstand, ja der letztere erobert sich in der 52. Runde den dritten Platz, dann den zweiten und kann schließlich auch Kobl passieren, der kurze Zeit den ersten Platz innehatte. Das Gesamtergebnis ist: 1. Th. Kobl 99,700 Kilometer, 2. Schipke 99,220 Kilometer, 3. Bruni 98,890 Kilometer, 4. Didentmann 92,210 Kilometer, 5. Vanderkluft 78,800 Kilometer. — Der Sieg Kobl zeitigte endlosen Jubel. — Die Fliegerrennen boten schöne Leistungen und waren es wie immer die alten Fahrer: Theile, Wegener, Peter, Schenermann, Kubela, Stol, welche sich die Ehren des Tages teilten und schöne Proben ihres Könnens ablegten. Leider gab es beim Landemfahren einen Sturz von 3 Paaren und sind besonders Baumann und Goll erheblich verletzt. Der Versuch war ein sehr guter.

Kadrennen in Spandau. Infolge der gleichzeitig stattfindenden Steglitzer Rennen ließ die Leitung der Bahn ihr ursprünglich geplantes Rennen über 100 Kilometer, das mit Guignard, Gümter, Bombault, Duder, R. Wedell und Stellbrin eine sehr gute Besetzung gefunden hätte, ausfallen und an dessen Stelle außer einigen Rennen für die Fahrer der B-Klasse einen Zweikampf Guignard-Gümter über 100 Kilometer, und zwar in drei Läufen über 20, 30 und 50 Kilometer veranstalten. Im ersten Lauf siegte Gümter mit einem Vorsprung von einer Runde vor dem Franzosen; doch verteidigte sich dieser in den beiden folgenden Läufen so erfolgreich, daß Gümter, der einigemal von seiner Führung abgefallen war, 2820 bzw. 2400 Meter hinter seinem Gegner endete. Sieger war somit Guignard, dem dadurch der Preis von 2000 M. zufließt.

In den beiden anderen Rennen über 10 und 20 Kilometer siegte jedesmal der Berliner Franz Gliedermann überlegen vor dem Spandauer Lemm und dem Treptower Fr. Hoffmann. Lemm fuhr als Anfänger sehr achtbar; Hoffmann dagegen, der unter den Räden seines Motors zu leiden hatte, konnte sich nicht zur Geltung bringen; er endete mit 8 bzw. 6 Runden Rückstand als Letzter.

Die Angehörigen der aufgefundenen 21jährigen Alma Grunze bitten uns, mitzuteilen, daß ihnen irgend welche Ursachen, die das Mädchen in den Tod getrieben haben, nicht bekannt sind.

Eine recht unangenehme Überraschung wurde vorgehien morgen den Bewohnern des Hauses Gerichtstraße 32 zuteil. Als sie in der Morgenstunde den Flur betreten, gewahrten sie am Fenster den Leichnam eines unbekannten Mannes. Der Fremde hatte sich an dem Fensterriegel erhängt. Unbemerkt hatte er sich abends in das Haus eingeschlichen lassen und als alles zur Ruhe gegangen war, den Selbstmord verübt. In den Taschen des Toten wurden 9 M. bares Geld vorgefunden. Rädere, die über die Persönlichkeit des Selbstmörders Aufschluß geben könnten, wurden nicht gefunden. Die Leiche des Lebensmüden, der etwa 35 Jahre alt war, ist zur Rekonozierung nach dem Schauhause gebracht worden.

Feuerwehbericht. Wegen eines großen Dachstuhlbrandes wurde gestern vormittag um 11 Uhr die 4. Kompanie nach der Soldinerstraße 80 gerufen. Der 16. Zug mußte thätig Wasser geben, um den Brand auf den Dachstuhl, der erneuert werden muß, zu beschränken. Der 9. Zug hatte in der Hofstr. 35 zu tun, wo ein Baum und ein Düngerhaufen vor einem Pferdebestall in Flammen standen. Zigarren brannten in der Hausburgstr. 25. Das Feuer war durch einen Trodenofen entstanden. Kohlen brannten an vielen Stellen, u. a.

auf den Bahnhöfen Noabit, Webbing (in der Fennstraße), Anhalter, Nordbahnhof usw. Unvorsichtiger Weise wurde nach der Verlebergerstraße 28 alarmiert. Etwas später wurde sie nach der Verlebergerstraße 58 gerufen, abermals ohne Veranlassung. Seite u. a. brannten in der Oppelnerstr. 49, Wilmstr. 27 u. a. Orien. Kellerbrände mußten in der Schmidstr. 34 und Waldemarstraße gelöscht werden. Wegen der Beseitigung von Säureämpfen rühte ein Zug nach der Prinzengr. 80 aus. Wohnungsbrände lagen in der Gr. Frankfurterstraße 63, Meyerstr. 18 usw. aus. Ferner hatte die Wehr in der Frankfurter Allee 109, Stargarderstr. 7, Prosauerstr. 25, Dragonerstraße 13, Wälsingstr. 12, Wriezenerstr. 21 u. a. Stellen zu tun.

Dem Zoologischen Garten ist kürzlich ein Wüstenluchs zugegangen, der im kleinen Raubtierhaus untergebracht ist und durch seine Zähmheit sich dem Besucher bemerklich zu machen pflegt. Das jetzt etwa sieben Monate alte Tier ist mit der Färbung ausgegogen worden. Die Wüstenluchse oder Karakale sind im Gegensatz zu den gefleckten Luchsen einfarbig graubraun gefärbt, nur die silbergrauen Ohren stehen scharf von dem übrigen Fell ab, außerdem ist der Schwanz länger. Bezeichnend für die gesamte Luchsgattung sind jedoch die dunklen Ohrpinsel.

Vorort-Nachrichten.

Rigdorf.

Eine außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins bei Hoppe nahm Stellung zum Essener Parteitag. Das einleitende Referat hierzu hatte Genosse Rolkenbuhr übernommen. In interessanter Weise beleuchtete er die Tagesordnung des Parteitages, die wohl trocken ausieht, aber doch sicher zu anregenden Debatten führen würde. Wenn gesagt werde, daß die Parteitage nicht jährlich stattfinden dürften, so sei darauf hinzuweisen, daß eine Partei, die kein Dogma hat, sondern ein Produkt der Forderung sei, immer mit seinen Mitgliedern in Verbindung stehen müsse. Hierzu sei auch nötig, daß die Parteigenossen sämtlicher deutschen Bundesstaaten sich frei ausdrücken müssen, um die Grundzüge auszubauen und die Einseitigkeit der Bewegung nicht verloren gehen zu lassen. Eine Zentralisation der Partei sei, solange wir noch kein Reichsvereinsgesetz haben, unmöglich. Während die Süddeutschen ein ziemlich freies Vereinsgesetz haben, dürfen in Westfalen keine politischen Vereine existieren. Die Presse müsse immer mehr ausgebaut werden, damit sie imstande ist, noch mehr als bisher als Kulturpropaganda zu wirken. Die Einnahmen des Kassierers haben zum ersten Male die Million überschritten. Zwar beneiden die Gegner die Opferwilligkeit der Genossen, doch müsse und dies ein Ansporn sein zu pünktlicher und gewissenhafter Arbeit. Sollen doch nicht nur neue Genossen herangezogen, sondern auch die älteren ausgebildet werden zu tüchtigen, energischen Kämpfern. Redner geht hierauf noch kurz auf die Politik ein, die ja im parlamentarischen Verzicht gründlich erörtert werden würde. Auf den Ausfall der Reichstagswahlen seien einjährige Genossen vorbereitet gewesen. Hoffen wir, so meinte Redner, daß den letzten Wahlen wieder ein Aufschwung folgen möge, wie der von 1903. Zur Diskussion standen folgende Anträge: 1. Wons und Sammelstellen für den Parteitag sind abzuschaffen. Dafür soll in dem betreffenden Monat ein Extrobeitrag von 10 Pf. erhoben werden. 2. Es sind einheitliche Mitgliedsbücher für ganz Deutschland einzuführen. Außerdem eine Resolution, die sich mit der Landtagabteilung befaßt und in der die eventuelle Herausgabe einer für die Landarbeiter geeigneten gratis zu verteilenden Zeitung gefordert wird. Gen. Böcke wies darauf hin, daß die Partei die Mittel, die durch Listen und Wons gesammelt werden, nicht entbehren könne. Er zeigte dies zahlenmäßig an den Einnahmen der einzelnen Kreise. Auch Genosse Rolkenbuhr ergriff in seinem Schlusswort, die Anträge abzulehnen. Die Versammlung lebte hierauf die Anträge ab; die Resolution wurde zur Provinzialkonferenz zurückgestellt. In der Diskussion über das Verbandsstatut wurde allseitig bedauert, daß in der kurzen Zeit auf dem Jahlabend es nicht möglich gewesen sei, sich zu orientieren, zumal die Mitteilungsblätter ja nicht jedem Parteigenossen zur Verfügung stehen. Ein Antrag, die Statutenberatung von der Tagesordnung der Verbandsgeneralversammlung abzusetzen, wurde abgelehnt. Das Statut mit den Abänderungsvorschlägen der Kreisfunktionäre angenommen. Abgelehnt wurde noch ein Antrag, das Mitteilungsblatt fallen zu lassen; dagegen ein Antrag angenommen, der dasselbe besser ausgestaltet und die Annoncen entfernt wissen will. Zur Kreisgeneralversammlung wurden die Genossen Birkel, Fischer und Ray delegiert.

Lankwitz.

Die seitens der Gemeindevertretung beschlossene Kanalisation des Ortes soll nunmehr zur Ausführung kommen. Die bezüglichen Arbeiten wurden im Submissionsweg vergeben. Es sind 41 Offerten abgegeben worden. Das Höchstangebot der Berliner Firma Börner u. Herzberg beträgt 646 785,50 Mk., das niedrigste der Friedenauer Firma Otto Ludwig 287 009,40 Mk. Das ist eine Differenz von nicht weniger als 359 776,10 Mk. — Es ist kaum glaublich, daß eine Firma bei einem solchen, auch im Submissionsweg wohl noch nicht dagewesenen Rinderangebot die Kanalisation auf reeller Basis ausführen kann, ohne den Arbeitern die erbärmlichsten Löhne zu zahlen. Wir erwarten, daß die Gemeindevertretung die einzelnen Offerten nicht unter ausschließlicher Berücksichtigung des Billigkeitsstandpunktes prüfen, sondern speziell auch darauf achten wird, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen bei der betreffenden Firma menschenwürdig sind. Die Lankwitzer Bürger haben sich ja seinerzeit beim Kanalbau lebhaft über die „unkultivierten Vögel“ beschwert und deren Ausweitung mit allen Kräften betrieben, ohne sich weiter Gedanken darüber zu machen, daß eben die „unkultivierten Vögel“ dieser zweifellos auf der niedersten Bildungstufe stehenden Arbeiterschaft die logische Konsequenz ihrer traurigen wirtschaftlichen Lage und strapellosen Ausbeutung durch das Unternehmertum ist. Und bei einem Angebot, wie es die Friedenauer Firma abgegeben hat, scheint uns die Befürchtung sehr begründet, daß alsdann nur die billigen Vögel, über deren unkultivierte Eigenschaften die braven Lankwitzer Spießbürger so bittere Tränen vergossen haben, als williges Ausbeutungsmaterial herangeschleppt werden — falls jener Firma der Zuschlag erteilt werden sollte. Bei dieser Gelegenheit wollen wir noch darauf hinweisen, daß nach den uns gewordenen Informationen in Lankwitz bezüglich der Zuschlagserteilung bei Submissionen ganz eigenartige Verhältnisse existieren sollen. Es wird nämlich behauptet, daß die Auswahl unter den submitierenden Firmen und der Zuschlag nicht durch die Gemeindevertreter, sondern durch den Gemeindevorsteher und einen Gemeindebeamten erfolgen soll. Im Interesse des Ansehens der Gemeindevertretung erscheint es uns unerlässlich, mit diesem Vorwand, falls derselbe tatsächlich existiert, scharf zu brechen. Es braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden, daß eine Gemeindevertretung die derartig wichtige, verantwortungsvolle und das finanzielle Interesse der Gemeinde aufs tiefste berührende Entscheidungen einzelnen überläßt, einfach im höchsten Grade pflichtwidrig handelt.

Weinzierendorf.

Ausgeplündert wurde in einer der letzten Nächte die auf dem Grundstück Wlanestr. 4/8 befindliche Station für drahtlose Telegraphie, auf der Versteck unternommen werden. Die Täter, die mit den örtlichen Verhältnissen wohl vertraut gewesen sein müssen, stahlen alles, was nicht niert, und nagelsteht war. So schleppten sie den Morseapparat im Werte von 400 Mk., mehrere Bündel Bronzedraht, zwei Kondensatoren im Werte von 350 Mk. usw. davon. Das Drahtnetz, das am Aufnahmeapparat angebracht war, ist von den dreifachen Einbrechern vollständig zerstört worden.

Spandau.

Eine noch dunkle Schießaffäre spielte sich gestern bei dem bekannten Gabelsieden Kladow ab. Als dort der Salzwadendampfer

„Selen“ der Dampfschiffreederei von A. Fermann zu Spandau, Klosterstr. 24, mit fünf Schlepplähnen an dem Dorfe vorüberfuhr, fielen zwei Schüsse. Einer derselben traf den auf dem Dampfer befindlichen Bootsmann Knaak, so daß er zusammenbrach. Die Kugel war unter dem linken Arm in den Körper eingedrungen und blieb im Rücken stecken. Der Lebeltäter, der vom Lande aus die Schüsse abgefeuert hatte, ergriff die Flucht und konnte noch nicht ermittelt werden. Er trug eine weiße Mütze. Der schwerverletzte Bootsmann Knaak wurde sofort mit einem Motorboot nach Spandau geschafft und in das städtische Krankenhaus eingeliefert, wo er auf den Tod dantederliegt.

Oranienburg.

Einen blutigen Ausgang nahm Sonntag ein Streit zwischen den im Regehandischen Gasthause logierenden Handelsleuten Gries und Schichtold aus Hoya an der Weser, in dessen Verlauf Gries plötzlich ein Messer zog und blindlings auf Schichtold losstieß. Diesem gelang es schließlich zu fliehen, worauf G. noch aus einem Revolver mehrere Schüsse auf seinen Schwager abgab und dann die Flucht ergriff. Schichtold wurde furchtbar zugerädert. Der schwerverwundete wurde nach der königlichen Klinik in der Fiegelstraße übergeführt. Gries, der in der Richtung nach Berlin entflohen war, wurde später in einem Restaurant an der Oranienburger Chaussee ermittelt und festgenommen.

Nowawes.

Die Kohlenlieferung für die öffentlichen Gebäude sollte in der letzten Gemeindevorstellung in Nowawes vergeben werden; da aber nur eine Offerte ohne Unterschrift eingegangen war, wurde die Sache an die Finanzkommission zur nochmaligen Ausschreibung zurückverwiesen. — Bei der Beratung über den Antrag auf Beitritt zum preussischen Fortbildungsschulverband brachte Genosse Jöllner das von uns bereits berichtete Verfahren des Gemeindevorstandes bei der Verlegung der Unterrichtszeit an der Fortbildungsschule zur Sprache und unterzog dasselbe einer scharfen Kritik; auch Genosse Neumann erhob energischen Protest gegen eine derartige Methode und verlangte, daß die Arbeiter in solchen Angelegenheiten ebenfalls gehört werden. Nachdem auch einige bürgerliche Vertreter in mißbilligendem Sinne über die Beiseiteschiebung des Schulvorstandes gesprochen hatten, wurde beschlossen, die Debatte zu vertagen, bis der Bürgermeister von seinem Urlaub zurückgekehrt ist, um ihn in der darauf folgenden Sitzung persönlich zur Rechenschaft zu ziehen. — Der Beschluß über Erlaß eines Ortsstatuts über die Brauchwasserkanalisation und über die Festsetzung der Anschließfrist wurde ebenfalls vertagt, nachdem Genosse Gruhl erläutert hatte, daß die Subkommission noch gar nicht die genügenden Unterlagen geben könne, um bindende Beschlüsse zu fassen. — Bei der hierauf folgenden Reubildung der Schatzungskommission für die Grundsteuerveranlagung und für die Gebäudesteuerrevision wurden u. a. die Genossen Gruhl, Frenzel und Wagner in diese Kommissionen gewählt. — Der Kreisaußschuß hat sich bereit erklärt, eine Anleihe von 70 500 Mk., welche seinerzeit von der Gemeinde Neuendorf für den Ankauf von forstwirtschaftlichem Terrain aufgenommen worden ist, in eine dauernde Schuld umzuwandeln, wenn sich die Gemeinde mit der Erhöhung des Zinsfußes von 3% auf 4% einverstanden erklärt. Die Vertretung gab hierzu ihre Zustimmung. — Ferner wurde mit der Teilweise Kreisverwaltung betreffend Bestreitung von der Umfahrsteuer bei Grundeigentumsveränderungen des Kreises und der Gemeinde folgendes Uebereinkommen getroffen: Dem Kreise wird bei Grundstücksveränderungen zu öffentlichen Zwecken Bestreitung von der Umfahrsteuer gewährt, solange derselbe die gleiche Rücksicht unserer Gemeinde gegenüber beobachtet.

Gerichts-Zeitung.

Der vermeintliche Streikposten — ein Fiado der Polizei.

Am 24. Juni wurde auf dem Neubau Ede Thüringer- und Bergstraße gestreift. Vor dem Neubau standen 2 harmlose Passanten, der Arbeiter Lindenbergh und der Arbeiter Adolf Mertin. Prinz Handjerystr. 56. In der verkehrten Annahme, daß es sich um Streikposten handelte, forderte der vor dem Bau postierte Schuttmann Katerberg den Mertin auf, weiterzugehen. Neben dem Bau befand sich jedoch ein Photographienhändler, den sich Mertin nun anfaß. Der Beamte forderte M. wiederholt auf, weiterzugehen und als ihm dies „nicht schnell genug“ ging, brachte er den vermeintlichen Streikposten zur nächsten Wache. Mertin erhielt nun ein polizeiliches Strafmandat in Höhe von 15 Mark, weil er am 24. Juni früh 8.25 vor Bergstr. 16/18 Streikposten gestanden haben soll. Gegen diesen Strafbefehl hatte M. gerichtliche Entscheidung beantragt und wurde deswegen gestern vor dem Rigdorfer Schöffengericht vom Substituten des Rechtsanwälters Heinemann verteidigt. Als Zeugen waren die tatsächlichen Streikposten von der Vertreibung geladen, nämlich die Arbeiter Emil Wandtke und Julius Lehmann, die übereinstimmend bekundeten, daß weder Lindenbergh noch Mertin als Streikposten in Frage kommen, daß sie beide noch nicht einmal kennen, aber den Vorfall im übrigen beobachtet hätten. Demnach sei Mertin sofort weiter gegangen, als der Beamte das verlangte. Diese Behauptung bezeichnete der Schuttmann Katerberg wiederholt als: „Lüge, große Lüge!“ Ob der Vorsigende dem Beamten dies verwies, geht aus dem vorliegenden Bericht nicht hervor. „Außer mir und Wandtke“, sagte Jul. Lehmann aus, „stand nur der Schuttmann noch Streikposten!“ Diese Bemerkung hätte dem Lehmann um ein Paar eine Ordnungstrafe eingebracht, da sich Lehmann diese seine ganz richtige Meinung natürlich von dem Richter nicht ausreden lassen wollte.

Der Staatsanwalt hält den Angeklagten für schuldig und beantragt, ihn zu 15 Mk. Geldstrafe zu verurteilen. Der Verteidiger dagegen plädiert auf Freisprechung. Der Beamte hätte diesen wichtigen Fall, der im übrigen nicht ganz aufgeklärt sei, zu einer Haupt- und Staatsaktion gemacht. Der Gerichtshof schloß sich dem Antrage des Verteidigers an und erkannte auf Freisprechung.

Vermischtes.

Die Affäre Han

scheint von Tag zu Tag immer mehr Gegenstand der Erörterung zu werden. Kein Tag vergeht, an welchem sich die Sensationspresse nicht Neues hierüber berichten läßt. Seit sich der Mann mit dem weißen Bart gefunden hat, kennt der Reportierereifer keine Grenzen. Und nicht nur die Sensationspresse ist es, die diesen Fall in der widerlichsten Breite behandelt und in den ständigen Berichten hierüber sich bald selbst nicht mehr auskennt, sondern auch die sich sonst ernst nennende bürgerliche Presse. Bereits vor einigen Tagen haben wir die Frage aufgeworfen, ob es nicht ratsam sei, festzustellen, ob der 64 Jahre alte, in plötzlicher Liebe zu der von ihm des Elternmordes bezichtigten Olga Kollitor entrannte Hindenan auch geistig intakt ist.

Die durch die Sensationspresse angelegte Wollspinnerei dürfte, wenn es so weiter geht, bald von der Rödeerin Olga Kollitor sprechen, obwohl die bisherige gerichtliche Untersuchung hierzu noch nicht den geringsten Anlaß gegeben hat.

Der Rechtsbeistand der Familie Kollitor, Rechtsanwalt Schäfer in Baden-Paden, ermächtigt einen Rettungsberichterstatler zu folgender Erklärung:

Fräulein Olga Kollitor steht mit der Mutter nicht im geringsten in irgend einem Zusammenhange. Alles was gegen sie geschrieben wird, geschieht, um einen Verbrecher den Armen der Justiz zu entziehen. Man hat es bei Fräulein Olga Kollitor mit einer Dame zu tun, deren tadelloser Benehmen über jeden Zweifel erhaben ist. Fräulein Olga Kollitor hat mir (Rechtsanwalt Schäfer) erklärt, den Täter, der den Schuß auf ihre Mutter abgab, gesehen zu haben. Unter Berücksichtigung der Verhältnisse ist sie der Ueberzeugung, daß Han der Täter gewesen ist. Sie hatte in der Gerichtsverhandlung keine Veranlassung gehabt, diese für andere unerhebliche Meinungen vorzutragen, besonders, nachdem sie vom Vorsitzenden nach ihrer Meinung über den Täter nicht befragt worden war. Nach meiner Ansicht hat sie dabei durchaus korrekt gehandelt; denn die bloße Ueberzeugung eines Zeugen kann für das Urteil nicht ausschlaggebend sein. Die übrigen gegen Olga Kollitor erhobenen Vorwürfe, daß sie ständig einen Revolver bei sich getragen habe, daß sie gegen ihre Mutter handgreiflich geworden sei usw., entsprechen meiner festen Ueberzeugung nach nicht den Tatsachen.

Auch Dr. Dieß, der Verteidiger Karl Haus, will nicht, daß die Schwägerin seines Klienten durch unbegründete Verleumdungen und gefährliche Sensationslust belästigt werde. Er erklärt ausdrücklich das Folgende:

Für die von anderer Seite verbreiteten Mitteilungen über angebliche Unterredungen mit mir und Äußerungen über den Charakter und das Wesen des Fräuleins Olga Kollitor lehne ich jede Verantwortung ab. Diese Äußerungen sind teils mißverstanden, teils in schiefer Form wiedergegeben. Meine Äußerungen waren lediglich privater Natur und nicht für die Öffentlichkeit bestimmt.

Ein Berliner verunglückt. Unterhalb Schwarzemog fand nach Grindelwalder Meldung am Freitag ein Bergführer in den Felsen ein hundertfünftausend Touristen, der erklärte, sein Freund habe sich verstriegen. Sofortige Nachforschungen blieben erfolglos. Eine neue Rettungskolonnen fand gestern den Vermißten, Kaufmann Guido Gang aus Berlin, mit zerschmettertem Kopf auf. Die Leiche des Verunglückten ist nach Grindelwald gebracht worden.

In der Älster ertrunken. Auf der Älster kenterte nach Hamburger Meldung ein Ruderboot, als die beiden Insassen die Blöße wechseln wollten. Die beiden Ruderer, junge Leute im Alter von 18 bis 20 Jahren, ertranken, trotz der Rettungsversuche, die die in der Nähe beschäftigten Bootleute sofort anstellten.

Im Wahninn. Der Bularester Universitätsprofessor und frühere rumänische Justizminister Stefan Sendrea, der in eine Wiener Heilanstalt übergeführt werden sollte, sprang bei Kammagocz aus dem Wagon und wurde tödlich verletzt, er wurde nach Budapest transportiert, wo er mittags starb.

Wirten. Nach einer Meldung aus Sotschi (Kaukasus) wurde in vergangener Nacht der Dampfer „Tschernomor“ auf der Fahrt von Sotschi nach Tuapse auf offenem Meer von 15 Räubern geplündert. Die Reisenden wurden gezwungen, ihr Geld und ihre Kostbarkeiten herzugeben. Ein Reisender wurde durch einen Revolvererschuß verwundet. Die Räuber bemächtigten sich dann der Schiffskasse, zwangen den Kapitän, das Schiff anhalten zu lassen, sie an Land zu setzen und befahlen ihm, nicht in Tuapse zu anern, sondern direkt nach Sotschi zu fahren; im Falle des Zuwiderhandelns drohten sie ihm mit dem Tode. Einer weiteren Meldung zufolge sind bei dem Ueberfall auf den Dampfer „Tschernomor“ den Reisenden 10 000 Rubel und aus der Schiffskasse 1700 Rubel geraubt worden.

Automobil-Unfall. Gestern nachmittag rief am Steintor in Braunschweig ein Automobil mit einem Wagen der elektrischen Straßenbahn zusammen. Das Automobil stürzte um und begrub die zwei Insassen unter sich, von denen der eine schwer verletzt nach dem Krankenhaus gebracht wurde, während dem anderen, dem Maschinenmeister Ebert, der Schädel zerquetscht wurde, so daß der Tod sofort eintrat.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 45. Heft des 25. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Zum Stuttgarter Kongress — Auswanderung und Einwanderung in Ungarn. Bericht, verfaßt im Auftrag der Sozialdemokratischen Partei Ungarns. Von Josef Diner-Dönes (Budapest). — Die politische Lage in den Vereinigten Staaten und die Demokratische Partei. Von L. S. Bondin (New York). (Beilage.) — Die Opfer der Militärjustiz. Von Dr. Stegriede. — Literaturische Rundschau: Heitsch für den Ausbau der Entschuldigungslehre. Von Gustav Gellner. Dr. G. J. Reiter, Berlin, Internationale Uebersicht über Gemeinrechtsgene. Von ow. Die neueren Bände der „Philosophischen Bibliothek“. Von Ph.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Verlagsstellen und Kolporteurs zum Preise von 3.25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abomiert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern sehen jederzeit zur Verfügung.

Badeslust entzündet dem jarten Titelbilde der Nr. 17 des „Süddeutschen Postillon“, das den berühmten gewordenen Kgl. Bayer. Bildhauer gewidmet ist; demselben Bildhauer, denen auch Kaver lustige Schanzeln singt. K. Hiebiger gab ein Bild: Nikolaus jr. und seine neue Uniform; ein ungenannter Künstler läßt dem Jaren mittels unfer Kulturträger. Das gezeichnete Schilfbild: Der Rädler der großen Armees läßt einen richtig gewinkelten Kontent aus dem Peterprozesse fest. — Aus dem Letzte leuchtet hervor: Internationale, Zeitgedicht von Ernst Klant. — Internationale Gedanken. — Jarenbesuch (Web.). — Rameurere Schwallitäten. (Web.). — Offentliche Erklärung. — Parofo (Web.). — Korcor's Ende. — Die Klaffde und voll Leben, die Gebichte des Rhythmus und Feuer, das Satire und Spott. — Der „Süddeutsche Postillon“, der im Münchener Verlage M. Gerns erscheint, kostet pro Nummer 10 Pf.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Freitag, den 16. August 1907, eine Treppe (Handelsstraße) Westkallener, Thüringergasse 101b, wochentäglich von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt. Wochentags 7 Uhr. Sonntags beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrager ist ein Zuschuß und eine Zahl als Versicherung beizubringen. Schriftliche Antwort wird nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

H. G. Z. Die bisherige Unterlassung der Besprechung hat mit den von Ihnen gemachten Gründen nicht des geringste zu tun. — H. G. 100. Eine direkte Umwandlung ist nicht zulässig. Die Genossenschaft muß sich auflösen und liquidieren (§§ 78-87 Genossenschaftsgesetz), die Genossen können unabhängig von der Genossenschaft eine offene Handelsgesellschaft gründen und ihren Geschäftsanteil an der liquidierenden Genossenschaft in die offene Handelsgesellschaft einbringen. Als offene Handelsgesellschaft hatten sie jedoch mit ihrem ganzen Vermögen persönlich. 2. Das Unternehmen der o. G. G. gilt als selbständiges. Die Einlagen brauchen nicht gleich groß zu sein. 3. Müßt sich nicht übersehen; etwa 200 Mk. 4. Kein. Die Mitteilungszeitung steht aber gewisse Rechtsnachteile nach sich. 5. Ja. — G. G. 700. Sie müssen dafür sorgen, daß die Wohnung in der verabschiedeten Zeit beschlagnahmt werden kann. Der Wirt ist eventuell berechtigt Schadenersatz zu fordern. — M. G. 16. 1. Ja. 2. Ja. 3. Ja. 4. Nein.

Witterungsbericht vom 12. August 1907, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hau an Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temperatur			Stationen	Barometer hau an Wind- richtung	Wetter	Temperatur		
				1	2	3				1	2	3
Entfernte Darmstadt	765	SW	8	17	17	Darmstadt	749	SW	bedeckt	11	11	11
Berlin	766	SW	4	15	15	Berlin	753	SW	bedeckt	14	14	14
Frankfurt	767	SW	1	17	17	Frankfurt	763	SW	bedeckt	16	16	16
München	768	D	2	14	14	München	765	D	bedeckt	11	11	11
Wien	768	SW	2	18	18	Wien	768	SW	wolkenlos	15	15	15

Wetter-Prognose für Dienstag, den 13. August 1907.
Wann bei mäßigen südwestlichen Winden; zunächst heiter, später zunehmende Bewölkung und Gewitterneigung.
Berliner Wetterbureau

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthaus-Direktion. (Großhandel.)

Stückfleisch Ia 70-75, IIa 65-70, IIIa 55-60, IVa 45-50, V a 35-40, VI a 25-30, VII a 15-20, VIII a 10-15, IX a 5-10, X a 2-5, XI a 1-2, XII a 0,50-1,00, XIII a 0,25-0,50, XIV a 0,10-0,25, XV a 0,05-0,10, XVI a 0,02-0,05, XVII a 0,01-0,02, XVIII a 0,005-0,01, XIX a 0,002-0,005, XX a 0,001-0,002.

Speck, Schmalz, Butter, Mehl, Getreide, Obst, Gemüse, Fleischwaren, Fisch, Milch, Eier, etc.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am	seit	Wasserstand	am	seit
Remel, Müritzer	11.8.	10.8.	Gabel, Spandau	11.8.	10.8.
Prege, Ankerburg	108	107	Spree, Spremberg	121	120
Wischel, Thern	121	120	Deister, Biederitz	210	209
Ober, Rastow	125	124	Deister, Biederitz	210	209
Kroffen, Frankfurt	137	136	Deister, Biederitz	210	209
Wartze, Schramm	144	143	Deister, Biederitz	210	209
Wartze, Landsberg	72	71	Deister, Biederitz	210	209
Rege, Nordam	71	70	Deister, Biederitz	210	209
Elbe, Reihner	22	21	Deister, Biederitz	210	209
Burde, Radeburg	22	21	Deister, Biederitz	210	209
Saale, Großh.	114	113	Deister, Biederitz	210	209
	77	76	Deister, Biederitz	210	209

Theater.
Diensttag, den 13. August.
Anfang 8 Uhr.

Neues Königl. Operntheater.
Traviata.
Deutsches. Das Wintermärchen.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kammerstücke: Odysseus und sein Ring.

Schiller O. (Wallner-Theater.)
Dienstag, abends 8 Uhr:
Caféspiel Heinrich Büchel:
Der Troubadour.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Zauberkiste.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Caféspiel Gertraud Runge:
Zum letzten Male:
Die lustigen Weiber von Windsor.

Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.)
Abends 8 Uhr:
Der Weg zur Hölle.

Neues Schauspielhaus. Raffel.
Neues. Ein seltsamer Fall.
Komische Oper. Lotza.
Athen. Die lustige Witwe.
Kuhlfeldhaus. Querschnitte.
Verahad. Die große Unbekannte.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Central. Das Tagebuch einer Verlorenen.

Kleinod. Vater und Sohn.
Trianon. Gräfin Josefine — meine Frau.
Merropol. Der Teufel lacht dazu.
Apollo. Der Hochzeitsgast. Spezialitäten.

Volhalla. Spezialitäten.
Folies Caprice. Winterreise. — Paris. Anfang 8 1/2 Uhr.
Gebr. Herrfeld. Madame Wig-Way. Es lebe das Nachleben.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Passage. Spezialitäten.
Urania. Tonnenprobe 18/19.
Abends 8 Uhr: Im Lande der Mitternachtssonne.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Ferdinand Bonn.
Berliner Theater.
Dienstag, 13. August, abends 8 Uhr:
Die tanzenden Männchen.
Mittwoch und folgende Tage:
Die tanzenden Männchen.
Kleines Theater.
Anfang 8 Uhr.
Vater und Sohn.
Morgen und folgende Tage:
Vater und Sohn.

Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Die lustige Witwe.
Operette in 3 Akten v. Franz Lehár.
Lustspielhaus.
Täglich 8 Uhr:
Sufarenfieber.
Zentral-Theater.
Täglich 8 Uhr:
Ergebnis einer Verlorenen.
Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.
Der Teufel lacht dazu.

Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz. Rauchen überall gestattet.

Passage-Theater.
Jeden Abend 8 Uhr:
Der große Verwandlungskünstler Arturo Bernardi
! und das neue großartige August-Programm.
14 Attraktionen 14.

Gebr. Herrnfeld-Theater.
57 Kommandantenstraße Nr. 57.
Anfang 8 Uhr.
Stücktheaterverkauf 11-2 Uhr.
Täglich: Die Novität
Madame Wig-Way.
Operetten-Parade von Anton u. Donat Herrnfeld. Musik v. J. Stal.
Dazu die Separat-Attraktion
Es lebe das Nachleben!
mit den Autoren Anton u. Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabaks.
Spezialität: Nordhäuser Kautabak
stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 53461.
Am 4. 3014.

Blitz = Schnell
kommt man mit der Hochbahn zu Weingarten, Gitschinerstr. 72, Station im Hause. Gasteiße Bringenstraße. Empfehlung:
1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots,
1 Posten Monats-Bekleider zu staunend billigen Preisen,
— und für korpulente Herren passend.
Diese sind von feinen Kavalieren und Reisenden, die nur einen Monat ihre Garderobe tragen. 55002.
Fahrgeld wird vergütet. Bitte auf Hausnummer zu achten.

Hygienische
Bedarftikel. Neuest. Katalog m. empfehl. Viol. Acetate u. Prof. grat. u. f. H. Unger, Gummiwarenfabrik Berlin NW. Friedrichstraße 91/92.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Caféspiel Heinrich Büchel:
Der Troubadour.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Zauberkiste.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Caféspiel Gertraud Runge:
Zum letzten Male:
Die lustigen Weiber von Windsor.

Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.)
Abends 8 Uhr:
Der Weg zur Hölle.

Apollo Theater
Ab 8 Uhr: Das tolleste Spezialitäten-Programm mit Hauptrollen: Dumit, Pipis, und Paulo. Geschildert: Das Witz von Kaufmann. 10 Uhr: Jüdische Tänze. 10 Uhr: Stürmischer, ununterbrochenes Lachen über
Hartstein
als Oriborischer Lehmann in seiner Baustelle
„Der Hochzeitsgast“.

BERNHARD ROSE THEATER
Gr. Frankfurterstr. 132.
Im Garten, Anf. 4 1/2 Uhr:
Das glänzende August-Programm.
Speziell 50 Pf. Entree 30 Pf.
Im Theater abends 8 1/2 Uhr:
Der große Unbekannte.
Sommerrevue.

WINTER GARTEN
Eröffnungs-Vorstellung:
Sonnabend, 17. August.
Die Theaterkasse ist bereits geöffnet!

Früfels Allerlei-Theater
Edenb. Allee 148, Kastanien-Allee 97/99.
Kleinstes Volkstheater Berlins.
Gute, sowie täglich:
Der Riesen-
August-Spielplan mit der Racingtruppe in ihrer
Todesfahrt im Hollenkessel
und Konkurrenzfahren um 1000 Pf.
Um **Paulas Beichte.**
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.
Am 16. Aug.: Konkurrenz-Rade-Rennen.
Am 22. August: **Genetis Hurst.**

Prater-Theater.
Kastanien-Allee 79.
Flotte Weiber.
Spezialitäten 1. Ranges.
Kastanien der Löwenbrant
Tilly Böbe mit ihren drei Löwen.
Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr.

Diez' Spezialitäten-Theater.
Landsberger Allee 76-79.
Direkt a. d. Ringbahnstation. Bequemste Fahrgelegenheit in allen Stadtteilen.
Ob schön! Täglich im herrl. Garten oder gr. Saal: **Ob Regen!**
— **Wiesen-Vorstellung.**

Landsberger Allee auf Stelzen.
5 Allison, phänomenale Akrobaten. — The Reros, konkurrenzlosste Reufell. — Heinz Heuer, Selli Geldern, prolongiert.
Dazu das neue brillante August-Programm.
Anf. 8 Uhr. Raffelische. Vollbelustig. aller Art. Entree 30 Pf., Sonnt. 30 Pf.
Gewaltige Kursrückgänge
an den Effektenbörsen in Sicht!
Das Wirtschaftsbild der Gegenwart und der Zukunft ist zu beziehen durch alle Buchhandlungen (Kommissionär: Otto Weber, Leipzig). Broschüre A. vollständige Ausgabe, Mk. 2. — Teil- und Volksausgabe, 60 Pf. Gegen Einzahlung von Mk. 2.10, bzw. 65 Pf. für das Ausland, werden die Broschüren portofrei vom Verleger Kaufmann Michael Proestler in Würzburg versandt, wenn in Buchhandlungen nicht erhältlich.
Man verlange ebendasselbe Plugschriften und Prospekts.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabaks.
Spezialität: Nordhäuser Kautabak
stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 53461.
Am 4. 3014.

Blitz = Schnell
kommt man mit der Hochbahn zu Weingarten, Gitschinerstr. 72, Station im Hause. Gasteiße Bringenstraße. Empfehlung:
1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots,
1 Posten Monats-Bekleider zu staunend billigen Preisen,
— und für korpulente Herren passend.
Diese sind von feinen Kavalieren und Reisenden, die nur einen Monat ihre Garderobe tragen. 55002.
Fahrgeld wird vergütet. Bitte auf Hausnummer zu achten.

Hygienische
Bedarftikel. Neuest. Katalog m. empfehl. Viol. Acetate u. Prof. grat. u. f. H. Unger, Gummiwarenfabrik Berlin NW. Friedrichstraße 91/92.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill, Dammstr. 16.
Nur noch wenige Tage das erfolgreiche Sensationsstück 9 1/2 Uhr:
Der Hund von Baskerville.
9 Uhr: Berlin, Unter den Linden. Bei schlechtem Wetter: Vorst. im Saal.
Donnerstag: Ein treues Menschenherz.

Max Kliems Sommer-Theater
Gartenstraße 13/15.
Kunstliche Leitung: Paul Mühlitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Freitag: Sommerfest.
Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderstücke.
Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kasseöffnung ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.

Volksgarten-Theater.
Bad-Behmstraße — Bahnhof Gesundbrunnen — Bellermannstraße.
Großstadtzauber.
Original - Aufführungen u. Operetten-Darstellungen in 2 Akten von B. Gerde. Musik von Alfred Sommerfeld.
Dazu:
Das neue Riesen - Spezialitäten - Programm. Vollbelustigungen.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Im Lande der Mitternachtssonne
Invalidenstr. 57-62: Sternwarte.
Täglich geöffnet von 7 1/2-11 U. abds.

ZOOLOGISCHER ZGARTEN
Täglich ab nachm. 5 Uhr:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mk., von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Schweizergarten
Am Königstor. Am Friedrichshain. Straßenbahn 1, 2, 4, 17, 59, 62, 63 u. 74.
Täglich:
Theater-Vorstellung. Neue Spezialitäten. Kinematograph und Ball.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

Brunnen-Theater
Badstraße 58. Direkt.: Bernh. Rose.
Heute:
Das großartige August-Programm. Täglich 7 1/2 Uhr: Mit großem Erfolg:
Carmen.
Spezialitäten ersten Ranges. P. Vendara. Keitzel-Luri-Trio. Jack-Theo-Trio. Gebr. Damm.
Paul Coradini.
Kasseneröffnung 2 Uhr. Anf. 4 1/2 Uhr. Großer Elite-Ball.

Prater-Theater.
Kastanien-Allee 79.
Flotte Weiber.
Spezialitäten 1. Ranges.
Kastanien der Löwenbrant
Tilly Böbe mit ihren drei Löwen.
Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr.

Diez' Spezialitäten-Theater.
Landsberger Allee 76-79.
Direkt a. d. Ringbahnstation. Bequemste Fahrgelegenheit in allen Stadtteilen.
Ob schön! Täglich im herrl. Garten oder gr. Saal: **Ob Regen!**
— **Wiesen-Vorstellung.**

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabaks.
Spezialität: Nordhäuser Kautabak
stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 53461.
Am 4. 3014.

Blitz = Schnell
kommt man mit der Hochbahn zu Weingarten, Gitschinerstr. 72, Station im Hause. Gasteiße Bringenstraße. Empfehlung:
1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots,
1 Posten Monats-Bekleider zu staunend billigen Preisen,
— und für korpulente Herren passend.
Diese sind von feinen Kavalieren und Reisenden, die nur einen Monat ihre Garderobe tragen. 55002.
Fahrgeld wird vergütet. Bitte auf Hausnummer zu achten.

Hygienische
Bedarftikel. Neuest. Katalog m. empfehl. Viol. Acetate u. Prof. grat. u. f. H. Unger, Gummiwarenfabrik Berlin NW. Friedrichstraße 91/92.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill, Dammstr. 16.
Nur noch wenige Tage das erfolgreiche Sensationsstück 9 1/2 Uhr:
Der Hund von Baskerville.
9 Uhr: Berlin, Unter den Linden. Bei schlechtem Wetter: Vorst. im Saal.
Donnerstag: Ein treues Menschenherz.

Max Kliems Sommer-Theater
Gartenstraße 13/15.
Kunstliche Leitung: Paul Mühlitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Freitag: Sommerfest.
Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderstücke.
Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kasseöffnung ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.

Volksgarten-Theater.
Bad-Behmstraße — Bahnhof Gesundbrunnen — Bellermannstraße.
Großstadtzauber.
Original - Aufführungen u. Operetten-Darstellungen in 2 Akten von B. Gerde. Musik von Alfred Sommerfeld.
Dazu:
Das neue Riesen - Spezialitäten - Programm. Vollbelustigungen.

Neue Welt
Hasonholde 108-114.
Täglich:
Gr. Doppel-Konzert Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Mittwoch:
Ernte-Fest.
Gratisverlosung:
1. Preise: 1 goldene Herrenuhr. 1 goldene Damenuhr.
Jeden Donnerstag:
Elite-Tag!
Monster-Feuerwerk.
Anfang 5 Uhr. Entree 25 Pf.
Mittwoch 15 Pf. Donnerstag 50 Pf.
Entree zum Klettergarten 10 Pf.

Sanssouci, Kottbusser
Straße 6
Direktion Wilhelm Reimer.
Der Garten ist geöffnet.
Sonntags, Montags, Donnerstags:
Hoffmanns Nord. Sänger u. Tanzkränzen.
In Vorbereitung:
In der Damaka.
Reizität.
Sonntags Beginn 5 Uhr, moentags 8 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang Sonntag 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.
Reichshallen-Garten
u. Rest.: Gr. Militär-Konzert.

Neue Welt
Hasonholde 108-114.
Täglich:
Gr. Doppel-Konzert Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Mittwoch:
Ernte-Fest.
Gratisverlosung:
1. Preise: 1 goldene Herrenuhr. 1 goldene Damenuhr.
Jeden Donnerstag:
Elite-Tag!
Monster-Feuerwerk.
Anfang 5 Uhr. Entree 25 Pf.
Mittwoch 15 Pf. Donnerstag 50 Pf.
Entree zum Klettergarten 10 Pf.

Sanssouci, Kottbusser
Straße 6
Direktion Wilhelm Reimer.
Der Garten ist geöffnet.
Sonntags, Montags, Donnerstags:
Hoffmanns Nord. Sänger u. Tanzkränzen.
In Vorbereitung:
In der Damaka.
Reizität.
Sonntags Beginn 5 Uhr, moentags 8 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang Sonntag 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.
Reichshallen-Garten
u. Rest.: Gr. Militär-Konzert.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill, Dammstr. 16.
Nur noch wenige Tage das erfolgreiche Sensationsstück 9 1/2 Uhr:
Der Hund von Baskerville.
9 Uhr: Berlin, Unter den Linden. Bei schlechtem Wetter: Vorst. im Saal.
Donnerstag: Ein treues Menschenherz.

Max Kliems Sommer-Theater
Gartenstraße 13/15.
Kunstliche Leitung: Paul Mühlitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Freitag: Sommerfest.
Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderstücke.
Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kasseöffnung ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.

Volksgarten-Theater.
Bad-Behmstraße — Bahnhof Gesundbrunnen — Bellermannstraße.
Großstadtzauber.
Original - Aufführungen u. Operetten-Darstellungen in 2 Akten von B. Gerde. Musik von Alfred Sommerfeld.
Dazu:
Das neue Riesen - Spezialitäten - Programm. Vollbelustigungen.

Neue Welt
Hasonholde 108-114.
Täglich:
Gr. Doppel-Konzert Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Mittwoch:
Ernte-Fest.
Gratisverlosung:
1. Preise: 1 goldene Herrenuhr. 1 goldene Damenuhr.
Jeden Donnerstag:
Elite-Tag!
Monster-Feuerwerk.
Anfang 5 Uhr. Entree 25 Pf.
Mittwoch 15 Pf. Donnerstag 50 Pf.
Entree zum Klettergarten 10 Pf.

Sanssouci, Kottbusser
Straße 6
Direktion Wilhelm Reimer.
Der Garten ist geöffnet.
Sonntags, Montags, Donnerstags:
Hoffmanns Nord. Sänger u. Tanzkränzen.
In Vorbereitung:
In der Damaka.
Reizität.
Sonntags Beginn 5 Uhr, moentags 8 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang Sonntag 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.
Reichshallen-Garten
u. Rest.: Gr. Militär-Konzert.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill, Dammstr. 16.
Nur noch wenige Tage das erfolgreiche Sensationsstück 9 1/2 Uhr:
Der Hund von Baskerville.
9 Uhr: Berlin, Unter den Linden. Bei schlechtem Wetter: Vorst. im Saal.
Donnerstag: Ein treues Menschenherz.

Max Kliems Sommer-Theater
Gartenstraße 13/15.
Kunstliche Leitung: Paul Mühlitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Freitag: Sommerfest.
Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderstücke.
Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kasseöffnung ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.

Volksgarten-Theater.
Bad-Behmstraße — Bahnhof Gesundbrunnen — Bellermannstraße.
Großstadtzauber.
Original - Aufführungen u. Operetten-Darstellungen in 2 Akten von B. Gerde. Musik von Alfred Sommerfeld.
Dazu:
Das neue Riesen - Spezialitäten - Programm. Vollbelustigungen.

Neue Welt
Hasonholde 108-114.
Täglich:
Gr. Doppel-Konzert Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Mittwoch:
Ernte-Fest.
Gratisverlosung:
1. Preise: 1 goldene Herrenuhr. 1 goldene Damenuhr.
Jeden Donnerstag:
Elite-Tag!
Monster-Feuerwerk.
Anfang 5 Uhr. Entree 25 Pf.
Mittwoch 15 Pf. Donnerstag 50 Pf.
Entree zum Klettergarten 10 Pf.

Sanssouci, Kottbusser
Straße 6
Direktion Wilhelm Reimer.
Der Garten ist geöffnet.
Sonntags, Montags, Donnerstags:
Hoffmanns Nord. Sänger u. Tanzkränzen.
In Vorbereitung:
In der Damaka.
Reizität.
Sonntags Beginn 5 Uhr, moentags 8 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang Sonntag 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.
Reichshallen-Garten
u. Rest.: Gr. Militär-Konzert.

Neue Welt
Hasonholde 108-114.
Täglich:
Gr. Doppel-Konzert Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Mittwoch:
Ernte-Fest.
Gratisverlosung:
1. Preise: 1 goldene Herrenuhr. 1 goldene Damenuhr.
Jeden Donnerstag:
Elite-Tag!
Monster-Feuerwerk.
Anfang 5 Uhr. Entree 25 Pf.
Mittwoch 15 Pf. Donnerstag 50 Pf.
Entree zum Klettergarten 10 Pf.

Sanssouci, Kottbusser
Straße 6
Direktion Wilhelm Reimer.
Der Garten ist geöffnet.
Sonntags, Montags, Donnerstags:
Hoffmanns Nord. Sänger u. Tanzkränzen.
In Vorbereitung:
In der Damaka.
Reizität.
Sonntags Beginn 5 Uhr, moentags 8 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang Sonntag 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.
Reichshallen-Garten
u. Rest.: Gr. Militär-Konzert.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill, Dammstr. 16.
Nur noch wenige Tage das erfolgreiche Sensationsstück 9 1/2 Uhr:
Der Hund von Baskerville.
9 Uhr: Berlin, Unter den Linden. Bei schlechtem Wetter: Vorst. im Saal.
Donnerstag: Ein treues Menschenherz.

Max Kliems Sommer-Theater
Gartenstraße 13/15.
Kunstliche Leitung: Paul Mühlitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Freitag: Sommerfest.
Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderstücke.
Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kasseöffnung ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.

Volksgarten-Theater.
Bad-Behmstraße — Bahnhof Gesundbrunnen — Bellermannstraße.
Großstadtzauber.
Original - Aufführungen u. Operetten-Darstellungen in 2 Akten von B. Gerde. Musik von Alfred Sommerfeld.
Dazu:
Das neue Riesen - Spezialitäten - Programm. Vollbelustigungen.

Neue Welt
Hasonholde 108-114.
Täglich:
Gr. Doppel-Konzert Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Mittwoch:
Ernte-Fest.
Gratisverlosung:
1. Preise: 1 goldene Herrenuhr. 1 goldene Damenuhr.
Jeden Donnerstag:
Elite-Tag!
Monster-Feuerwerk.
Anfang 5 Uhr. Entree 25 Pf.
Mittwoch 15 Pf. Donnerstag 50 Pf.
Entree zum Klettergarten 10 Pf.

Sanssouci, Kottbusser
Straße 6
Direktion Wilhelm Reimer.
Der Garten ist geöffnet.
Sonntags, Montags, Donnerstags:
Hoffmanns Nord. Sänger u. Tanzkränzen.
In Vorbereitung:
In der Damaka.
Reizität.
Sonntags Beginn 5 Uhr, moentags 8 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang Sonntag 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.
Reichshallen-Garten
u. Rest.: Gr. Militär-Konzert.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill, Dammstr. 16.
Nur noch wenige Tage das erfolgreiche Sensationsstück 9 1/2 Uhr:
Der Hund von Baskerville.
9 Uhr: Berlin, Unter den Linden. Bei schlechtem Wetter: Vorst. im Saal.
Donnerstag: Ein treues Menschenherz.

Max Kliems Sommer-Theater
Gartenstraße 13/15.
Kunstliche Leitung: Paul Mühlitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Freitag: Sommerfest.
Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderstücke.
Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kasseöffnung ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.

Volksgarten-Theater.
Bad-Behmstraße — Bahnhof Gesundbrunnen — Bellermannstraße.
Großstadtzauber.
Original - Aufführungen u. Operetten-Darstellungen in 2 Akten von B. Gerde. Musik von Alfred Sommerfeld.
Dazu:
Das neue Riesen - Spezialitäten - Programm. Vollbelustigungen.

Neue Welt
Hasonholde 108-114.
Täglich:
Gr. Doppel-Konzert Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Mittwoch:
Ernte-Fest.
Gratisverlosung:
1. Preise: 1 goldene Herrenuhr. 1 goldene Damenuhr.
Jeden Donnerstag:
Elite-Tag!
Monster-Feuerwerk.
Anfang 5 Uhr. Entree 25 Pf.
Mittwoch 15 Pf. Donnerstag 50 Pf.
Entree zum Klettergarten 10 Pf.

Sanssouci, Kottbusser
Straße 6
Direktion Wilhelm Reimer.
Der Garten ist geöffnet.
Sonntags, Montags, Donnerstags:
Hoffmanns Nord. Sänger u. Tanzkränzen.
In Vorbereitung:
In der Damaka.
Reizität.
Sonntags Beginn 5 Uhr, moentags 8 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang Sonntag 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.
Reichshallen-Garten
u. Rest.: Gr. Militär-Konzert.

Sozialdemokratie und Schule.
Von Heinrich Schulz.
Preis 75 Pf., billige Ausg. 30 Pf.

Gott?
Gottglaube oder Atheismus?
Von J. Stern.
Preis 20 Pf.

Welchen Wert hat die Bildung für die Arbeiterin?
Von Wally Zepler.
Preis 10 Pf.

Der Aus- und Umbau der Arbeiterversicherung.
Von Friedrich Klees.
Preis 1 Pf.

Sozialdemokratische Gemeindepolitik.
234/15*
Delt 6.
Die städtische Regie.
Von Dr. H. Lindemann.
Preis 40 Pf.

Expedition des „Vorwärts“.
SW. 68, Lindenstr. 69, Laden.

Bilz
Dresden-Badebad. Schloss
Lössnitz. Herrl. milder
Lage. Sächs. Nizza
Prospekte
frei.
Günstige
Höherpreise.
3. Ausst. Diestler
Alfred Bilz. Oberst
Dr. Aechts. Internat. Deutsch.

Sanatorium
Station Lössnitzgrund
30000 qm. Saal. (therm.)
Dank u. Familien.
Entr. 30 Pf.
Kd. 20.
Sport-
Spisplatz.
6 Lawn-Tennispl.
4 Schwimmb. Turm u.
Sportplatz. Geisgoh. 2 Wohn.

Walhalla-Variete-Garten
Schönbergweg 19/20, Köpenick, Ton.
Neue Spezialitäten.
Dressierte Bären.
Anf. Sonntag 5 Uhr, Vorstellung 7 Uhr.
Bei ungünstigem Wetter
Vorstellung im Theater 8 Uhr.

Östbahn-Park
Am Küstrinerplatz, Rüdigerdorferstr. 71
Hermann Imbs.
Täglich:
Großes Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

CIRC

Ein strammes Sonntagsgemüdel kam bei uns an.
Berthold Heymann u. Frau,
geb. Auer.
Stuttgart, 11. August 1907.

Unserem Vereinstollegen
Paul Sperlich u. Frau
Gubenerstr. 28
zur heutigen 40jährigen Hochzeitsfeier die herzlichsten Glückwünsche.
Sparverein „Feste Eiche“.

Sozialdemokratischer Wahlverein Adlershof.
Todes-Anzeige.
Am 10. d. Mts. verstarb nach langem, schwerem Leiden der Herr
August Körper.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Dienstag, den 13. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Halle des hiesigen Gemeindefriedhofes aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
203/14
Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter - Verband.
Ortsverwaltung Köpenick und Umgegend.
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Kollege
August Körper
nach langem, schwerem Leiden an der Prostataerkrankung verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 13. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, auf dem Westfälischen Friedhof in Adlershof aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
74/12
Die Ortsverwaltung.

Wir sagen hiermit allen Freunden, Bekannten, sowie den Kollegen der Firma Höpfer für die Teilnahme bei der Beerdigung unserer Lieben, unversehrlichen Tochter und Schwester **Hedwig** unseren herzlichsten Dank.
Familie Niekley.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Bewahrungskasse Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Arbeiter
Fritz Pohl
am 6. d. Mts. erkrankt ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 13. August, vormittags 10 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes in Föhren-Schönhaufen aus statt.
Regie Beteiligung erwartet
123/12
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler
Johann Granatowicz
am 10. August verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 14. August, nachmittags 4 Uhr, vom Krankenhaus Postdamerstr. 34 aus nach dem Bahndamm-Kirchhof in Reinickendorf statt.
Um rege Beteiligung ersucht
92/4
Die Ortsverwaltung.

Verband d. baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Zweigverein Berlin u. Umgegend.
Am Freitag, den 9. d. Mts., verstarb unser treuer Kollege
Friedrich Sezibalsky
an Bluthrombose.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 13. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, auf dem Westfälischen Friedhof in Adlershof aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Zweigvereinsvorstand.

Von der Reise zurück.
Dr. med. Gustav Hirschfeld,
204/3* SO. Stalgerstr. 54 I
Von der Reise zurück
Gertrud Rewald
Briningerstr. 63.

Danksagung.
Für die zahlreiche Beteiligung und die vielen Kranzspenden bei der Beerdigung unseres Lieben Sohnes, Bruders und Bräutigams sagen wir allen Bekannten und Kollegen, insbesondere den Genossen des 6. Wahlkreises, dem Danzels- und Transportarbeiterverband, der Gefährlichen mit dem Personal der Druckerei Bismarck sowie dem Gefährlichen Schildehorn unseren herzlichsten Dank.
Ww. Pauline Hagen nebst Kindern
22565
und Braut.

Danksagung.
Für die zahlreiche Beteiligung und die vielen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Kindes sagen wir allen Bekannten, Kollegen und Kollegen sowie dem Deutschen Holzarbeiterverband meinen herzlichsten Dank.
Frau Martha Fischer.
56662

Glumen- und Franzbinderei
von Robert Meyer,
nur Mariannen-Straße 2.

Dr. Schönemann
Spezial-Arzt für 34272*
Haut- und Harnleiden,
Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

Von der Reise zurück. 57/13
Dr. Paul Christeller.

Auf Teilzahlung!
Wöchentlich nur 1 Mark.
Uhren jeder Art sowie Gold- und Silber-, Phonograph-, Platten-, Sprachmaschinen, Grammophone, Mandolinen, Geigen usw. Große Auswahl in Platten, echte Edison-Apparate und Waagen zu Original-Preisen.
Jahre & König,
Warschauerstr. 72, 1. Etage,
Reinickendorferstr. 101, 1. Etage.

Gänse! Enten!
1907er, vollkommen schlachtreif, garantiert lebende Vorkauf, franko überall, pr. Maßnahme: 6 Spezialitäten-Gänse Nr. 20, —, bis 10 Stück Nr. 32, —; 14 große schlachtreife Enten Nr. 20, —; Springfed. Nierenfelle 60 St. Nr. 6,50; Rühmisch, Naturbutter pr. 10 Pf. Nr. 7, —, alles hies. Kaphan, Buczacz 107, pr. Dylebly (Schlesien). 304/2

Zentralverband der Maurer Deutschlands

Zweigeverein Berlin. — Sektion der Gips- u. Zementbranche.
Freitag, 16. August, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, gr. Saal:
General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zu den Zersplitterungsbestrebungen in unserer Sektion. 2. Bericht der Delegierten zur Berliner Gewerkschaftskommission und Neuwahl derselben. 3. Verschiedenes. 142/13*
Mitgliedersbesuch legitimiert. — Ohne dasselbe kein Zutritt.
Zahlreichen Besuch erwartet
NB. Am Donnerstag, 15. August, findet über Berlin und Umgegend eine Rantentournee statt und erlauben wir hierdurch alle Kollegen, den Kontrollanten alle Fragen genau zu beantworten.

Wilmersdorf! Maurer! Wilmersdorf!
Dienstag, den 13. August, abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
im „Luisenpark“, Wilhelmstraße 112.
Herrn Behrendt.
142/14

Achtung! Achtung!
Zuschneider und Schneiderinnen!
Die Sitzung am Freitag, fällt aus, dagegen findet die nächste Sitzung am
Freitag, den 30. August, präz. 8 1/2 Uhr,
bei Drüsel, Neue Friedrichstr. 35, statt.
Die Tagesordnung wird den Mitgliedern daselbst bekannt gegeben.
Die Mitglieder werden ersucht, an diesem Abend recht pünktlich und zahlreich zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Täglich (außer Sonntag)
Große Extra-Dampfer-Fahrten
nach Wernsdorfer Schleuse u. Gosener Berge
Abfahrt ca. 10 1/2 Uhr früh
Hin und zurück 50 Pf.
Hierzu ladet ein Pichl, Restaur. a. Oder-Spree-Kanal.

Verlosungsartikel zu Landpartien, für Vereine u. nur Neubeitene, Lampions, Stocklaternen, Fackeln, Girlanden, Mützen, Musik- und Raduasachen
spottbillig im Engros-Geschäft
L. H. Gotthilf, Alte Jakobstraße 93,
an der Zeyherstraße.
Vereinen extra hoher Rabatt. 54262*

Zeden erschienen:
Die sozialistische Arbeiter-Internationale
Berichte der sozialdemokratischen Organisationen Europas, Australiens und Amerikas über ihre Tätigkeit im Jahre 1904 bis 1907 an der Internationalen Konferenz in Stuttgart.
Herausgegeben vom Internationalen sozialistischen Bureau. Mit einem Vorwort von Emil Vandervelde. 204/20
Deutsche Ausgabe.
Preis 2,- M.

Zur Frage des Frauenwahlrechts.
Von Klara Zetkin.
Preis 50 Pf.

Die Sozialdemokratie im Deutschen Reichstag I.
Die parlamentarische Tätigkeit des Reichstages und der Sozialdemokratie von 1871 bis 1874.
Von A. Bebel.
Preis 60 Pf.

Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW.
Lindenstraße 69, Laden.
Von der Reise zurückgeführt.
Dr. med. Böhm,
Spezialarzt für Wasserheilverfahren
Charlottenstr. 14. 57/14

2. Ziehung 2. Kl. 217. Kgl. Preuss. Lotterie.
Ziehung vom 12. August 1907, vermittlungslos.
Nur die Gewinne über 50 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

85 1137 239 65 815 441 955 2701 [500] 10 17 [500]	257 213 479 [400] 555 264 825 85 147107 81 210 71 503
421 35 58 695 805 10 44 3240 90 591 691 37 705 836 70	809 227 148208 727 481 267 [500] 50 625 85 732 890 22
823 85 4235 377 610 [500] 783 872 5056 129 242 50 507	85 149 955 129 242 50 507 80
677 687 95 6544 334 [500] 833 7016 77 87 114 316 404 29	150219 415 615 151084 491 19 35 800 600 152165
205 85 814 124 218 300 [500] 55 532 40 600 735 300 72	255 116 81 153184 65 502 327 822 154500 184 220 19
9164 41 217 22 [500] 493 595 757 911 83	781 22 21 610 61 155002 163 420 253 853 156009 19
10287 [500] 46 60 604 [400] 21 819 [500] 11087 83	362 213 512 613 715 45 74 860 912 11 157007 [500] 140
618 [500] 57 77 80 [500] 871 959 65 12080 132 35 65	623 [500] 59 25 782 24 84
839 78 435 550 751 932 13195 204 383 445 47 [500] 704	160230 44 451 263 890 161512 65 805 15 951 64
894 808 96 [500] 14628 238 65 [500] 67 549 15113 564	69 162 214 101 292 211 621 395 804 57 163185 219 44
697 774 91 16090 75 171 500 78 631 135 17023 482 39 557	624 510 502 71 164710 817 923 165157 59 263 70
67 300 [500] 44 18125 39 293 [500] 537 603 850 [500]	167101 265 82 457 99 260 168895 [500] 331 407 19
19049 581 435 893	[400] 678 82 90 280 52 927 60 169147 362 500 635 69
20412 411 [500] 27 [500] 808 877 83 21132 318 88	170013 691 893 63 171017 113 780 294 917 85 [500]
609 534 49 724 85 70 22015 66 120 452 502 609 21	172512 180 [500] 658 781 57 173009 124 61 212 [500] 302
707 500 23500 437 514 49 678 753 79 541 24055 518 61	400 12 25 65 294 890 261 174018 64 209 59 509 32 698
689 [500] 25115 815 215 814 26205 43 63 [500] 469 620	761 175122 215 515 678 176719 456 500 732 [500]
781 [500] 27020 68 188 224 851 [400] 470 502 667 929	17765 95 151 57 243 81 800 411 [500] 650 653 712 91
28189 [500] 329 535 600 [400] 735 825 [500] 917 29053	842 67 75 [500] 178126 10 20 237 29 860 655 72 84 758
355 855 49 96 [500]	179075 96 193 297 582 735 81 950 871
30195 548 [500] 905 31109 241 358 67 418 516 628	180108 725 781 837 51 925 [500] 89 18105 147
69 800 27 34570 431 566 850 99 923 60 35100 304 25	377 427 510 67 670 765 905 49 79 182094 100 321 69 713
[400] 380 450 510 746 600 922 46 36014 153 [400] 86 354	777 183185 231 91 408 546 [500] 607 29 101 377 95
648 [500] 65 800 7 20 81 49 37715 28 108 219 600 796	184009 709 527 91 819 185139 209 679 186016 41 81
38716 558 718 24 820 917 [500] 27 318 403 907	129 322 519 429 60 680 731 187086 251 365 624 87
44130 [500] 237 401 505 73 71 4350 412 65 551 624 97	188188 [500] 243 50 456 518 602 65 725 40 189173
710 650 91 42135 497 529 357 49 43525 485 91 47 [500]	273 450 648 71 945 63 [400] 50
44001 161 216 267 793 500 45 4607 185 218 72 328 418 97	190149 808 192125 735 193090 185 604 47 194412
100 500 600 645603 637 703 816 55 407 47053 103 732 931	426 510 927 99 195122 225 310 49 51 618 781 75 904
45 82 48219 324 64 829 75 985 49208 38 38 400 558 628	196177 238 674 810 197004 90 207 45 [500] 826 613
50133 58 224 83 [500] 520 632 87 818 81 51707	745 857 96 900 198107 54 233 97 323 865 199273 686
153 58 387 457 531 612 793 812 52244 59 179 207 555 706	890 78 891
58143 57 249 97 937 54564 845 156 93 339 47 472 603	200066 311 755 33 871 201653 [500] 182 494
601 27 56713 83 94 118 804 838 [500] 493 832 41 57028	612 52 710 866 220 202192 243 70 600 203141 49 678
853 384 84 516 58344 410 15 45 85 [500] 889 729 834 43	400 228 450 472 610 50 818 208113 78 [500] 217 549
811 59107 605 84	662 856 209800 21 250 820 425 51 67 367 719 815
60383 402 89 612 41 42 700 935 976 61087 712 512	[500] 86 97
581 75 678 800 978 62148 430 611 905 11 61207 863 578	210670 513 71 251 450 609 211188 86 544 465 89
64100 65333 327 523 703 89 814 [500] 66179 242 330	322 99 140 42 93 966 212065 157 242 345 97 282 98
600 820 50 67457 616 77 611 801 25 68114 [500] 22 765	215 296 663 [500] 65 741 857 49 491 261 216155 218 414
677 816 68 783 384 78 950 [500] 69010 51 [500] 67 63 [500]	217100 21 172 208 24 304 353 774 92 969
294 309 412 65 508 81	220015 570 870 967 221060 174 227 221 224 80
7018 77 89 418 96 912 707 7123 [500] 327 402 46	214 621 81 351 61 11 268 222068 119 92 291 423 40
605 718 93 72327 [500] 124 96 206 210 404 573 73027	41 723 520 601 [500] 213055 172 214 600 7 [500] 504 48
475 864 75 718 20 750 65 67 823 74090 183 316 510 71	613 224 681 [500] 211 64 408 511 68 65 75 849 85 98
678 91 198 805 75123 52 67 472 718 90 89 819 76304	900 21 [500] 22501 195 355 225198 506 737
27 944 [500] 823 452 589 836 741 77474 82 [500] 657 658	227300 [500] 613 42 635 [500] 89 239 448 [500] 512 630
63 78005 85 188 309 [500] 633 738 845 912 79284 703	227 220000 22 221 [500] 201 72 583 307 88
[500] 701 983 [500] 88	230099 136 51 65 514 [500] 55 256 714 77 231 671
80723 900 43 81043 123 82219 [500] 45 813 66 984	178 228 438 591 629 114 821 232197 45 449 85 874 96
83381 433 558 612 84305 421 558 740 65 831 56 90 751 71	227 233 65 20 291 425 72 787 806 234 656 75 85 284
828 691 [500] 980 82 88025 41 507 87106 207 229 425 570	417 21 253 [400] 907 23513 363 479 504 801 963
660 781 55 88312 610 827 89193 50 211 551 45 [500] 883 26	236186 68 74 202 510 603 643 785 918 237160 91 843
90004 [500] 116 10 20 233 218 72 455 528 519 719	207 17 30 478 82 [500] 578 749 59 67 919 47 238011
905 55 91207 51 781 [500] 92170 491 525 75 78 [500] 618	718 [500] 13 201 572 [500] 880 964 75 239148 214
93180 223 49 331 87 492 22 510 57 61 693 [500] 918 94214	278 87
698 811 90 906 51 95002 58 80 112 80 38 79 210 225 627 84	240024 747 65 123 35 872 618 776 85 423 241942
911 [500] 93024 308 89 418 49 842 97150 309 705 65 863	107 12 291 485 823 911 242290 459 626 802 901 75 84 82
82 98807 84 591 740 955 99137 371 518 875	243173 213 431 [500] 625 906 81 248107 119 55 449 449
100048 [500] 90 125 314 411 922 94 670 101019 72	245027 29 83 223 52 717 895 85 248180 514 [500] 856
476 [400] 68 85 884 887 891 102120 66 296 708 480 [500]	913 13 249858 119 802 21 889 841
829 29 103240 291 457 [500] 697 714 819 29 89 97 989	250810 411 747 84 830 20 251008 154 228 440 807
[500] 104253 105082 290 50 551 564 807 51 106610 847	609 710 252003 [500] 288 412 90 57 [500] 714 253 658
107455 457 514 657 776 890 615 108018 411 733 890	251 145 252 57 614 701 60 [500] 851 254141 46 259 488
982 [500] 109352 [500] 680 713 92 819 87 910	311 71 257 125 423 91 881 607 256035 891 514 78 600
110246 448 581 842 837 111064 88 152 246 90 200	257 89 971 257 400 209 21 805 852 63 673 259915 25 40
412 11 658 80 [500] 702 86 890 833 112849 300 95 540	198 224 710 81 817
721 113071 302 625 72 81 608 42 770 827 98 973 114271	260170 310 49 129 355 60 611 703 67 261072 130 859
82 486 90 611 50 60 750 60 115000 262 94 291 627 72	328 612 192 [500] 841 904 [500] 262014 152 64 812 467
72 116200 223 149 348 98 523 606 719 [500] 72	351 618 85 84 99 836 263143 334 [500] 262 331 34 60 922
717 200 229 75 518 [500] 770 805 642 83 [500] 118074	26 264550 357 [500] 62 880 57 445 854 267010 518 657
204 505 800 761 119193 222 85 910	268 601 200 89 600 400 49 57 815 [500] 271 81 84 26907
120245 415 48 689 121004 47 48 204 485 595	[500] 25 787 907 [500]
661 915 122118 355 544 753 14 857 123009 124 425 304	270180 413 68 672 825 27 818 63 271118 35 951 634
609 97 981 124015 297 320 71 589 600 735 30 [500]	99 269 800 [500] 971 [500] 81 272017 80 26 423 33 131
125451 60 112 [500] 65 327 724 880 [500] 126015 310	25 273651 213 63 305 65 15 491 333 919 274012 131
703 889 911 127125 200 320 70 75 128255 263 411	81 323 411 [500] 63 624 25 387 305 75 276123 44 71
[500] 623 85 750 129030 47 645 [500] 95 953 63	221 602 508 5 [500] 81 144 832 27 965 278302 413 554
130024 60 183 292 375 419 501 612 90 708 91	79 593 30 [500] 277853 296 425 56 60 887 278326 209
131070 182 268 330 584 757 79 850 132170 251 67 859	79 593 30 [500] 71 725 279467 358 [500] 2713 92 501
131070 182 268 330 584 757 79 850 132170 251 67 859	720 208
135001 69 138 213 483 526 513 136123 66 477 137005	280804 72 100 86 214 55 67 281148 519 48
267 404 691 139241 [500] 417 29 550 95 805 139184 351	886 154094 282042 108 75 539 622 789 78 532 84
71 93 750 [500]	447 283842 204 69 86 687 705 [500] 41 847 284018
140030 691 55 777 95 [500] 654 141011 291 672	42 880 92 285148 207 18